

16. Obama, Trump, der Niedergang einer imperialen Demokratie und die amerikanisch-deutschen Beziehungen 2009 – 2021 – ein Essay

Hochmut kommt vor dem Fall. Diese sprichwörtliche Weisheit gilt im Alltagsleben wie in der Weltgeschichte. Hybrider Realitätsverlust spielt deshalb beim Fall großer Reiche eine entscheidende Rolle. Dieser Realitätsverlust ist in der Regel ursächlich verzahnt mit den inneren Krisen eines Reiches und der wachsenden Zahl von Feinden. Klimawandel und Epidemien können diesen Untergang beschleunigen. Der *locus classicus* in der abendländischen Geschichte ist der Untergang des Römischen Reiches; das wussten schon die gebildeten Gründungsväter der Vereinigten Staaten. Deshalb sollte die Konstruktion der Verfassung eine Negation der Vergangenheit sein. Auf keinen Fall sollte das zukünftige amerikanische Imperium das Schicksal des Römischen Reiches ereilen, einem neuen »Cäsarismus« sollte das System der *Checks and Balances* vorbeugen.¹

Heute sind wir Zeitgenossen des Niedergangs der westlichen Führungsmacht, der Vereinigten Staaten von Amerika. Die ganze Welt blickt gebannt auf die Krise der imperialen Pax Americana, die Präsident George W. Bush als Antwort auf den islamistischen Terrorangriff auf New York und Washington am 11. September 2001 begründen wollte.² Die USA sind zwar weiterhin der vermutlich einflussreichste Nationalstaat in der zusehends multipolaren Welt der Gegenwart, aber keine Weltführungsmacht mehr, von Bushs Vision einer Weltvorherrschaft des Landes weit entfernt.

Dieser weltgeschichtliche Sinkflug begann schon in der Amtszeit von George W. Bush, konnte von dem großen Hoffnungsträger Präsident Barack Obama nicht aufgehalten werden und beschleunigte sich unter der Präsidentschaft des »großen Ruinierers« Donald Trump mit atemberaubender Geschwindigkeit. Ob der Wahlsieger Joe Biden diesen weltgeschichtlichen Trend zumindest teilweise rückgängig machen kann, ist eine offene Frage.

Parallel und im kausalen Zusammenhang mit dem Verlust der Weltführungsrolle und einem weltpolitisch ermüdeten amerikanischen Volk zerbricht das politische

1 Zur Interpretationsgeschichte des Untergangs des Römischen Reiches von Augustinus bis zur Gegenwart vgl. Alexander Demandt, *Der Fall Roms. Die Auflösung des römischen Reiches im Urteil der Nachwelt*, München 2014. Zum Klimawandel vgl. Kyle Harper, *Fatum. Das Klima und der Untergang des Römischen Reiches*, München 2017. Zur Perzeption der Verfassungsväter vgl. Thomas E. Ricks, *First Principles. What America's Founders Learned from the Greeks and Romans and How That Shaped Our Country*, 202; Alexander Demandt, *Die klassische Antike in Amerika*, in: Philipp Gassert, Detlef Junker, Wilfried Mausbach, Martin Thunert (Hrsg.), *Was Amerika ausmacht. Multidisziplinäre Perspektiven*, Stuttgart 2009, S. 33–46.

Zur Krise der Pax Americana vgl. Heinrich August Winkler, *Zerbricht Der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika*, München 2017. Zur Vorgeschichte der Krise und Deutschlands »langem Marsch nach Westen« vgl. ders., *Geschichte des Westens*. Band 1, *Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 2016. Band 2, *Die Zeit der Weltkriege*, München 2016.

2 Siehe die Kapitel 14 und 15 in diesem Band.

und soziale System einer freiheitlichen Republik, die amerikanische Gesellschaft fällt unter dem zunehmenden Druck einer Rassen-, Klassen- und Kasten-Gesellschaft auseinander. Bedeutsamer noch: Die amerikanische Sendungsidee der Freiheit, die dem amerikanischen Volk über 200 Jahre Selbigkeit, d. h. Identität gegeben hat, verliert in den USA und der Welt zunehmend an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft. Der Sieg im Wettkampf der Systeme des Kalten Krieges ist verblasst, der alte Witz über den Unterschied von Sozialismus und Kapitalismus gewinnt zusehends an Realitätsgehalt: »What is the difference between Socialism and Capitalism? In Socialism you socialize the economy and then you ruin it. In Capitalism you ruin the economy and then you socialize it.«

Der Niedergang der Führungsmacht des transatlantischen Westens stellt Europa und Deutschland vor existenzielle Probleme. Im globalen Interessenhorizont der USA spielte Deutschland schon vor der Amtszeit Trumps nur noch eine geringe Rolle. Es ist eine offene Frage, ob die Bundesrepublik ohne den militärischen, wirtschaftlichen und ideellen Rückhalt aus der Neuen Welt ihre Interessen und ihre politischen Lebensformen – repräsentative Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft – wird behaupten können.

Präsident Barack Obama (2009 – 2017)

Diese Zukunftsperspektive unterscheidet sich fundamental von den Hoffnungen zu Beginn der Amtszeit des Präsidenten Barack Obama ... vor zwölf Jahren. Der junge, charismatische, gebildete und scharfsinnige schwarze Präsident mit Waschbrettbauch, dessen Reden nicht nur die Amerikaner, sondern besonders auch die Deutschen verzauberten, versprach dem amerikanischen Volk neue Hoffnung und einen tief greifenden Wandel (*hope and change*). »Ja, das können wir (Yes, we can!)«, versicherte Obama dem mit der Politik des scheidenden Präsidenten George W. Bush zutiefst unzufriedenen amerikanischen Volk. Bushs Zustimmungswerte waren auf 25 Prozent gefallen, den tiefsten Wert, der jemals für einen amerikanischen Präsidenten gemessen wurde. Als ein »redneck«, ein armer, weißer Landarbeiter, vor der Kamera erklärte, »this time I am going to vote for the nigger«, keimte sogar die Hoffnung auf, dass der schwarze Präsident den tief sitzenden Rassismus in den USA, die Ursünde des Landes, wenn nicht beseitigen, so doch erheblich vermindern würde.

Der 48-jährige Präsident hatte eine ungewöhnliche Bildungs- und Ausbildungsgeschichte durchlaufen, die er selbst für so bedeutend hielt, dass er schon mit 34 Jahren seine Autobiografie in langen Nächten selbst verfasste.³

Diese erste Autobiografie verkaufte sich zunächst sehr schlecht. Das änderte sich über Nacht, als Barack Obama, damals Senator des Staates Illinois im Kapitol in Washington, vom Präsidentschaftskandidaten John Kerry eingeladen wurde, am 27. Juli 2004 auf dem Parteitag der Demokraten in Boston die »Grundsatzrede« zu

3 Vgl. Barack Obama, *Dreams from My Father. A Story of Race and Inheritance*, New York 1994, hier zitiert nach der Ausgabe von 2004. [dt. Ein amerikanischer Traum. Die Geschichte meiner Familie, München 2008].

halten. Auf diese gut 20 Minuten hatte er sich über Wochen vorbereitet. Er präsentierte sie auswendig und mit großer rhetorischer Überzeugungskraft.⁴ Die Reaktionen des Publikums und der Fernsehzuschauer waren enthusiastisch. Ein Mediensuperstar war geboren. Gerüchte, man habe gerade den nächsten Präsidenten erlebt, verbreiteten sich in Windeseile. Die Auflage der Autobiografie explodierte. Der Verkaufserfolg vertrieb die finanziellen Sorgen des Ehepaars Michelle und Barack Obama. Sie konnten ihre Studentenschulden abbezahlen und sich zum ersten Mal eine Eigentumswohnung leisten. Inzwischen hat das Ehepaar Obama mit den Memoiren und seinen bezahlten Reden Millionen im dreistelligen Bereich verdient. Es ist in das Showgeschäft eingestiegen und bedient den Massenmarkt.

Spätestens mit dieser Rede auf dem Parteitag machte Obama eine seine Politik prägende Erfahrung, nämlich, dass er mit seinen Reden Menschen aus allen Gesellschafts- und Bildungsschichten begeistern konnte. Seine Reden hat er in Zusammenarbeit mit seinen Redenschreibern immer selbst vorbereitet.⁵ Er verband auf ebenso elegante wie raffinierte Art und Weise politische Substanz und hoffnungsvolle Rhetorik (»Yes, we can!«), er nutzte souverän die idealistischen und wertgeladenen Gemeinplätze der amerikanischen Tradition, die für ihn universelle Gültigkeit haben. Auf der anderen Seite scheute er sich nicht, die brutale Wirklichkeit seines Landes anklagend zu beschreiben. Als der »Zauber« des Anfangs durch die eingeschränkten Machtmöglichkeiten des Präsidenten im Verfassungssystem der USA sowie die Realitäten der US-Innenpolitik und der Weltpolitik zur »Entzauberung«⁶ Obamas führte, wurde der Vorwurf laut, er sei naiv und zu idealistisch in dem Glauben, mit seinen Reden die USA und die Welt verändern zu können (»speechifying the world«).

Wie hatte er in seiner Autobiografie geschrieben? »Wenn ich nur die richtigen Worte fände – fast alles könnte sich ändern: Südafrika, das Leben der Kinder in den Ghettos nur einige Meilen von hier entfernt, meine eigene fragile Position in der Welt.«⁷ Der 48-jährige Präsident hatte nicht nur eine Bildungsgeschichte, sondern auch eine außergewöhnliche Ausbildungsgeschichte durchlaufen, getrieben von der Suche nach seiner eigenen Identität als farbiger, als schwarz-weißer Amerikaner und einer erneuerten Mission für die USA, die sich den Versprechen der Gründungsväter wieder verpflichtet fühlt. Als Sohn eines schwarzen Kenianers und einer weißen Amerikanerin wuchs er auf Hawaii und in Indonesien auf. Dann gewann er ein Stipendium an einem College in Kalifornien, studierte in New York an der Columbia University Politikwissenschaft, arbeitete ein Jahr für eine Unternehmensberatung und drei Jahre als Leiter von Gemeinschaftsprojekten im schwarzen Ghetto von Chicago. Dort erlebte er mehr Elend und Verfall als in Indonesien oder auf Hawaii. Er wurde gläubiger Christ in einer schwarz-weißen Gemeinde. 1988 erhielt er ein Stipendium für die Harvard Law School, wurde als erster Schwarzer leitender Redakteur

4 Vgl. Michelle Obama, *Becoming*, New York 2019, S. 214–216.

5 Vgl. Ben Rhodes, *Im Weißen Haus. Die Jahre mit Barack Obama*, München 2019.

6 Vgl. Tobias Endler, Martin Thunert, *Entzauberung. Skizzen und Anmerkungen zu der USA in der Ära Obama*, Opladen, Berlin, Toronto 2016. Ein frühes Zeugnis der Verzauberung ist ein Sammelband der Wochenzeitung »Die ZEIT«: Patrick Schwarz, *Obamas Amerika. Eine Bestandsaufnahme*, Hamburg 2011.

7 Barack Obama, *Dreams from My Father*, S. 106.

der von Studenten herausgegebenen, prestigeträchtigen Zeitschrift »Harvard Law Review«. Dies ist eine Position von hohem nationalem Prestige, die in der Regel alle Türen öffnet. Er schloss sein Studium »magna cum laude« ab, ging trotz verlockender Angebote von Rechtsanwaltskanzleien als Sozialarbeiter (*community advisor*) erneut in die schwarze Südseite von Chicago, heiratete 1992 die Juristin Michelle Robinson, wurde für drei Jahre Bürgerrechtsanwalt in Chicago, von 1993 bis 2004 Dozent für Verfassungsrecht an der Universität von Chicago. Schließlich stürzte sich der ehrgeizige und sendungsbewusste Obama gegen den anhaltenden Widerstand seiner Frau in die Politik; ab 1996 gewann er einen Sitz für Chicago im Senat von Illinois, den er bis 2004 innehatte. Sein Versuch, im Jahre 2000 in das US-Repräsentantenhaus einzuziehen, scheiterte. Aber im Jahre 2004 zog er als Vertreter von Illinois in den Senat in Washington ein, damals der einzige Farbige. In diesen Jahren lernte er vor allem eins: Man muss in der Politik auch Kompromisse machen können. Aufgrund dieser Geschichte war die große existentielle Spannung seiner persönlichen Existenz und seiner Präsidentschaft, die Spannung zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Theorie und Praxis, zwischen Sein und Sollen im langen Lauf zu sich selbst angelegt. Dass er diese Spannungen aushalten konnte, machte ihn in den Augen seiner Frau zu einem »political wunderkind«.⁸

Obamas Reden werden etwas genauer interpretiert, weil sich in ihnen der Kern seiner demokratischen Mission für die Welt offenbart, weil der Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit ein Hauptargument für seine »Entzauberung« wurde und weil, last but not least die »späte Liebe« zwischen Obama und der deutschen Kanzlerin Angela Merkel aus den gemeinsamen Idealen erwuchs, trotz aller Konflikte in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen. Ausgestattet mit der Leidenschaft des Juristen für den präzisen Begriff und das richtige Wort, im Besitz eines vorzüglichen Gedächtnisses und konzentrierter Schaffenskraft, durch Basketballspielen und morgendliches Fitnesstraining in guter körperlicher Verfassung, studierte Obama die Geschichte und Gegenwart von Weltdeutungen, besonders die Geschichte der USA. Seine Suche nach einer Vision für eine bessere Welt stand in bester amerikanischer Tradition, zum Beispiel von Präsident Abraham Lincoln oder dem Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. Er zog seine Vision für ein besseres Amerika in einer Zeitschleife durch die Vergangenheit. Es kam auch für Obama darauf an, die Versprechen des Ursprungs im 18. Jahrhundert von Leben, Freiheit und Streben nach Glück – kanonisiert in der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung – endlich einzulösen. Sein auf sorgfältiger Erziehung seiner Mutter, außerordentlichem Fleiß, großer Begabung und mehreren Stipendien begründeter Aufstieg führte dazu, dass sich dem amerikanischen Volk Obamas eigener »Traum« als leuchtendes Beispiel empfahl, auch denjenigen, die nie eine solche Chance hatten.⁹

Besonders drei Traditionen prägten ihn: die Geschichte der amerikanischen Demokratie, die philosophische Tradition des amerikanischen Pragmatismus und die

⁸ Michelle Obama, *Becoming*, S. 284.

⁹ Möglicherweise verkörpert er dadurch die »Tyrannei der Leistungsgesellschaft« und trieb einfache Leute in Trumps populistisches Lager. Vgl. Michael J. Sandel, *The Tyranny of Merit. What's Become of the Common Good*, New York 2020.

tiefen und harten Kontroversen während der Siebziger- und Achtzigerjahre an den Universitäten des Landes.¹⁰ Auch bedeutende europäische Klassiker standen auf seiner Leseliste wie Augustinus, Pierre Bourdieu, Edmund Burke, Emil Durkheim, Michel Foucault, Jürgen Habermas, Friedrich Hayek, Thomas Hobbes, Karl Marx, Adam Smith, Alexis de Tocqueville und Max Weber.¹¹ Nachdrücklich beeindruckt war Obama von dem amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr, der aus einem deutsch-amerikanischen Pfarrhaus stammte. Dessen Buch »The Irony of American History« ist eines der einflussreichsten Bücher für christliche Realisten in den USA. Niebuhr bestätigte Obama in der heiligen Formel Martin Luther Kings: »Liebe ohne Macht ist eine Sentimentalität. Macht ohne Liebe ist gefährlich. Liebe plus Macht bedeutet Gerechtigkeit.«¹²

Seine Botschaften für die USA und die Welt für einen neuen Anfang in der Weltpolitik formulierte er besonders in seiner Rede vor 215.000 begeisterten Menschen in Berlin am 24. Juli 2008 und seiner Rede zum Amtsantritt im amerikanischen Kongress am 21. Januar 2009. Dem außenpolitischen Hauptproblem seiner Präsidentschaft, der uralten Dialektik von Krieg und Frieden, stellte er sich auf ungewöhnliche Weise am 10. Dezember 2009 in Oslo. Anlässlich der unerwarteten Verleihung des Friedensnobelpreises – gleichsam als Vorschuss für zukünftige Friedensinitiativen – befasste er sich mit einem ebenfalls alten Problem, dem Problem des gerechten Krieges. Immerhin hatte er von Präsident Bush zwei Kriege in Afghanistan und im Irak, den weltweiten Krieg gegen den Terrorismus sowie den Ansehensverlust der USA durch die Folterpraktiken der US-Geheimdienste geerbt.

Berlin war die erste Station des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten auf einer globalen Werbetour, die ihn auch nach Afghanistan, Kuwait, in den Irak, nach Israel, ins Westjordanland, nach Frankreich und nach Großbritannien führte. Amerika habe, so versicherte er, keinen besseren Partner als Europa.¹³ Die neuen Brücken für die Welt sollten an die Brücken über den Atlantik erinnern. Der gemeinsame Kampf für die Freiheit von Berlin und der Bundesrepublik sei ein Beispiel für die jahrzehntelange transatlantische Kooperation. Heute seien alle Probleme so ineinander verzahnt, dass keine Nation sie allein lösen könne. Dann folgte eine lange Liste der Probleme, die er in seiner Präsidentschaft anpacken wollte: Man müsse den Terror beenden und die Quellen des Extremismus trockenlegen. Man müsse deshalb dafür sorgen, dass die erste Mission der NATO außerhalb Europas in Afghanistan ein Erfolg werde. Man müsse außerdem am Ziel einer Welt ohne nukleare Waffen festhalten, ungeschütztes nukleares Material sichern, die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern, das nukleare Material eines vergangenen Zeitalters reduzieren. Europa müsse seine eigene Sicherheit und Wohlfahrt suchen, zugleich mit Russland zusammenarbeiten. Der Iran müsse seine nuklearen Ambitionen aufgeben,

10 Zu seiner intellektuellen Biografie vgl. James T. Kloppenberg, *Reading Obama. Dreams, Hope, and the American Political Tradition*, Princeton 2011. Vgl. auch David Remnick, *The Bridge. The Life and Rise of Barack Obama*, New York 2010.

11 Kloppenberg, S. 1–85.

12 Reinhold Niebuhr, *The Irony of American History*, Chicago 1952. Neuaufl. 2008 mit einer Einleitung von Andrew J. Bacevich.

13 *The New York Times*, *Obama's Speech in Berlin, 24.7.2008*. Transcript, <https://www.nytimes.com/2008/07/24/us/politics/24text-obama.html> (7.12.2020).

dem Libanon müsse geholfen werden; Israel und die Palästinenser müssten darin unterstützt werden, einen dauerhaften und sozialen Frieden zu finden. Wenn der Krieg im Irak zu einem Ende komme und eine neue irakische Regierung die Verantwortung übernehme, müsse das Leben für Millionen Iraker wiederaufgebaut werden. Auch zu globalen Problemen nahm er Stellung. Es sei die Zeit gekommen, in der man gemeinsam den Planeten retten müsse, indem man den Kohlendioxidausstoß reduziere. Man lebe in einer globalisierten Welt, deshalb müsse man auch an die vergessenen Ecken der Welt denken, in denen den Menschen Nahrung und Unterkunft fehlten und ihnen die Menschenrechte verweigert würden.

In der Vorbereitung der Berliner Rede hatten seine Redenschreiber einen deutschen Begriff gefunden, der seine Botschaft von der Interdependenz der Welt krönen sollte: Schicksalsgemeinschaft. Sie fanden aber am Vorabend der Rede heraus, dass Hitler das Wort »Schicksalsgemeinschaft« in einer Berliner Rede prominent verwendet hatte. Obama arbeitete den Schluss daraufhin in letzter Minute selbst um, sonst hätte er schon die Schlagzeile vor sich gesehen: »Obama knüpft in Berliner Rede an Hitler an.«¹⁴

Seine Rede zum Amtsantritt am 21.1.2009¹⁵ begann Obama, der im Wahlkampf Hoffnung und Wandel versprochen hatte, mit der klassischen Ouvertüre jedes neu gewählten Präsidenten: Die Nation sei inmitten einer Krise. Sie sei im Krieg gegen ein weit verzweigtes Netzwerk (der Terroristen) von Hass und Gewalt. Die Wirtschaft sei (durch die große Banken- und Finanzkrise) schwer geschädigt, eine Konsequenz der Gier einiger, aber auch eines kollektiven Versagens, harte Entscheidungen zu fällen und die Nation auf eine neue Zeit vorzubereiten: Häuser seien verloren, Arbeitsplätze vernichtet und Geschäfte geschlossen worden. Außerdem beweise jeder Tag, dass Amerika Energie auf eine Art und Weise nutze, die seine Feinde stärkten und den Planeten gefährdeten. Das Land leide an einer Untergrabung des Selbstvertrauens, an der nagenden Furcht, dass der Niedergang der USA unvermeidlich sei und die nächste Generation ihre Ansprüche zurücknehmen müsse.

Aber Amerika werde sich dieser Herausforderung stellen, Amerika müsse erneuert werden. Dann folgte eine Liste der Probleme, die das Land anpacken müsse. Besonders eindringlich thematisierte Obama das Fundamentalproblem der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft, das seit der technisch-industriellen Revolution bis heute alle Staaten der Welt umtreibt: Was soll vom Staat, was soll vom Markt geregelt werden? Er attackierte die Grundüberzeugung der Republikaner, die seit der Amtszeit von Präsident Ronald Reagan systematisch versucht hatten, das Erbe Roosevelts und des staatsinterventionistischen New Deals zu zerstören.¹⁶

Die Frage sei nicht, so Obama, ob die Regierung zu groß oder zu klein sei, sondern ob sie funktioniere: Ob sie den Familien helfe, Jobs zu einem angemessenen Lohn zu finden, ein Gesundheitssystem, das sie sich leisten könnten, und eine Altersvorsorge,

14 Rhodes, Im Weißen Haus, S. 56.

15 Vgl. Barack Obama, Inaugural Address, 21.1.2009, <https://obamawhitehouse.archives.gov/blog/2009/01/21/president-barack-obamas-inaugural-address> (21.7.2021).

16 Vgl. Kapitel 5 in diesem Band.

die ihre Würde bewahre. Nur dann könne das grundsätzliche Vertrauen zwischen Volk und Regierung wiederhergestellt werden.

Die Frage, die sich stelle, sei nicht, ob der Markt eine Macht des Bösen oder des Guten sei. Aber die gegenwärtige Krise habe die Amerikaner daran erinnert, dass der Markt ohne ein wachsames Auge außer Kontrolle geraten könne. Die Nation könne nicht wohlhabend sein, wenn der Markt nur die Reichen begünstige. Der Erfolg einer Wirtschaft hänge nicht einfach von der Größe des Bruttoinlandsprodukts ab, sondern von der Reichweite des Wohlstandes, von ihrer Fähigkeit, jedem willigen Herzen eine Chance zu geben, nicht aus Barmherzigkeit, sondern weil das der sicherste Weg zum gemeinen Wohl des amerikanischen Volkes sei.

Die Passagen zur Außenpolitik und zur Rolle der USA in der Welt waren von besonderer rhetorischer Finesse geprägt. Von den globalen militärischen und wirtschaftlichen Interessen der USA erfuhr die Nation in Obamas Antrittsrede nichts. Er konzentrierte sich auf Amerikas Sendungsidee der Freiheit und wehrte sich dagegen, in der Sache der »gemeinsamen Verteidigung« eine falsche Wahl zwischen Sicherheit und Idealen zu treffen. Die Präsentation einer »falschen« Wahl, die es zu vermeiden gelte, ist Obamas beliebteste Argumentationsfigur, sie dient der Vorbereitung seiner eigenen, vernünftigen und richtigen Entscheidung.

Obama zeigte sich davon überzeugt, dass die Ideale der Gründungsväter die Welt noch immer erleuchteten und die USA diese nicht der Nützlichkeit opfern würden. »Wir sind erneut bereit, die Welt zu führen.« Faschismus und Kommunismus seien nicht nur mit Raketen und Panzern bezwungen worden, sondern auch durch robuste Bündnisse und tief verankerte Überzeugungen. Die Sicherheit der Welt erwachse aus der Gerechtigkeit ihrer Sache. Die gegenwärtigen USA seien die Sachwalter dieses Erbes. Deshalb werde man, so seine Anwendung dieses Grundsatzes auf die beiden von Bush geerbten Kriege, den Irak auf »verantwortliche Art und Weise« dem irakischen Volk überlassen und Fortschritte für einen Frieden in Afghanistan machen.

Dann erinnerte Obama die amerikanische Nation an ihr multikulturelles Erbe, an den eigenen Flickenteppich. Die USA seien eine Nation von Christen und Muslimen, von Juden, Hindus und Nichtgläubigen. Amerika sei geprägt durch jede Sprache und Kultur der Welt, aus jeder Ecke der Erde. Da Amerika das bittere Schmutzwasser von Bürgerkrieg und Rassentrennung geschmeckt habe, könne man nichts anderes tun, als daran zu glauben, dass der alte Hass irgendwann enden werde. Amerika müsse dabei seine Rolle spielen, ein neues Zeitalter des Friedens herbeizuführen.

Obama machte der islamischen Welt ein Angebot zur Zusammenarbeit, getragen von gegenseitigem Interesse und Respekt. Alle korrupten Systeme, so Obama weiter, stünden auf der falschen Seite der Geschichte. Den armen Völkern der Welt bot er Entwicklungshilfe an.

Es folgte eine Würdigung des amerikanischen Militärs, der am meisten respektierten Gruppe in der amerikanischen Gesellschaft. Den amerikanischen Soldaten, die in fernen Wüsten und Gebirgen der Nation dienten, dankte er als »Hütern der Freiheit«.

Er bot der Welt ein neues Zeitalter der »Verantwortlichkeit« an. Das sei der Preis und das Versprechen von Bürgern. Die Bedeutung der Freiheit könne man daran erkennen, dass Frauen, Männer und Kinder aller Rassen und Glaubensbekenntnisse an

der Feier zu seiner Amtseinführung teilnehmen können. Und deshalb könne ein Mann wie er, dessen Vater vor 60 Jahren nicht einmal in einem Restaurant bedient worden wäre, jetzt vor der amerikanischen Nation stehen, um den heiligen Eid zu schwören.

Seine nach eigener Einschätzung wichtigste Rede zur Außenpolitik hielt Präsident Obama am 10.12.2009 in Oslo¹⁷, als ihm der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Er hatte gerade dem Drängen seiner Militärs nachgeben müssen und ihnen das zugesagt, was alle Militärs in der Weltgeschichte in bedrängter Lage verlangen, nämlich mehr Truppen und Ressourcen. Ihm war die Erinnerung an das Fiasko in Vietnam höchst präsent. Zugleich streuten die Militärs Gerüchte, dass sie sich um Obamas »Entschlossenheit« sorgten. Indigniert fragte Obama Vertraute im Oval Office: »Warum wird das ganze Ding eigentlich in der Frage formuliert, ob ich einen Arsch in der Hose habe?«¹⁸ Er hatte vor der Rede in Oslo gerade beschlossen, 30.000 weitere Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, 10.000 weitere Soldaten sollte die NATO stellen. Mithilfe der neuen Truppen sollte die Lage in Afghanistan stabilisiert werden. Nach 18 Monaten sollte dann der Abzug beginnen.

Obama begann seine Rede in Oslo – nach den üblichen Bescheidenheitsformeln – auf ungewöhnliche Weise. Er wolle nicht versäumen, zu erwähnen, dass die Verleihung des Preises eine erhebliche Kontroverse hervorgerufen habe, weil seine »Arbeit auf der Weltbühne« erst am Anfang, nicht am Ende stehe. Vor allem aber sei er Oberbefehlshaber einer Nation, die sich in zwei Kriegen befände. Er hätte auch hinzufügen können, dass er Oberbefehlshaber der größten Militärmaschine aller Zeiten sei, zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum.

Obama nutzte seine Rede zu weltgeschichtlichen Reflexionen über die Natur des Menschen, über den gerechten Frieden und den gerechten Krieg. 43-mal benutzte er den Begriff Krieg, 28-mal den Begriff Frieden, einige Male historische Bezeichnungen wie »Zweiter Weltkrieg«.

Kriege habe es von Beginn der Zeiten an gegeben. Das sei lange einfach eine Tatsache des Lebens gewesen, wie Dürren oder Seuchen. Dann habe sich ein Völkerrecht (*Law of Nations*) entwickelt. Philosophen, Theologen und Staatsmänner hätten versucht, die destruktive Macht des Krieges zu regulieren, zum großen Teil vergeblich. Der Krieg zwischen Armeen sei zum Krieg zwischen Nationen geworden. Er erinnerte an die beiden Weltkriege, nicht an den Koreakrieg, auch nicht an den Vietnamkrieg. Er könne sich keinen gerechteren Krieg vorstellen, als den Krieg gegen das Dritte Reich und die Achsenmächte.

Für diesen Teil der Rede hätte er auch einen »Kriegsnobelpreis« gewinnen können.

Die Dialektik seiner Rede bewegte sich zwischen der Realität gerechter und ungerechter Kriege einerseits, den Hoffnungen auf und den Bedingungen für einen gerechten Frieden andererseits. Ihm war ebenfalls die tiefe Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Sein und Sollen bewusst, über deren Überwindung bereits in der Antike nachgedacht wurde. Er wehrte sich gegen die Vorstellung, dass die Verfasstheit

17 Vgl. Barack Obama, Remarks by the President at the Acceptance of the Nobel Peace Prize. 10.12.2009, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/remarks-president-acceptance-nobel-peace-prize> (7.12.2020).

18 Rhodes, Im Weißen Haus, S. 119.

der gegenwärtigen Menschheit es unmöglich mache, nach dem Ideal zu streben: »I refuse to accept the idea that the ›isness‹ of man's present condition makes him morally incapable of reaching up for the eternal ›oughtness‹ that forever confronts him.«¹⁹

Heute sehe er neue Gefahren. Nicht ein Krieg zwischen den nuklearen Supermächten sei die größte Bedrohung, sondern die Weiterverbreitung von Atomwaffen und modernen Technologien. Auch deshalb könne er heute keine endgültige Lösung für das Problem des Krieges mitbringen. Man müsse der harten Wahrheit ins Auge sehen. Die Menschheit werde in der gegenwärtigen Lebensspanne den gewaltsamen Konfliktfall nicht auslöschen. Es gäbe eben Zeiten, in denen Nationen, allein oder im Verbund mit anderen, den Gebrauch von Gewalt nicht nur für notwendig, sondern auch für moralisch gerechtfertigt halten. Das sage er trotz der Einsichten von Martin Luther King Jr. bei der Verleihung des Nobelpreises. »Gewalt kann niemals einen dauernden Frieden bringen, sie löst kein soziales Problem, sie bringe nur neue und noch komplexere Probleme hervor.« Das sage er als jemand, der hier als direkte Konsequenz der Lebensarbeit von Dr. King Jr. vor ihnen stehe. Die moralische Kraft der Gewaltlosigkeit sei nichts Schwaches, nicht Passives, nicht Naives.

Aber dann formulierte Obama erneut den Widerspruch zwischen Wirklichkeit und Ideal, zwischen Realität und Utopie, zwischen Sein und Sollen, an dem er sich selbst abarbeitete und den seine tatsächlichen Handlungen als Präsident prägten. Er habe einen Eid darauf geschworen, seine Nation zu beschützen und zu verteidigen. Er müsse die Welt nehmen, wie sie sei. Angesichts der Gefahren für das amerikanische Volk könne er nicht untätig bleiben. Man solle sich nicht täuschen: Das Böse existiere in der Welt. Und dann folgte vor der Weltöffentlichkeit das moralische Letztargument für Kriege seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. Gewaltlosigkeit hätte Hitlers Armee nicht aufgehalten. Verhandlungen könnten Al-Qaida nicht davon überzeugen, die Waffen niederzulegen. In der Nachfolge des Theologen Reinhold Niebuhr erklärte Obama: »Zu sagen, dass Gewalt gelegentlich notwendig sei, sei kein Aufruf zum Zynismus, es sei eine Anerkennung der Geschichte, der Unvollkommenheit des Menschen und der Grenzen der Vernunft.« Er wolle diese Wahrheit aussprechen, weil es in vielen Ländern eine große Ambivalenz über militärische Aktionen gebe, verbunden mit einem reflexartigen Misstrauen gegenüber den USA, der einzigen militärischen Supermacht der Erde.

Auch müsse man sich daran erinnern, dass es nicht allein internationale Institutionen, Verträge und Absichtserklärungen gewesen seien, die Stabilität für die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht hätten. Welche Fehler die USA auch gemacht hätten, es bleibe die einfache Tatsache, dass die USA für sechs Jahrzehnte durch das Blut ihrer Bürger und die Stärke ihrer Waffen die globale Sicherheit garantiert hätten. Amerikaner in Uniform hätten Frieden und Wohlstand von Deutschland bis

19 Über das Problem von Sein und Sollen und die Legitimität von Werturteilen hat der Autor dieses Bandes vor 50 Jahren mit dem holländischen Historiker Herman van der Dunk eine lebhaft kontroverse geführt, vgl. Detlef Junker, Über die Legitimität von Werturteilen in den Sozialwissenschaften und der Geschichtswissenschaft, in: Historische Zeitschrift, Heft 211, 1, August 1970, S. 1–33. Obama hat vermutlich nie begriffen, dass aus allen beschreibenden und erklärenden Sätzen über die Welt logisch nicht geschlossen werden kann, was getan werden soll.

Korea gebracht und dafür gesorgt, dass die Demokratie sich auch in Gebieten wie dem Balkan festgesetzt habe.

Dann versicherte Obama der Welt, dass Amerika als globale Macht die gesamte Palette ihrer Einfluss- und Machtmittel einsetzen werde, um an einer gerechten Weltordnung zu arbeiten. Amerika werde in seiner Verpflichtung für die globale Sicherheit nicht schwanken. Aber Amerika brauche auch Verbündete, wie die Soldaten der NATO in Afghanistan. Der Glaube daran, dass der Friede unausweichlich sei, sei selten ausreichend, um ihn zu erreichen. Es gebe aber im Gebrauch der Macht auch die Notwendigkeit, sie zu begrenzen. Deshalb habe er Folter verboten und angeordnet, das Gefängnis von Guantanamo zu schließen.

Dann nannte Obama eine lange Liste von Aufgaben, die in der Weltpolitik zu meistern seien, wie die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Er arbeite mit dem russischen Präsidenten Medwedew daran, die amerikanischen und russischen Arsenale zu reduzieren. Der Iran und Nordkorea müssten daran gehindert werden, das System zu manipulieren. Die Gefahr eines Wettrüstens im Mittleren Osten und Ostasien dürfe nicht ignoriert werden. Auch der Völkermord in Darfur, die systematische Vergewaltigung im Kongo und die Unterdrückungen in Biafra dürften nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Abschließend sprach Obama über die Natur und die Kriterien eines Friedens, den man anstreben müsse, insbesondere über die allgemeinen Menschenrechte, die keineswegs nur westliche Prinzipien seien. Er lobte Präsident Nixon dafür, dass dieser trotz des Horrors der Kulturrevolution mit Mao verhandelt habe. Die Initiative von Papst Johannes Paul II. habe nicht nur Freiraum für die katholische Kirche in Polen geschaffen, sondern auch für Arbeiterführer wie Lech Walesa.

Schließlich reflektierte Obama in Oslo über Religionskriege in der Geschichte. Er erinnerte daran, dass ein heiliger Krieg nie ein gerechter Krieg sein könne.

Amerika habe die Last der Verantwortung getragen, nicht weil das Land irgendjemandem seinen Willen aufzwingen wollte, sondern aus aufgeklärtem Selbstinteresse (*enlightened self-interest*). Ja, so sei es: Die Instrumente des Krieges müssten in der Bewahrung des Friedens eine Rolle spielen. Wie jedes Staatsoberhaupt müsse er sich das Recht vorbehalten, unilateral zu handeln, um »meine Nation« zu verteidigen. Amerika habe eine Verpflichtung zur globalen Sicherheit, allerdings könne Amerika den Frieden nicht allein wahren.

*

Die Welt fragt sich natürlich, was Obama nach acht Jahren »Arbeit auf der Weltbühne« erreicht hat. Konnte er außenpolitisch den Macht- und Ansehensverfall der USA in der Welt, das Erbe seines Vorgängers George W. Bush, aufhalten? Konnte er innenpolitisch an der tiefen Spaltung der Nation, die sich seit Präsident Reagan immer stärker eingefressen hatte, etwas Grundlegendes ändern?²⁰

²⁰ Zur Gesamtdarstellung seiner Präsidentschaft vgl. Julian E. Zelizer (Hrsg.), *The Presidency of Barack Obama*, Princeton 2018; Winand Gellner, Patrick Horst (Hrsg.), *Die USA am Ende der Präsidentschaft Obamas. Eine erste Bilanz*, Wiesbaden 2016; Stefan Hagemann, Wolfgang Tönnies,

Genau das waren ja die beiden Hoffnungen, die sich mit der Wahl Obamas verbunden hatten. Auch Obamas Ehrgeiz und Selbstbild gingen weit über die erhoffte Signalwirkung eines farbigen Präsidenten im Weißen Haus hinaus. Das machen alle seine Erinnerungen und Autobiografien unübersehbar deutlich, die jetzt schon über 1500 Seiten ausmachen. Ein Ende ist noch nicht in Sicht.²¹

Ausgangspunkt für das Urteil über Präsident Obama auf der »Weltbühne« ist der Maßstab, ob er dazu beigetragen hat, die globalen Interessen und Werte der USA zu bekräftigen und zu verteidigen. Denn seit dem Eintritt des Landes in den Zweiten Weltkrieg hatten die USA – das ist ein Leitmotiv dieses Bandes – ihre nationalen Interessen global entgrenzt. Seit Roosevelt war der Selbstanspruch des Landes, die Struktur der internationalen Ordnung über eine lange Zeit und große Gebiete hinweg nach eigenen Interessen und Werten zu gestalten und Systemfeinde zumindest zu neutralisieren. Es ist kein Zufall, dass dieser Globalismus die Essenz aller strategischen Pläne und Sicherheitsmemoranden der USA von 1941 bis zur Amtszeit von Bush dem Jüngeren darstellt. Der Höhe- und zugleich Umschlagspunkt dieses Globalismus war das ebenso berühmte wie berüchtigte Sicherheitsmemorandum vom 17. September 2002 zur nationalen Sicherheit, als Präsident Bush, beeinflusst von neokonservativen Ideologen, nach 9/11 die Gunst der Stunde nutzen wollte, um den amerikanischen Globalismus über eine Weltführungsrolle hinaus in eine US-Weltvorherrschaft (*primacy*) zu verwandeln. Es war nur folgerichtig, dass dieser neue Anspruch der USA unter Bush dem Jüngeren zu einer fundamentalen Diskussion über den »amerikanischen Imperialismus« führte.²²

Diese strategische Diskussion war auch deshalb so hitzig, weil die Mehrheit der Amerikaner damals wie heute gegen den Begriff »Imperialismus« als Selbstbezeichnung für die globale Politik des Landes rebelliert. Der globale Macht- und Gestaltungsanspruch der USA wird fast immer mit den Begriffen »global leadership« oder »global responsibility« bezeichnet. Im Zusammenhang mit der amerikanischen Sendungsidee der Freiheit und ihrer globalen Mission sprechen amerikanische Politiker und Strategen gern von der »unverzichtbaren Nation« (*indispensable nation*). Allenfalls der von Thomas Jefferson geprägte Begriff »Imperium der Freiheit« (*empire of liberty*) findet Zustimmung. Imperialisten, das waren die Europäer oder andere Imperien in der Weltgeschichte.

Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama*, Trier 2014; Florian Böller, Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht im Wandel. Die USA in der Ära Obama*, Trier 2012; Gordon M. Friedrichs, *US Global Leadership Role and Domestic Polarization: A Role Theory Approach*, New York 2021. Vgl. auch Britta Waldschmidt-Nelson, *Barack Obama (2009–2017). Der erste afroamerikanische Präsident: A Dream Come True?*, in: Christoph Mauch (Hrsg.), *Die Präsidenten der USA. 45 historische Porträts von George Washington bis Donald Trump*, München 2018. Vgl. auch »Obamas World. Judging His Foreign Policy Record«, *Foreign Affairs*, Vol. 94, No. 5, September–Oktober 2015. »Inequality. What Causes It. Why It Matters. What Can Be Done«, *Foreign Affairs*, Vol. 95, No. 1, January–February 2016.

21 Neben »Dreams from My Father« (vgl. Anmerkung 3), »The Audacity of Hope. Thoughts on Reclaiming the American Dream«, New York 2006, und dem ersten Teil seiner Erinnerungen für die Zeit seiner Präsidentschaft: »Barack Obama. A Promised Land«, New York 2020, deutsche Fassung »Ein verheißenes Land«. Die Memoiren beziehen sich nur auf die ersten drei Jahre seiner Amtszeit. Für die nächsten fünf Jahre dürfen wir sicher noch einmal 1000 Seiten erwarten.

22 Vgl. die Kapitel 14 und 15 in diesem Band.

Genauso dachte auch Obama. In seiner berühmten Rede in Kairo am 4. Juni 2009, in der er einen Neuanfang in der Beziehung zwischen den USA und der islamischen Welt beschwor, wies er den Imperialismusvorwurf mit großer Leidenschaft zurück. »America is not the crude stereotype of a self-interested empire. The United States has been one of the greatest sources of progress that the world has ever known. We were born out of the revolution against an empire. We were founded upon the ideal that all are created equal, and we have shed blood and struggled for centuries to give meaning to those words – within our borders and around the world.«²³ Diese Globalisierung des amerikanischen außenpolitischen Handlungsradius erwuchs auch aus der zunehmenden Interdependenz der Weltpolitik selbst, auch als Reaktion auf die Außenpolitik von Feinden und Verbündeten der USA, besonders aus den oft übertriebenen Bedrohungsvorstellungen, die die Taten und Ideologien anderer Staaten und Gesellschaften in den Köpfen der Amerikaner und ihrer Politiker hervorriefen.

Innerhalb dieses amerikanischen Globalismus kann man seit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg drei große Zielvorstellungen unterscheiden: die unteilbare Sicherheit, den unteilbaren Weltmarkt und die unteilbare Freiheit. Diese drei Unteilbarkeiten sollen in jeweils idealtypischer Verknappung skizziert werden, weil sie den Maßstab für die Einordnung der Außenpolitik von Obama und Trump bilden.

Die unteilbare Sicherheit

Die unteilbare Sicherheit meint die Aufrechterhaltung eines pro-amerikanischen Gleichgewichts in der Welt und die Verhinderung feindlicher Hegemonialmächte auf dem eurasischen Doppelkontinent, die langfristig die Sicherheit der westlichen Hemisphäre, des Sanktuariums der USA, gefährden könnten. Diese Sicherheit der westlichen Hemisphäre, im Zentrum natürlich die Sicherheit der kontinentalen USA, ist seit der berühmten Monroe-Doktrin aus dem Jahr 1823 das oberste Ziel amerikanischer Sicherheitspolitik. Immer wenn diese bedroht erscheint, wird die Nation in höchste Alarmbereitschaft gesetzt. Ein Bonmot über das Problem amerikanischer Sicherheit spiegelt eine tief im kollektiven Bewusstsein der Amerikaner verankerte Realität wider: Im Norden ein schwaches Kanada, im Süden ein schwaches Mexiko, im Osten Fische und im Westen Fische.

Trotz des nuklearen Gleichgewichts des Schreckens mit der Sowjetunion, nun mit Russland, zwingt jede tatsächliche oder angenommene Gefährdung der Sicherheit der westlichen Hemisphäre die US-Regierung zum Handeln. Es sei nur an die Kuba-Krise 1962 oder die Reaktionen auf 9/11 erinnert. In der Gegenwart gibt es wieder eine brandgefährliche Situation. Die USA werden atomar bestückte Langstreckenraketen Nordkoreas, die die kontinentalen USA bedrohen könnten, nicht hinnehmen. Es ist kein Zufall, dass Obama beim Höflichkeitsbesuch des neu gewählten Präsidenten

²³ The White House, Remarks by the President at Cairo University, 6.4.2009, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/remarks-president-cairo-university-6-04-09> (21.6.2021).

Donald Trump im Weißen Haus fast ausschließlich über das größte Problem amerikanischer Sicherheit sprach: über Nordkorea.

Diese globalen Zielvorstellungen der USA waren dialektisch mit globalen Bedrohungsszenarien verbunden, im Falle des Nationalsozialismus mit der Annahme, dass Hitler und Deutschland die ganze Welt erobern wollten; im Falle des Kalten Krieges mit der subjektiven Gewissheit, dass der Kommunismus zunächst in Europa und Asien, nach der Globalisierung der sowjetischen Außenpolitik in der Ära Chruschtschow auch im Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika eben alle drei Unteilbarkeiten gefährde. Der internationale Terrorismus wird als neue globale Bedrohung wahrgenommen.

Überdies gehörte es zur Fähigkeit dieser imperialen Macht, bei Bedarf globale Koalitionen unterschiedlicher Regierungen und Systeme zusammenzuschmieden. Dieser US-Globalismus hat seit dem Zweiten Weltkrieg eine globale amerikanische Militärmacht hervorgebracht, mit Bündnissen in der ganzen Welt; eine Macht, die 2019 38 Prozent aller Militärausgaben verschlang (zum Vergleich: China 14 Prozent und Russland 3,4 Prozent); innenpolitisch von einer Allianz aus Militär, Rüstungsindustrie und Kongress geschützt wird (der Militärhaushalt ist in den letzten 60 Jahren nicht ein einziges Mal abgelehnt worden); über tausend teils geheime Basen rund um den Globus verfügt; jeden Punkt der Erde, falls man das politisch will, in 20 Minuten pulverisieren kann; und die in der Amtszeit von Bush dem Jüngeren, wie schon angedeutet, die Mission erhielt, auf absehbare Zeit eine Pax Americana gegen jede Kombination möglicher Gegner zu verteidigen und zu verhindern, dass in irgendeinem Kontinent ein regionaler Hegemon diese globale Führungsrolle gefährden könnte.

Das Kernstück der amerikanischen Sicherheitspolitik ist weiter die nukleare Triade, also die Fähigkeit, nuklear bestückte Interkontinentalraketen von U-Booten, aus gehärteten Silos und von Bombern abzuschießen. Allerdings haben die USA ihre einsatzbereiten nuklearen Sprengköpfe von über 31.000 im Jahr 1967 auf gegenwärtig 5.800 reduziert, Russland auf 6.375. Frankreich hat derzeit 290 nukleare Sprengköpfe einsatzfähig, China 320, Großbritannien 215, Pakistan 160, Indien 150, Israel 90. Die Gefährlichkeit des nordkoreanischen Diktators liegt darin, dass er nach Russland die zweite Atommacht sein will, die die USA selbst mit interkontinentalen Raketen bedrohen könnte.

Die sichtbaren Streitkräfte der USA zu Wasser, zu Land, in der Luft und im Welt- raum werden durch ein unsichtbares Geheimdienst-Imperium ergänzt, das überall auf der Welt mit fast allen Mitteln Informationen sammelt, überall mitsieht, mithört und mitliest. Es wurde deshalb vorgeschlagen, das amerikanische Staatsmotto zu ergänzen: »In God we trust – all others we monitor.«

Für Obama war dieser gewaltige Militärapparat allerdings nur ein Instrument der Abschreckung. Obwohl der Präsident in seiner Nobelpreisrede grundsätzlich die Legitimität eines »gerechten Krieges« anerkannte, war er entschlossen, keine US-Truppen in neue Landkriege zu verwickeln und damit den globalen »Fußabdruck« der USA in der Welt zu verringern. Er wusste, dass das amerikanische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit kriegsmüde war – von sendungsbewussten »Falken« im

nationalen Sicherheitsapparat, im Kongress, in den Denkfabriken und öffentlichen »Vordenkern« abgesehen. Da die Weltgeschichte keine Vakua kennt, eröffnete Obama damit anderen Mächten die Möglichkeit, neue Räume in Eurasien und anderen Erdteilen zu besetzen, was in seiner Amtszeit auch geschah. Statt Soldaten am Boden bevorzugte Obama Drohnen, Bombardierungen aus der Luft, gezielte Tötungen (*targeted killings*), Geheimdienste, Sanktionen und Verhandlungen als Mittel nationaler Sicherheitspolitik. Die gezielte Tötung bin Ladens am 2. Mai 2011 war die populärste Tat in seiner Amtszeit.

Er war auch skeptisch, dass die USA die inneren Probleme anderer Staaten mit Gewalt lösen könnten oder lösen sollten. Von der globalen, militärisch gestützten Sendungsidee der Bush-Regierung nach 9/11 war Obama weit entfernt, trotz aller globalen Rhetorik der Freiheit, die sich in seinen öffentlichen Reden manifestierte. Das trieb den Präsidenten in paradoxe Entscheidungslagen, zum Beispiel in Afghanistan. Um dort langfristig amerikanische Soldaten abziehen zu können, ohne den Aufbau des Landes zu gefährden, wollte er durch einen zeitweiligen Aufwuchs der US-Kampftuppen die Lage dort stabilisieren. Das Land wurde aber in seiner Amtszeit nicht stabilisiert. Das gelang bekanntlich bis heute nicht. Trotz der weiteren Anwesenheit amerikanischer Truppen gewinnen die Taliban stetig an Boden. Präsident Biden hat jetzt beschlossen, die Truppen abzuziehen. Aus dem Irak allerdings konnte Obama die Truppen in seiner Amtszeit abziehen, ohne dass das Land sich stabilisiert hatte.

De facto haben die USA beide Kriege verloren, in beiden Ländern herrscht Chaos und Bürgerkrieg. Der Irak und vermutlich auch Afghanistan werden die lange Liste gescheiterter Versuche verlängern, Völkern und Staaten mit Gewalt die Freiheit zu bringen: Haiti, Kambodscha, Südvietnam, die Dominikanische Republik, Kuba, Nicaragua und zeitweise Panama. Die USA und die NATO haben große Mühe, das Scheitern der »Friedensmission« in Afghanistan anzuerkennen.

Was immer Obama militärisch versuchte, endete in einem kostspieligen Desaster. Im Irak intervenierten die USA militärisch und besetzten das Land, das Resultat war ein kostspieliges Desaster. In Libyen intervenierten die USA aus der Luft, besetzten das Land aber nicht, und das Resultat war ebenfalls ein kostspieliges Desaster. In Syrien tat Obama beides nicht, weder intervenierte er noch besetzten Amerikaner das Land, und das Ergebnis war ein kostspieliges Desaster. Im Jemen verließ er sich auf Drohnen und aktive Diplomatie, aber auch hier war das Ergebnis ein kostspieliges Desaster.

Auch im Verhältnis zu Israel kam Präsident Obama auf dem Wege zu einer israelisch-palästinensischen Zwei-Staaten-Lösung keinen Schritt voran. Vor seiner geplanten Rede in Kairo am 4. Juni 2009 besuchte er den saudischen König Abdullah ibn Abd al-Aziz, den Hüter der beiden heiligen Moscheen von Mekka und Medina und strikten Beschützer der Wahhabiten, einer besonders radikalen Variante des Islams. Da das Treffen in gelockerter Atmosphäre stattfand und der König sich wohlwollend an ein Treffen seines Vaters ibn Saud mit Präsident Franklin D. Roosevelt erinnerte, fragte Obama den König, ob sein Königreich und andere Mitglieder der Arabischen Liga eine Geste gegenüber Israel in Erwägung ziehen könnten, die vielleicht

Friedensverhandlungen mit den Palästinensern in Gang setzen könnten. Der König ignorierte diese Frage.²⁴

Nicht bekannt ist, ob der König wusste, dass sein Vater ibn Saud gegenüber Roosevelt am 14. Februar 1945 an Bord der »USS Quincy« im Großen Bittersee und gegenüber Premierminister Winston Churchill einen Tag später unmissverständlich erklärt hatte, dass die arabische Welt nie eine Freistatt für die Juden in Palästina dulden würde. Die Unterstützung des Zionismus, von welcher Seite auch immer, würde zweifellos größtes Blutvergießen und größte Unordnung in die arabischen Länder bringen.²⁵ So ist es bis heute geblieben: ein absolutes, auch heilsgeschichtlich begründetes Freund-Feind-Verhältnis. An diesem Freund-Feind-Verhältnis hat sich von Roosevelt bis Obama und Trump nichts Wesentliches geändert.

*

Europa, auch die Sicherheit Europas und Deutschlands standen nicht im Zentrum des globalen Aufmerksamkeitshorizontes von Barack Obama. Der Alte Kontinent schien sicherheitspolitisch, anders als der Nahe und Mittlere Osten und die gesamte islamische Welt, eine befriedete Region zu sein; sicher unter dem Schutz der NATO und der nuklearen Sicherheitsgarantie der USA. Niemand kam in der Amtszeit Obamas auf die Idee, den Artikel 5 des Nordatlantikvertrags von 1949 infrage zu stellen, wonach ein Angriff auf ein Land einen Angriff auf alle Verbündeten bedeuten würde.

Überdies hatte sich die NATO noch vor Obamas Amtszeit nach Osten ausgedehnt, nicht in erster Linie auf Drängen der USA, sondern von Staaten, die Russland auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht trauten und einen russischen Großmachtrevisionismus fürchteten, der sich tatsächlich entwickelte. 1999 erfolgten die Beitritte Polens, Ungarns und Tschechiens, 2004 folgten Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und die baltischen Staaten. Die Ausdehnung der NATO nach Osten ist eine komplizierte und umstrittene Geschichte.²⁶ Bei der Eröffnung des Holocaust-Museums in Washington am 22. April 1992 hatten der tschechische Staatspräsident Václav Havel und der Pole Lech Wałęsa den in der Beitrittsfrage zögernden, aber seelisch bewegten Präsidenten Bill Clinton unter Druck gesetzt: So etwas dürfe nie mehr zugelassen werden.²⁷ Außerdem hatten sich Präsident Obama und Russlands Präsident Medwedew nach vielen persönlichen Telefonaten am 8. April 2010 in Prag darauf verständigt, den umfassendsten nuklearen Abrüstungsvertrag seit zwei Jahrzehnten zu unterzeichnen (START = Strategic Arms Reduction Treaty), der tatsächlich zur substanziellen Reduktion auf beiden Seiten führte. Für die Prager schien es, als sei Obama seinem Versprechen einen entscheidenden Schritt nähergekommen, das

24 Barack Obama, *A Promised Land*, S. 362.

25 David B. Woolner, *The Last 100 Days. FDR at War and at Peace*, New York 2016, S. 162–165.

26 Oxana Schmies, *NATO's Enlargement and Russia. A Strategic Challenge in the Past and Future*, Stuttgart 2021.

27 Detlef Junker, *Power and Mission. Was Amerika antreibt*, Freiburg im Breisgau 2003, S. 149. Vgl. Kapitel 13 in diesem Band.

er in einer begeisternden Rede vor Zehntausenden ein Jahr vorher gemacht hatte, nämlich eine Welt ohne Atomwaffen möglich zu machen.

Schon im September 2009 hatte Obama entschieden, die Stationierung von Raketen in Tschechien und in Polen zu stoppen, um einen »Neustart« (*reset*) der amerikanisch-russischen Beziehungen zu ermöglichen. Doch Putin machte diesen »Neustart« zunichte.

Vladimir Putin, seit 2000 die dominante, zusehends diktatorische Kraft Russlands – als Staatspräsident, zwischenzeitlich als Ministerpräsident im Rollentausch mit Medwedew, jetzt Präsident auf »Lebenszeit« – hielt und hält den Zerfall der Sowjetunion für die größte Katastrophe der russischen Geschichte. Das Urteil Obamas, Russland sei nur eine »regionale Großmacht«, war für Putin eine unverzeihliche Demütigung. Obamas Einschätzung Russlands kam dem Urteil von Bundeskanzler Helmut Schmidt über die Sowjetunion sehr nahe: »Obervolta mit Raketen«. Bei Obamas erstem persönlichen Treffen mit Putin im Juli 2009 in Moskau hielt der Russe einen »endlosen Monolog« über jede Ungerechtigkeit, jeden Verrat und jede Geringschätzung, die das russische Volk besonders in der Amtszeit von George W. Bush erfahren habe. Durch die amerikanische Nuklearpolitik, die Aufnahme ehemaliger Staaten des Warschauer Paktes in die NATO und die Unterstützung der »farbigen Revolutionen« hätten die USA in die »legitime Einflussosphäre Russlands« eingegriffen.²⁸ Der US-Botschafter in Moskau, Michael McFaul, wurde auf Putins Initiative zum Objekt einer Hasskampagne in den Medien, die alle diplomatischen Gepflogenheiten sprengte. Er sei ein Spezialist für »farbige Revolutionen« und von Präsident Obama gesandt, um einen Regierungswechsel zu orchestrieren.²⁹

Was verstand Putin unter einer »legitimen Einflussosphäre« Russlands? Den ungestörten Aufbau einer Diktatur im Inneren und eine ungestörte Expansion nach Westen. Je länger seine Amtszeit dauert, desto mehr fällt er auf dieses klassische Muster aller Diktatoren der Weltgeschichte zurück. Was unter Stalin im Namen des internationalen Kommunismus geschah, soll jetzt eine »russische Welt«, ein russisch geprägtes Eurasien werden. Deshalb verfolgen Putin zwei Urängste: Befreiungsbewegungen im Inneren, in der Außenpolitik Gegenmächte im westlichen Vorfeld Russlands, die den Aufbau einer »russischen Welt« stoppen könnten.

Innenpolitisch stützt sich Putins Diktatur auf das Militär, Gewalt, Polizei, Gefängnisse und Geheimdienste, auf eine konstitutionelle Scheinfassade, auf Korruption, Terror, Propaganda, Lügen und Fake News. Er kann sich allerdings auf die orthodoxe Kirche und einen großrussischen Nationalismus stützen. Es gibt Protestbewegungen, aber die Mehrheit der Bevölkerung folgt der jahrhundertealten Weisheit russischer Bauern: Solange du nicht den Kopf hebst, wird er nicht abgeschlagen. Sie ist dankbar dafür, dass Putin das Chaos in der Amtszeit von Präsident Jelzin beendet hat.

Zugleich hat Putin die Streitkräfte modernisiert, ihre Schlagkraft und Einsatzbereitschaft erhöht, vor allem die Cyberwaffen perfektioniert. Er ist längst dazu übergegangen, Europa und die USA, die von ihm gehasste westliche Welt, zu destabilisieren.

²⁸ Barack Obama, *A Promised Land*, S. 467f.

²⁹ Vgl. Michael McFaul, *From Cold War to Hot Peace. An American Ambassador in Putin's Russia*, Boston 2018.

Im Frühjahr 2014 erkannte er während der Krise in der Ukraine die Chance, die Krim zu annektieren und die Ostukraine militärisch zu destabilisieren. Der Vorgang erinnerte an den Einmarsch russischer Truppen 2008 in Georgien und die Anerkennung der »Unabhängigkeit« von Südossetien und Abchasien. Obwohl Russland in mehreren internationalen Abkommen die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannt hatte – besonders im Budapester Abkommen vom 3. Dezember 1994 hatten sich die Russische Föderation, die USA und Großbritannien völkerrechtlich verpflichtet, die Unabhängigkeit, die Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren, als Preis für die Vernichtung der auf ukrainischem Gebiet stationierten Nuklearwaffen –, war Putin durch die Entwicklungen in der Ukraine am Anfang des Jahres 2014 aufs Höchste alarmiert. Er sah seine beiden obersten Ziele, innere Stabilität und äußere Expansion, gefährdet: durch das Übergreifen der Befreiungsbewegung auf die russische Innenpolitik und die mögliche Aufnahme der Ukraine in die EU und NATO. Wahrscheinlich hatte er auch eine Domino-Theorie im Hinterkopf wie Leonid Breschnew, der Generalsekretär der KPDSU, 1968 beim Einmarsch der Truppen des Ostblocks in die Tschechoslowakei. Bei einem Sieg des »Prager Frühlings« befürchtete er ein Übergreifen der Freiheitsbewegung auf die Ukraine.³⁰

Deshalb annektierte Putins Russland nach militärischer Besetzung die Krim im März 2014 und unterstützte seit Februar 2014 durch russische Freischärler pro-russische Kräfte bei ihrer Infiltration und Destabilisierung der Ostukraine. Die pro-russischen Kräfte kämpften für die Abspaltung von zwei sogenannten Volksrepubliken: Donezk und Luhansk. Es ist unstrittig, dass Putin die treibende Kraft bei der Destabilisierung der Ukraine war, auch wenn seine unterschiedlichen Motive bis heute nicht ganz klar sind.³¹

Wie reagierte Obama auf diesen ersten Angriff eines Staates auf einen anderen in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges? Rhetorisch scharf und mit der Verkündung wirtschaftlicher Sanktionen. Er verweigerte allerdings den Ukrainern »tödliche Waffen«. Die Annexion der Krim und den Ausbau des Flottenstützpunktes Sewastopol nahm er de facto hin, verweigerte Putin aber den »Stempel der Legitimität«. Immerhin nannten die USA Ross und Reiter, während die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier direkte Kritik an Russlands Präsident Valdimir Putin vermieden. Steinmeier beschwor die »Große Interdependenz«, die man nie außer Acht lassen dürfe. Angesichts der Aggressionen Putins kam er zu dem Schluss: »Sicherheit in Europa ist ohne Russland nicht möglich, Sicherheit für Russland nicht ohne Europa.«³² Für nicht wenige Amerikaner klang das sehr nach

30 Vgl. Carole Fink, Philipp Gassert, Detlef Junker (Hrsg.), 1968. The World Transformed, Washington D.C. 1998, S. 111–172.

31 Eine gute Analyse der verschiedenen »Mutmaßungen« über Putin in: »Putin's Russia«, Foreign Affairs, Vol. 95, No. 3, May-June 2016, S. 2–55. Kein westlicher Politiker hat öfter und länger mit Putin gesprochen und verhandelt als die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Es trüge zur politischen Bildung und zur Aufklärung des deutschen Volkes erheblich bei, wenn Angela Merkel nach dem Ende ihrer Kanzlerschaft detaillierte Memoiren auch zu diesem Thema veröffentlichen würde.

32 Vgl. Robin Lucke, Bernhard Stahl, Die transatlantischen Beziehungen am Beispiel der NSA-Affäre und des Ukraine-Konflikts: Im Westen nichts Neues, in: Winand Gelter, Patrick Horst (Hrsg.), Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obama. Eine erste Bilanz, Wiesbaden 2016, S. 385–404.

»Äquidistanz« zwischen Putins Russland und dem Westen. Allerdings war Obama dankbar, dass unter der Führung von Angela Merkel der Ukraine-Konflikt in Rahmen des »Normandie-Formats« zumindest eingefroren wurde (Minsker Abkommen). Im Gegensatz zu den Friedensschlüssen nach den Balkankriegen war Obama nicht bereit, die USA in der Ukraine-Krise als Friedensvermittler einzubringen; ein Signal, das Putin durchaus verstand.

In der Ukraine-Frage blieb eine tiefe, aus Geografie, Geschichte und unterschiedlichem militärischem Potenzial geprägte Spannung zwischen der Bundesrepublik und den USA. Die Tonart der Amerikaner war ungleich härter. Ohne Umschweife erklärte Obama die Annexion der Krim und Besetzung der Ostukraine für eine russische Aggression. Er versicherte den baltischen Staaten, dass Artikel 5 der NATO uneingeschränkt gelte.

An der strategischen Machtverschiebung änderten die Proteste des Westens nichts. Putins Russland annektierte die Krim, gab die Ostukraine nicht auf und wartet seither auf eine Chance, durch Infiltration und Annexion weitere Staaten an der eigenen Westgrenze zu destabilisieren. Belarus oder die Ukraine können die nächsten Fälle werden.

Der Flottenstützpunkt auf der Krim wurde auch ein Faktor bei Putins erfolgreichem Versuch, Anfang Januar 2017 in der chaotischen Übergangsphase von Obama zu Trump das zu erreichen, was das Zarenreich vergeblich versucht und Präsident Truman mit der US-Flotte verhindert hatte: ein strategisches Eindringen Russlands und der Sowjetunion ins Mittelmeer. Vermutlich wird er auch versuchen, das Asowsche und das Schwarze Meer zu einem strategischen Einflussgebiet Russlands zu machen.

Putins Luftwaffe bombardierte gemeinsam mit Flugzeugen und Helikoptern des syrischen Diktators Baschar al-Assad den Osten Aleppo in Grund und Boden. Wenige Tage später verabedete Assad mit Rebellengruppen eine Waffenruhe, die für ganz Syrien gelten sollte. Garantiemächte würden Russland, das NATO-Mitglied Türkei und der Gottesstaat Iran sein, die sich in Moskau zu einer Konferenz trafen. Weder Vertreter der UNO noch US-Außenminister John Kerry wurden eingeladen, die USA nicht einmal konsultiert. Seitdem gibt es einen russischen »Fußabdruck« in Syrien, auch einen kleinen Hafen für die russische Flotte. Die New York Times kommentierte bitter: »Inmitten eines schwierigen Machtübergangs in Washington hat Mr. Putin die Vereinigten Staaten wirkungsvoll marginalisiert.«³³

Der unteilbare Weltmarkt

Für Obama war es eine Selbstverständlichkeit, dass die mächtigste und einflussreichste Wirtschaftsnation der Welt ihre Interessen auf einem globalen, möglichst unteilbaren Weltmarkt verfolgt. Er wusste, dass die amerikanische Realwirtschaft und der US-Finanzsektor im 20. und 21. Jahrhundert immer bedeutender geworden

³³ Zitiert nach Matthias Naß: Frieden schaffen mit Putins Waffen?, in: ZEIT online, 4.1.2017, [https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/krieg-syrien-russland-iran-tuerkei-waffenruhe-5vor8? \(21.7.2021\).](https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/krieg-syrien-russland-iran-tuerkei-waffenruhe-5vor8? (21.7.2021).)

waren. Die USA waren auch in den Zweiten Weltkrieg eingetreten, um zu verhindern, dass die aggressiven, auf Autarkie und Kommandowirtschaft zielenden Staaten – das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und das imperiale Japan – den eurasischen Doppelkontinent beherrschten und damit den unteilbaren Weltmarkt zerstörten.³⁴ Der Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus hatte auch den Kalten Krieg geprägt.³⁵ Nach dem Ende des Kalten Krieges keimte die Hoffnung auf ein »Ende der Geschichte« auf, weil sich alle Alternativen zum liberalen Kapitalismus verbraucht hätten und die Geschichte im Sinne Hegels an ihr Ziel gelangt sei.³⁶

1945 stand eine unzerstörte US-Wirtschaft von außerordentlicher Produktivität und großen Wettbewerbsvorteilen einem verelendeten eurasischen Doppelkontinent gegenüber. Von Wladiwostok bis London gab es keine Wirtschaftsregion, die mit den USA konkurrieren konnte, auch die Märkte Lateinamerikas hatten die USA weiter durchdrungen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter übertraf mit mehr als der Hälfte sogar die Jahre von 1925 bis 1929. Dieser unteilbare Weltmarkt ist auch die Grundlage für das, was allgemein in der Welt mit dem Begriff »Amerikanisierung« verbunden wird, nämlich der enorme Einfluss der amerikanischen Wissens- und Kulturindustrie, insbesondere der amerikanischen Unterhaltungsindustrie, der globalen Popkultur. Die mit der US-Popkultur transportierten Botschaften – Freiheit, Unabhängigkeit, Weite, Konsum, Gewalt und Sexualität – scheinen globale Wunschträume zugleich zu repräsentieren und zu begründen. Das amerikanische Englisch ist zur internationalen Verkehrssprache geworden. Kein Oberkellner kommt heute mehr ohne gutes Englisch aus.

Schon während des Krieges hatten die USA 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods durchgesetzt, den US-Dollar zusammen mit Gold als internationale Leit-, Reserve- und Transaktionswährung festzulegen. Bis zum Nixon-Schock im Jahre 1971, als die Amerikaner die Goldbindung aufhoben, weil sie nicht gleichzeitig »Kanonen und Butter« finanzieren konnten, verhinderte das Bretton-Woods-System durch die Beschränkung des kurzfristigen internationalen Kapitalverkehrs (*hot money*) eine Blasenbildung auf den Kapitalmärkten und sorgte damit auch für eine hohe Stabilität der internationalen Kapitalmärkte und eine niedrige Ansteckungsgefahr bei nationalen Finanzkrisen. Die Amerikaner dominierten den neuen Internationalen Währungsfonds und die neue Weltbank. Das 1947 abgeschlossene GATT-Abkommen (General Agreement on Tariffs and Trade), später auch die WTO, verkörperten durch ihre Zielsetzung, Zölle und andere Handelsschranken abzubauen, die amerikanischen Grundideen des freien Handels und der »offenen Tür.« Die dramatische und weltweite Senkung der Zölle in der Nachkriegszeit auf wenige Prozent ist ohne Vorbild in der Geschichte. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg verhielten sich die Amerikaner nach 1945 systemgerecht und vorbildlich, weil auch sie die US-Zölle schrittweise herabsetzten. Getrieben von der Erinnerung, in den 20er-Jahren keine internationale

34 Vgl. Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt*, Stuttgart 1975. Vgl. ders., *Franklin Delano Roosevelt (1933–1945): Visionär und Machtpolitiker*, in: Mauch (Hrsg.), *Die Präsidenten der USA*, S. 328–343.

35 Vgl. Kapitel 9 in diesem Band.

36 Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

Verantwortung übernommen zu haben sowie an die Große Depression und ihre weltpolitischen Folgen in den 30er-Jahren, waren die USA jetzt entschlossen, England als Garanten einer liberalen Weltwirtschaftsordnung und eines unteilbaren Weltmarktes abzulösen. Bei allen periodisch wiederkehrenden Krisen des marktbasieren Kapitalismus – die USA haben seit 1900 einundzwanzig Rezessionen und die Große Depression von 1929 überstanden – hielt das Land auch unter Präsident Obama am Prinzip offener, regelbasierter Märkte fest; auch deshalb, weil die USA über Jahrzehnte der Hegemon in diesem System waren. Sie können bis heute die Leitwährung der Welt, den Dollar, selbst drucken. Der Dollar ist weiter die Reservewährung der Welt. 90 Prozent der bankfinanzierten Transaktionen finden in Dollar statt, das ist auch die gefährlichste Waffe für Wirtschaftssanktionen.

Die Verfolgung eigener Interessen war eingebunden in multilaterale, regionale und globale Organisationen und Abkommen, wie zum Beispiel die UNO und deren Sonderorganisationen wie die WHO, oder die NATO, in denen auch die Interessen anderer Staaten vertreten waren. Dieses System wird in den USA auch als »liberaler Internationalismus« bezeichnet. Spätestens seit der Jahrtausendwende ist dieser Weltmarkt zusehends durch die digitale Revolution, die Interdependenz und Globalisierung der Real-, Kapital- und Medienmärkte, die Zerstörung der Umwelt und die absehbare Klimakatastrophe geprägt. Die Nationalstaaten, die stets den Ausgangspunkt aller Handlungen in den internationalen Beziehungen bilden, und die internationalen Organisationen haben immer größere Mühe, ihre Funktionen zu erfüllen – von Lobbygruppen getrieben, von rechtlich-bürokratischen Monstern verwaltet, von Machtkalkülen der gewählten oder ernannten Repräsentanten durchzogen.

Präsident Obama war in drei entscheidenden Phasen in Vorhaben eingebunden, die den offenen Weltmarkt retten oder wenigstens seine Funktionslogik verbessern sollten: während der großen Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2010 und bei den Versuchen, die Zusammenarbeit der US-Wirtschaft mit Europa durch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und mit Asien durch das Transpazifische Handelsabkommen (TPP) zu stärken. Auch während der »Arabellion« dachte er an ein stabilisierendes Abkommen mit diesem Teil der Welt.

Schon in der Endphase seines Wahlkampfes im Herbst 2008 hatte Präsident Bush Obama und dessen republikanischen Gegenkandidaten John McCain zu einer Krisensitzung ins Weiße Haus eingeladen, um beide mit der bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftsentwicklung in den USA und der Welt zu konfrontieren, die das Potenzial einer neuen Großen Depression wie Ende der 1920er-Jahre in sich trügen. Während Obama auch durch sein Studium der Großen Depression von 1929 bis 1932 und der Antwort von Franklin Delano Roosevelt (FDR), des New Deal³⁷, auf seinen Auftritt vorzüglich vorbereitet war, fiel McCain kein einziges Wort ein.³⁸ Obama hatte schon im Wahlkampf erklärt, dass er in der Tradition von FDR stehe, der den »Kapitalismus vor sich selbst gerettet habe«.³⁹ In der Tat waren die Ursachen der Großen Depression von 1929 und der Finanz- und Bankenkrise von 2007 bis 2010 sehr

37 Vgl. Kapitel 5 in diesem Band.

38 Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 273.

39 Ebd., S. 257.

ähnlich und vergleichbar. Es hatte sich herausgestellt, dass das US-Finanzsystem nicht genügend gelernt hatte, trotz Generationen von preisgekrönten Wirtschaftswissenschaftlern, die sich an der Analyse der Großen Depression abgearbeitet hatten. Schon in den 20er-Jahren gehörten eine massive Ungleichheit der Einkommen, eine strukturelle Unterkonsumtion und eine hohe Arbeitslosigkeit zu den Ursachen. Vor allem entwickelte sich in den 20er-Jahren, wie vor 2007, ein Spekulationsboom, der in keinem Verhältnis mehr zur Realwirtschaft stand und sich zu einer schillernden Seifenblase entwickelte, die im New Yorker Börsenkrach von 1929 platzte und die ganze Welt in den Abgrund zog. Zweigstellen von New Yorker Börsenmaklern und Investment-Trusts waren überall in den USA wie Kettenläden aufgezogen worden. Die Amerikaner kauften Aktien wie verrückt, es wurden Effekten fabriziert wie Seife, weil mit ihrer Herstellung und ihrem Verkauf das schnelle Geld zu verdienen war. Überall auf der Welt wurden potenzielle Schuldner von amerikanischen Bankern mit allen Tricks der Verkaufsförderung dazu überredet, Anleihen auf den US-Kapitalmarkt aufzulegen. Ein Dorf in Bayern zum Beispiel wurde in den 20er-Jahren überredet, sich statt mit 125.000 Dollar lieber gleich mit 3 Millionen Dollar zu verschulden.⁴⁰

In gewissem Sinne war die Situation 2007 noch bedrohlicher: »Das Eigenkapital einiger der ganz großen Finanzinstitute (machte) weltweit nur zwei bis drei Prozent ihrer Vermögenswerte aus.«⁴¹ Neue, oft global vernetzte Finanzprodukte etablierten ein globales Casino mit hoher Ansteckungsgefahr, das durch Dominoeffekte über Nacht zu einem Zusammenbruch des ganzen Systems führen konnte. Dieser ließ sich nur verhindern, indem die Croupiers des Casinos sich neue Chips beim Steuerzahler holten und dafür gesorgt wurde, dass die üppigen Liquiditäts- und Finanzspritzen der amerikanischen Notenbank Fed und aus dem Ausland, insbesondere aus China, unvermindert weiterflossen. Das Erpressungspotenzial der Finanzindustrie war in beiden Krisen so hoch, weil niemand diesem Perpetuum mobile rechtzeitig durch eine massive Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen der Kreditgeber und durch eine strikte Überwachung immer neuer Finanzinnovationen und andere Maßnahmen Grenzen gesetzt hatte.

Zu den nicht einmal für Finanzexperten leicht zu durchschauenden Finanzprodukten gehörten Subprime-Hypotheken mit hoher Verschuldung und wenig Eigenkapital; Bankschulden, die aus Geldmarktkrediten, besonders Geldmarktfonds, bestanden; Hypothekenverbriefungen, vor allem Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS), eines Teilsystems der berühmt-berüchtigten Finanzderivate, um Umtausch und Umverteilung von Risiken möglich zu machen. Diese Derivate sind ein ideales Mittel für Zocker und Spekulanten, deshalb hat der Investor Warren Buffett sie als »finanzielle Massenvernichtungswaffen« bezeichnet. Wie bereits in den 20er-Jahren fanden diese Finanzprodukte nicht nur in den USA, sondern weltweit

40 Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt*, 236–242; vgl. ders., *Franklin Delano Roosevelt (1933–1945): Visionär und Machtpolitiker*, in: Mauch (Hrsg.), *Die Präsidenten der USA*, S. 328–343.

41 Anat Admati, *Martin Hellwig, Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schief läuft und was sich ändern muss*, München 2014, S. 256. Vgl. auch Carmen M. Reinhart, *Kenneth Rogoff, This Time Is Different. Eight Centuries of Financial Folly*. Princeton 2009. Deutsche Ausgabe: *Dieses Mal ist alles anders. Acht Jahrhunderte Finanzkrisen*. Jesus Huerta de Soto, *Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen*, Stuttgart 2011.

reißenden Absatz – mit weitreichenden Folgen, als die Blase platzte. Besonders gefährlich für die Blasenbildung des kleinen Mannes war der Immobilienboom, weil Hauskredite oft ohne Prüfung der Bonität der Hauskäufer vergeben wurden, nicht selten nach einem Telefongespräch. Es wurden sogar Kredite an Personen ohne Einkommen, ohne Job und ohne Guthaben vergeben, die berüchtigten »NINJA-Kredite«: No Income, No Job, No Assets. Der Autor dieser Zeilen konnte die Folgen dieser Politik in Florida hautnah miterleben. Neben dem Marktversagen gab es auch ein massives Regulierungsversagen.⁴² Auf Schulden, so der berühmte Ökonom Joseph Schumpeter, reite das Genie zum Erfolg. Was er nicht sagte, ist, dass diese Schulden überschaubar bleiben und tatsächlich irgendwann zurückgezahlt werden müssen.

Zur Struktur der finanzgetriebenen Weltwirtschaft am Ende der Amtszeit Obamas seien nur zwei Zahlen genannt: Das Weltfinanzvermögen war von 119 Billionen Dollar im Jahre 2000 auf 267 Billionen im Jahre 2015 angestiegen. Diese Lücke zwischen Real- und Finanzwirtschaft wird seitdem jedes Jahr größer. Die globalen Finanzgeschäfte machten in der Amtszeit Obamas fast das Vierfache des Wertes der Gütermärkte aus. Anleihen, Aktien und Kredite von fast 270 Billionen Dollar standen einer mehr oder weniger stagnierenden realen Wirtschaft von 73 Billionen Dollar gegenüber. In dieser Differenz sind die sogenannten Derivate, das heißt spekulative Zukunftsgeschäfte, die *weapons of mass destruction*, noch gar nicht eingerechnet. *Creatio ex nihilo*, die Schöpfung aus dem Nichts, geistert seit dem zweiten Jahrhundert als Attribut Gottes durch die Theologiegeschichte. Heute sind Zentralbanken und Banken an die Stelle Gottes getreten. Sie geben Kredite und drucken Geld aus dem Nichts, immer von real existierenden Ökonomen beraten.

Präsident Obama musste als Folge der Finanzkrise und der exzessiven Schuldenaufnahme seines Vorgängers George W. Bush ein schweres Erbe bewältigen. Im letzten Quartal der Amtszeit von Bush war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 8,9 Prozent gesunken, die Arbeitslosigkeit auf fast 10 Prozent, die Verschuldung auf fast 5 Prozent des BIP und das Haushaltsdefizit auf fast 9 Prozent gestiegen. Wieder musste ein Demokrat mit der Katastrophenpolitik eines Republikaners fertig werden. Präsident Ronald Reagan hatte ein massives Defizit an Präsident Clinton übergeben. Dieser hatte es geschafft, nach 8 Jahren im Amt seinem Nachfolger Bush dem Jüngeren einen ausgeglichenen und schuldenfreien Haushalt zu übergeben. Dieser wiederum überließ seinem Nachfolger, besonders durch Steuersenkungen für Reiche und die Finanzindustrie sowie die Ausgaben für den globalen *war on terror*, erneut eine hohe Verschuldung.

Obama war deshalb mit drei Aufgaben konfrontiert, die er unmöglich zugleich bewältigen konnte: kurzfristig mit Nothilfen die wirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise für die Arbeitslosen und die aus ihren Häusern herausgeworfenen Amerikanern zu lindern; langfristig die Finanzmärkte zu regulieren und zu reformieren, um eine erneute Blasenbildung zu verhindern und das Casino zumindest teilweise schließen zu können; langfristig mit innenpolitischen Reformen die soziale Lage und Aufstiegschancen der unteren 70 Prozent der Bevölkerung sichtbar zu verbessern. Das

42 Vgl. Stormy-Annika Mildner, Hannah Petersen, Managing the Economic Crisis? Die Finanz- und Wirtschaftspolitik Obamas, in: Florian Böller, Jürgen Wilzewski (Hrsg.), Weltmacht im Wandel. Die USA in der Ära Obama, Trier 2012, S. 115–148.

alles musste gegen den massiven Widerstand der Finanzindustrie, ihrer gewaltigen Lobby in Regierungen, Parlamenten und Kanzleien und der Republikaner durchgesetzt werden.

Tatsächlich gelang es Obama, am 17. Februar 2009 ein Paket zur Ankurbelung der Wirtschaft von fast 800 Milliarden US-Dollar gegen den geschlossenen Widerstand der Republikaner im Kongress durchzubringen (American Recovery and Reinvestment Act, ARRA) – für Gesundheit, Bildung, Infrastrukturmaßnahmen und Energieeffizienz. Andere Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur folgten, insbesondere das Gesetz Tax Relief, Unemployment, Insurance Reauthorization, and Job Creation Act im Dezember 2010 und ein Gesetz zur Rettung der amerikanischen Autoindustrie. Ein Bankenrettungsgesetz, das Troubled Asset Relief Program (TARP), war schon von Präsident Bush am 3. Oktober 2008 unterzeichnet worden.

Zwischen Demokraten und Republikanern entwickelte sich wie immer ein homerischer Kampf über die Frage, auf wessen Kosten der Haushalt langfristig konsolidiert und ob die gesetzliche festgelegte Schuldengrenze angehoben werden könne. In diesem Zusammenhang kam es zur Gründung der Tea Party-Bewegung und ihrem leidenschaftlichen Kampf für Steuersenkungen (für die Mittel- und Oberschicht) und gegen die Theorien des Ökonomen John Maynard Keynes, der dazu riet, ökonomische Krisen durch Schuldenmachen zu bekämpfen. Die Tea Party forderte Steuersenkungen, Kürzungen der Sozialausgaben und einen ausgeglichenen Haushalt. Der Weg zu Donald Trump und zum Trumpismus wurde vorgezeichnet.

Wie schon FDR wollte Obama nicht nur Nothilfen leisten, sondern das Finanzcasino strukturell regulieren, eine Brandmauer gegen die nächste Krise errichten und die »Innovationen« im Finanzsektor in verantwortliche Bahnen lenken. FDR hatte dies mit dem zweiten Glass-Steagall Act versucht, besonders durch eine strikte Trennung des Privatkunden-Kreditgeschäfts vom Investment-Banking, um Einlagen besser zu sichern. Schon dieses Gesetz war ein juristisch-bürokratisches Monster, es wurde in der Praxis von der Finanzlobby oft unterlaufen, und es wurde unter Präsident Bill Clinton in Folge des neoliberalen Zeitgeistes 1999 wieder aufgehoben. Für viele Analysten ist das zusammen mit anderen Deregulierungsmaßnahmen eine wichtige Ursache für den Ausbruch der neuen Finanzkrise ab 2007.

Obama versuchte durch eine modifizierte Neuauflage von Glass-Steagall, durch den Dodd-Frank Act vom 21. Juli 2010, den Finanzmarkt der USA zu stabilisieren. Der Kongress verabschiedete ein Gesetz mit 541 Artikeln auf 849 Seiten, deren rechtliche, organisatorische und inhaltliche Bestimmungen nur von wenigen Spezialisten überhaupt verstanden wurden. Ob das Gesetz in der realen Welt viel erreicht hat, kann man mit Fug und Recht bezweifeln, auch wenn die Staatschefs auf dem G20-Treffen im April 2009 in London und im September 2009 in Pittsburgh Elemente dieses Gesetzes in globale Grundsätze übertrugen. Immerhin wurden Eigenkapitalerfordernisse deutlich angehoben, den Finanzinstitutionen *living wills*, also Abwicklungspläne, verordnet und nach den Ideen von Elizabeth Warren ein Consumer Financial Protection Bureau eingerichtet. Inzwischen ist nicht nur die Finanzwelt Teil des Casinos geworden, sondern auch die hoch verschuldeten Staaten. Das neueste Ehrenmitglied

im Casino ist die Europäische Union. Sie druckt das Geld selbst, mit dem sie sich verschuldet, eine perfekte *creatio ex nihilo*.

Die Diskrepanz zwischen den Finanzmärkten und den Realmärkten ist in den Amtszeiten Obamas und Donald Trumps noch größer geworden. Jeden Tag kann die Blase wieder platzen, eine langfristige Stabilisierung des unteilbaren Weltmarktes hat Obama nicht erreichen können. Unter Präsident Trump wurden sogar für viele Banken Beschränkungen des Dodd-Frank Acts aufgehoben. Sie haben wieder mehr Spielraum für spekulative Aktivitäten.

Seinen größten Erfolg konnte Obama in der amerikanischen Innenpolitik erzielen, und zwar im Kampf für eine Gesundheitsreform, die er gegen den geschlossenen Widerstand der Republikaner und der Tea Party durchsetzen konnte. Am 23. März 2010 unterzeichnete er das vermutlich wichtigste innenpolitische Gesetz seiner Amtszeit, den Patient Protection and Affordable Care Act. In diesem Fall stand nicht der Weltmarkt auf dem Prüfstand, sondern das Verhältnis von Staat und Markt im kapitalistischen System der USA. Auch bei der Gesundheitsreform ging es Obama darum, im Namen der sozialen Gerechtigkeit den Kapitalismus vor sich selbst zu retten. Obwohl seine Gegner ihn zum Sozialisten und Kommunisten erklärten, näherte sich seine Grundidee dem europäischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Gegensatz von Reichtum und Armut manifestierte sich in seiner Amtszeit in einer oft zitierten Relation: ein Prozent an der Spitze gegen die restlichen 99 Prozent. Der Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz hat ein stolzes Leitmotiv der amerikanischen Demokratie »of the people, for the people, by the people« karikiert: »Of the 1 %, for the 1 %, by the 1 %«.⁴³

Die Reform des Krankenversicherungssystems war für Obama die wichtigste Gesetzesinitiative seiner ersten Amtszeit, um diese massive Ungleichheit in der Krankenversicherung zu mildern.

Seit Präsident Roosevelt und dessen New Deal in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts hatten mehrere Präsidenten vergeblich versucht, mithilfe des Kongresses ein gerechteres und kostengünstigeres System einzuführen, denn darum ist es im Kern immer gegangen: um mehr Gerechtigkeit und niedrigere Kosten. Deshalb hieß das Gesetz nicht zu Unrecht »Gesetz zum Schutz der Patienten und für eine bezahlbare Krankenversicherung«. Die vielen gescheiterten Versuche resultierten in Büchern mit Titeln wie: »The Road To Nowhere«, »One Nation Uninsured« oder »Dead On Arrival«. Vor der Amtszeit Obamas gab es über 50 Millionen nicht versicherte Amerikaner; die Kosten waren explodiert, die USA gaben mehr Geld im Gesundheitssystem aus als alle anderen entwickelten Staaten. Es verschlang über 17 Prozent des Bruttosozialprodukts. Kernpunkt von Obamacare ist deshalb eine allgemeine Versicherung, allerdings auf marktwirtschaftlicher Basis, entweder über den Arbeitgeber oder private Verträge, die auf Online-Marktplätzen abgeschlossen werden können. Patienten durften grundsätzlich nicht wegen Vorerkrankungen von der Versicherung ausgeschlossen werden.

⁴³ Joseph E. Stiglitz, *The Great Divide. Unequal Societies and What We Can Do About Them*, New York 2015 [dt. Ausgabe: *Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft*, München 2015].

Außerdem gab und gibt es das brisante Problem der Unterfinanzierung. Nach Umfragen gaben 45 Prozent der Amerikaner an, dass sie große Probleme haben, ihre medizinischen Rechnungen zu begleichen, auch wenn sie über einen Versicherungsschutz verfügen. Die Krankheitskosten waren und sind einer der wichtigsten Faktoren, warum Menschen unter die Armutsgrenze fallen. 66 Prozent der privaten Insolvenzen sind durch hohe medizinische Kosten verursacht.

Obwohl das US-Gesundheitssystem in Teilen auf allgemeinen und staatlichen Programmen beruht, konkurriert in erster Linie eine Vielzahl marktbasierter Anbieter um den Schutz der Amerikaner vor dem Risiko »Krankheit«. Der staatliche Krankenversicherungsschutz für Rentner (Medicare) und Arme (Medicaid) wurde unter der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons in den 1960er-Jahren eingeführt. Von Beginn an wehrten sich die Profiteure dieses Systems – Ärzte, Krankenhäuser, Pharmakonzerne und Versicherungen – mit aller Macht dagegen, es zu ändern. Karl Marx würde heute nicht die Industriellen, sondern die Ärzte und Juristen zu den schlimmsten Ausbeutern zählen. Obwohl die Probleme zum großen Teil aus einem eklatanten Marktversagen resultieren, bemühen die Profiteure dieses Systems immer wieder erfolgreich den amerikanischen Glaubenssatz, dass die beste Regierung keine Regierung sei und der Bundesstaat keinesfalls in die »Rechte der Bürger und Einzelstaaten« eingreifen dürfe.

Überdies hatte sich ein System herausgebildet, das die Krankenversicherung an das Arbeitsverhältnis band. In Zeiten guter Konjunktur und hoher Arbeitsplatzsicherheit funktioniert dieses System leidlich, in Zeiten der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit fällt eine amerikanische Familie finanziell sehr schnell ins Bodenlose, weil die marktbasierenden Akteure horrenden Preise nehmen. Nur ein Beispiel: In Heidelberg kostet eine Prostata-Operation ungefähr 5.500 Euro, in New York im Sloan-Kettering Hospital ca. 75.000 Dollar, und der Patient wird nach einem Tag entlassen.

Zurück zur Außenpolitik und zum Weltmarkt: Gescheitert ist auch der Versuch der Präsidentschaft Obamas, im Machtdreieck zwischen Weißem Haus, dem Kongress und den Lobbygruppen die Wirtschaftsbeziehungen zu Europa durch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf eine neue Grundlage zu stellen, wobei man hinzufügen muss, dass TTIP in erster Linie an den Europäern (Stichwort: Chlor-Huhn) gescheitert ist. Das Ziel war, durch die Verbesserung von Marktzugängen, den Abbau von nicht-tarifären Hindernissen und ergänzende Regeln für das globale Handelssystem dem transatlantischen Wirtschaftsraum mehr Gewicht zu geben.

In den Worten eines Wirtschaftshistorikers: »Das Vorhaben soll offenbar einen transatlantischen Wirtschaftsraum definieren, der Regeln und Verfahren fest schreibt, die die beiden Partner trotz gelegentlicher strategischer Differenzen enger aneinanderbindet, mittelfristig aber globale Wirkungen entfaltet und damit auf die fundamentalen Verschiebungen in der Weltwirtschaft wie den Aufstieg der Schwellenländer reagiert. Das heißt, dass TTIP mit einem, wenn auch nicht offen ausgesprochenen, globalen Anspruch auftritt. Insofern kann man es als ein politisch, nicht nur handelspolitisch, äußerst anspruchsvolles Projekt verstehen.«⁴⁴

⁴⁴ Andreas Falke, Pooling Economic Power? Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) als Gegengewicht zum Aufstieg neuer Wirtschaftsmächte und die Zukunft amerikanischer Weltführungs politik, in: Stefan Hagemann, Wolfgang Tönnemann, Jürgen Wilzewski

Vier Jahre lang ist das TTIP-Projekt in den USA, in Brüssel und innerhalb der europäischen Nationalstaaten hinter verschlossenen Türen und unter scharfer öffentlicher Kritik verhandelt worden. Besonders in Deutschland waren die TTIP-Verhandlungen eine wichtige Ursache für den wachsenden Anti-Amerikanismus im Besonderen und den Kapitalismus im Allgemeinen. Das Abkommen wurde beendet – und das war kein Verschulden Obamas –, als Präsident Donald Trump im Rahmen seiner neuen »America First«-Strategie eines bilateralen Merkantilismus eine weitere Diskussion über das TTIP-Abkommen beendete.

Ein ähnliches Schicksal erfuhr auch das geplante Transpazifische Handelsabkommen (Trans-Pacific Partnership, TPP), das ein wichtiger Pfeiler des von Obama und seiner Außenministerin Hillary Clinton mit Enthusiasmus angekündigten »Schwenk« der US-Außenpolitik nach Asien (*Pivot to Asia*) werden sollte. Als Mehrzweckwaffe gedacht, sollte das Abkommen den ständig wachsenden Einfluss Pekings im Pazifik eindämmen. Für Obama, der in Asien aufgewachsen war, spielte seine Erziehung und Jugend bei diesem »Schwenk« eine nicht unerhebliche Rolle. Er konnte im Kongress sogar durchsetzen, dieses geplante Abkommen schnell zu behandeln (*fast track authority*); obwohl auch in diesem Fall massive Kritik an den Geheimverhandlungen geübt wurde und jeder Senator oder Kongressabgeordnete genauestens darauf achtete, dass die eigene Wählerbasis nicht den geringsten Nachteil erlitt. Das geplante Abkommen fiel der US-Innenpolitik zum Opfer. Selbst Hillary Clinton musste ihre Unterstützung widerrufen, weil sie im Wahlkampf die Kritik der Anhänger von Senator Bernie Sanders fürchtete. Donald Trump widerrief drei Tage nach Amtsantritt durch eine »executive order« die Zusammenarbeit.

Die unteilbare Freiheit

Auch Präsident Obama war, wie alle seine Vorgänger im Amt, von der amerikanischen Sendungsidee der Freiheit überzeugt. Auch er zweifelte nie an der amerikanischen Trinität von Gott, Vaterland und Freiheit (*God, Country, and Freedom*). Er wusste als geschichtsbewusster Amerikaner, dass diese gemeinschaftsbildende Glaubenslehre die amerikanische Gesellschaft gerade in Krisenzeiten zusammengehalten hatte. Er wusste, dass die amerikanische Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die nationalen Feiertage und Rituale, besonders die Reden des Präsidenten um die Ideen und Symbole der amerikanischen Zivilreligion zentriert sind. Er wusste, dass das amerikanische Staatsmotto »In God We Trust«, das auch die Rückseite jeder Dollarnote prägt, und der Wortlaut im Fahneid »One Nation Under God« alle Amerikaner repräsentieren sollen.

Der geschichtsbewusste Barack Obama wusste auch, dass die Debatte über Amerikas besondere Mission der Freiheit, das Verhältnis zu Gott, Vorsehung und Geschichte seit über 400 Jahren geführt wurde. Er hatte, vermutlich wie kein Präsident vor ihm,

(Hrsg.), Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama, Trier 2014, S. 434.

die amerikanische Geschichte studiert. Er wusste auch, dass dieser andauernde Diskurs, wie man heute sagen würde, über die besondere Mission der USA, ihre Einzigartigkeit und Auserwähltheit selbst zum Kern der amerikanischen Identität gehört. Deshalb hatte er auch in seiner Kairoer Rede den Vorwurf eines amerikanischen »Imperialismus« so leidenschaftlich zurückgewiesen. Er wusste auch, dass es diese Missionsidee war, die es der Mehrheit der Amerikaner – Dissidenten gab es immer – ermöglichte, alle Kriege und militärischen Interventionen als gerechte Kriege zu rechtfertigen, von den Kriegen gegen die Indianer bis zu jenen in Afghanistan und im Irak, besonders aber den Zweiten und den Kalten Weltkrieg.

Rückschläge und Niederlagen haben die Amerikaner bis zur Amtszeit Trumps nicht davon abgehalten, von dieser Sendungs-idee Abschied zu nehmen. Bekanntlich ist die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Versuche gescheitert, durch oder nach einer militärischen Intervention demokratische Regime zu gründen und langfristig zu festigen. Auf der anderen Seite verlängern der Irak und auch Afghanistan die lange Liste gescheiterter amerikanischer Versuche, Völkern und Staaten mit Gewalt die Freiheit zu bringen. Dennoch ist es für die Amerikaner außerordentlich schwer, von ihrer Sendungs-idee Abschied zu nehmen. Denn es gehört zum Wesen der weltlichen Utopie, dass sie, wie die Religion, ihren utopischen Überschuss, ihren Hoffnungskern nicht durch die schlechte Wirklichkeit und leidige Tatsachen zerstören lässt.

Das amerikanische Selbstverständnis als Hort der Freiheit und des Rechts hat zur Gründung des Völkerbundes 1919 und der Vereinten Nationen 1945 geführt. Es hat den Kampf gegen Nationalsozialismus und Kommunismus legitimiert. Es war auch verantwortlich dafür, dass die USA nach 1945 zur Hebamme Westeuropas wurden und die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit möglich machten. Ohne die USA wäre die Wiedervereinigung an den Europäern gescheitert. Deshalb gelten die Transformationen Deutschlands und Japans in gelebte Demokratien im öffentlichen Diskurs der USA als leuchtende Beispiele für die Kraft der Freiheit.⁴⁵

Das Gewicht dieser Tradition und seine eigenen Grundüberzeugungen stellten Präsident Obama besonders im Mittleren Osten und in Nordafrika vor ein Dilemma, als die Aufstandsbewegungen in fast allen Ländern der arabischen Welt, die sogenannte »Arabellion«, die Welt in ihren Bann zog. Er hatte seinen Vorgänger George W. Bush in den Wahlen auch an der Kriegsmüdigkeit des amerikanischen Volkes scheitern sehen. Er selbst hatte große Mühe, die Kriege in Afghanistan und im Irak zu beenden. Deshalb war er entschlossen, die USA auf keinen Fall in einen neuen Krieg gegen ein muslimisches Land zu führen. Andererseits hielt er in seinen Reden überall auf der Welt an der amerikanischen Sendungs-idee der Freiheit und am Schutz von Menschenrechten fest; für ihn waren die USA weiter eine »Stadt auf dem Berge«, ein Leuchtfeuer der Freiheit. In diesem Sinne wollte er, wie in seiner Rede zur Verleihung des Nobelpreises angekündigt, seine »Arbeit auf der Weltbühne« fortsetzen. Während seiner Amtszeit und in seinen rückschauenden Erinnerungen gehörten die programmatischen Reden zu den Höhepunkten seines Lebens. Schließlich hatte ihn

45 Vgl. Detlef Junker, Das auserwählte Volk. Geschichte und nationale Identität der USA, in: Gassert, Junker, Mausbach, Thunert (Hrsg.), Was Amerika ausmacht, S. 19–32.

seine Rede auf dem Parteitag der Demokraten auf die nationale Bühne befördert. Wo auch immer er sprach, entfachte er Begeisterung. Fast könnte man sagen, er badete mit seinen Zuhörern in einer Art *unio mystica*.

Als sich im Dezember 2011 ein junger tunesischer Händler öffentlich verbrannte, weil er keine Lebensperspektive mehr erkennen konnte, wurde diese Selbstverbrennung zum Fanal von Protest- und Aufstandsbewegungen in der arabischen Welt des Nahen Ostens und Nordafrikas, für die »Arabellion« oder den »Arabischen Frühling« – in Ägypten, Bahrain, im Jemen, in Jordanien, Kuwait, Libyen, Marokko, Saudi-Arabien und Tunesien. Die ganze Welt konnte zusehen, wie diese Protestbewegungen brutal von den Mächten des Status quo, von Herrschern, Militärs und korrupten Eliten unterdrückt und zusammengeschossen wurden. Die Arabellion stellte deshalb Präsident Obama, die amerikanische Sendungsidee der Freiheit und die Menschenrechtsrhetorik des Präsidenten vor ein fundamentales Problem. Sollte er in Übereinstimmung mit seinen Idealen den Arabischen Frühling wirksam und nachhaltig unterstützen?

Während es laut Umfragen in der amerikanischen Bevölkerung nie eine Mehrheit für ein militärisches Eingreifen gab, waren die Regierung Obama und das Außenministerium tief gespalten. Zu den »Falken« gehörten drei Frauen: Außenministerin Hillary Clinton, die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Susan Rice und besonders Samantha Power, die Beauftragte für Menschenrechte im Nationalen Sicherheitsrat. Obama hatte Samantha Power in sein Team geholt, weil er von ihrem Buch über den Völkermord in Ruanda zutiefst beeindruckt war.⁴⁶ Sie und andere Falken tendierten dazu, für den Schutz und die Sicherheit der unterdrückten Menschen zu intervenieren und deshalb Artikel 2.4 der Charta der Vereinten Nationen zu relativieren, der die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines jeden Staates garantiert. Alle Diktatoren dieser Welt berufen sich auf diesen konstitutiven Artikel der UN-Charta, um jede Intervention zum Schutz der Menschenrechte für illegitim zu erklären. Das gilt besonders dann, wenn eine mögliche Intervention fremder Mächte auch nur den Verdacht erregt, einen Systemwechsel einzuleiten. Diese Frage bewegte alle Mitarbeiter des US-Außenministeriums tief. Deshalb lud Außenministerin Hillary Clinton am 19. Mai 2011 Präsident Obama ein, vor den Spitzen der amerikanischen Diplomatie eine Grundsatzrede über die US-Außenpolitik im Mittleren Osten und Nordafrika zu halten.⁴⁷ Sie ist eine der wichtigsten

46 Samantha Power, *A Problem From Hell. America and the Age of Genocide*, New York 2003. Zur Problematik vgl.: Marc Lynch, *Obama and the Middle East. Rightsizing the US-Role*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 94, No. 5, September-October 2015, S. 15–36; Fred Kaplan, *Obama's Way. The President in Practice*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 95, No. 1, January-February 2016, S. 46–63; Marc Lynch, *The Arab Uprisings Never Ended. The Enduring Struggle to Remake the Middle East*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 100, No. 1, January-February 2021, S. 111–121. Vgl. auch Dennis Jonathan Mann, *Angelika Wahlen, Just »Cheap Talk«? Die USA, humanitäre Interventionen und die Zukunft der amerikanischen Weltführungspolitik*, in: Stefan Hagemann, Wolfgang Tönnemann, Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama*, Trier 2004, S. 399–433.

47 Barack Obama, *On American Diplomacy in Middle East and Northern Africa*, May 19, 2011. Transcript, <https://www.americanrhetoric.com/speeches/barackobama/barackobamamiddleeastpolicy.htm> (21.5.2021).

Reden Obamas, weil er vor seinen Diplomaten kraftvoll und ohne Abstriche an der »unteilbaren Freiheit« als Grundlage amerikanischer Außenpolitik festhielt.

Auch in diesem Fall begann er mit einer Zeitschleife durch die Vergangenheit. Der Widerstand in Tunesien erinnere ihn an die Boston Tea Party 1773, als die Kolonisten sich weigerten, Steuern an den britischen König zu zahlen. Oder an Rosa Parks, die sich 1955 in Montgomery (Alabama) weigerte, der Rassentrennung im Bus zu folgen. Heute gebe es eine ähnliche Situation im Mittleren Osten und Nordafrika. Die Staaten dieser Region hätten längst die Unabhängigkeit gewonnen, die Völker nicht. Ihnen fehle es an politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung. Die Führer dieser Staaten würden fälschlicherweise den Westen für diese Misere verantwortlich machen. Aber diese Strategien der Unterdrückung würden nicht mehr funktionieren. Die große Frage sei, welche Rolle Amerika in dieser Geschichte spielen solle. Für Jahrzehnte hätten die USA zentrale Interessen in dieser Region verfolgt: die Bekämpfung des Terrorismus, die Beendigung der Weiterverbreitung von Atomwaffen, den freien Warenverkehr, die Sicherheit in der Region, besonders die Sicherheit Israels, den arabisch-israelischen Friedensprozess. Nun müsse Amerika erkennen, dass diese beschränkte Art und Weise, die eigenen Interessen zu verfolgen, weder die Mägen fülle noch die Freiheit der Rede erlaube. Er habe schon in seiner Kairoer Rede erklärt, dass die USA nicht nur ein Interesse an der Stabilität der Nationen, sondern auch an der Selbstbestimmung der Individuen habe. Dann folgte eine typische Argumentation Obamas: Nachdem man für Jahrzehnte die Welt in dieser Region hingenommen habe, wie sie ist, hätten die USA jetzt eine Chance, diese so zu gestalten, wie sie sein solle. Dann zählte Obama fast alle Werte auf, die bisher in der amerikanischen Tradition mit dem Ziel der »unteilbaren Freiheit« verbunden wurden: das Ende von Gewalt und Repressionen gegen die Völker, die universalen Menschenrechte, die Gleichheit von Mann und Frau (in der arabischen Welt), Religionsfreiheit, wirtschaftliche Reformen und der Übergang zur Demokratie. Obama plädierte auch für einen wirtschaftlichen Aufbau, einen Schuldenerlass für diese Region und für eine Idee, die er zugleich in Europa und Asien verfolgte: eine Handels- und Investitionspartnerschaft. Das sei auch deshalb notwendig, weil diese gesamte Region von 400 Millionen Menschen, wenn man vom Öl absehe, nur so viel exportiere wie die Schweiz.

Die Nachwelt weiß, dass diese Vision Obamas ein Traum blieb. Obwohl er einzelne Maßnahmen unterstützte, zum Beispiel den Rücktritt des ägyptischen Diktators Muhammad Husni Mubarak oder die Bombardierung Libyens und die Tötung des Massenmörders Gaddafi, den die UNO einmal in den Ausschuss für Menschenrechte berufen hatte, scheiterte der »Arabische Frühling« auf der ganzen Linie. Heute, zehn Jahre später, spricht man zu Recht von »Zombies in Ruinen«, mit Tunesien als hoffnungsvolle Ausnahme.⁴⁸

Auch nirgendwo sonst auf der Welt waren die USA noch fähig, ein Land in eine friedliche Demokratie zu transformieren, auch nur die Einhaltung der Menschenrechte zu erzwingen. Das galt auch für Obamas Menschenrechtspolitik gegenüber China im Rahmen des viel diskutierten »Schwenks nach Asien« (*Pivot to Asia*), dessen

48 Vgl. Christoph Ehrhardt, Rainer Hermann, Zombies in Ruinen, in: F.A.Z., 17.12.2020.

Konzeption von Obamas Außenministerin Hillary Clinton während seiner ersten Amtszeit vorbereitet worden war.⁴⁹ Sie und Präsident Obama wollten die USA nach der Verstrickung in die arabische Welt verstärkt als Gegengewicht gegen Chinas rasanten wirtschaftlichen Aufstieg und den wachsenden, über Asien hinausgehenden Machtanspruch des Landes in Stellung bringen. Kritiker haben diesen Schwenk nach Asien von Beginn an für Schaufensterpolitik gehalten, weil die USA sich seit 1945 nie aus Asien zurückgezogen hätten und weil nie klar geworden wäre, ob diese Neuausrichtung darauf abzielte, China einzubinden (*to engage*) oder wie in der Zeit des Kalten Krieges einzudämmen (*to contain*).

Strategisch, bündnispolitisch, wirtschaftlich und ideologisch waren alle US-Regierungen im Zeitalter des Kalten Krieges und globalen Anti-Kommunismus immer im Pazifik und in Asien präsent geblieben. Die USA haben in Asien zwei heiße Kriege geführt, den Koreakrieg und den Vietnamkrieg. Um nur eine Dimension dieser Präsenz zu nennen: Als Obama sein Amt antrat, war der pazifische Kommandobereich (US Pacific Command – PACOM) der größte der weltweit sechs Kommandobereiche, was die Feuerkraft und die geopolitische Reichweite betraf – mit 325.000 Personen im militärischen und zivilen Bereich, 180 Kriegsschiffen und fast 2000 Flugzeugen. Die nukleare Triade galt auch für Asien. Die amerikanische Präsenz war eingebettet in bilaterale Bündnisse mit Australien, Japan, Neuseeland, die Philippinen und Südkorea und eine Sicherheitsgarantie für Taiwan, das sich im Laufe der Jahrzehnte demokratisierte und zusehends eine freiheitlich-rechtsstaatliche Alternative zum autoritären China darstellt, das sich unter der Herrschaft des Generalsekretärs der KPC und Staatspräsidenten der Volksrepublik Chinas Xi Jinping zu einer asiatischen Despotie unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei entwickelt.

Auf der anderen Seite hat seit 1972, als Präsident Richard Nixon und Außenminister Henry Kissinger China besuchten und eine sensationelle, die Logik des Kalten Krieges scheinbar sprengende Wende der chinesisch-amerikanischen Beziehungen einleiteten, jede amerikanische Regierung versichert, dass Chinas Wohlfahrt und Sicherheit im Interesse der USA lägen. Außerdem hat kein Land der Welt mehr zur Modernisierung Chinas beigetragen als die USA. Es hat China über die WTO Zugang zur Weltwirtschaft verschafft, auch zum Markt, zum Kapital und zur Technologie in den USA selbst. Sie haben Chinas Wissenschaftler, Techniker, auch Juristen in den USA ausgebildet, unabhängig davon, ob die Chinesen das geistige Eigentum anderer respektieren oder wie die Raben klauten. Ein großes Problem in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen blieb aber immer die innere Verfasstheit Chinas, das Ausbleiben der schrittweisen Demokratisierung des Landes. Die große Hoffnung des Westens, dass der Dynamik

⁴⁹ Die Literatur zum Aufstieg Chinas und der amerikanischen Antwort ist uferlos. Sie wurde aber schon in ihrem Vollzug in den USA selbst intensiv diskutiert. Um nur einige Beispiele zu nennen: Andrew J. Nathan, Andrew Scobell, How China Sees America. The Sum of Beijing's Fears, in: *Foreign Affairs*, Vol. 91, No. 5, September-October 2012, S. 33–47; Aaron L. Friedberg, Bucking Beijing. An Alternative U.S.-China Policy, in: *Foreign Affairs*, Vol. 91, No. 5, September-October 2012, S. 49–58; Kevin Rudd, Beyond the Pivot. A New Road Map for U.S.-Chinese Relations, in: *Foreign Affairs*, Vol. 92, No. 2, March-April 2013, S. 9–15; Thomas J. Christensen, Obama and Asia. Confronting the China Challenge, in: *Foreign Affairs*, Vol. 94, No. 5, September-October 2015, S. 28–36; Fred Kaplan, Obama's Way. The President in Practice, in: *Foreign Affairs*, Vol. 95, No. 1, January-February 2016, S. 46–63.

der Marktwirtschaft irgendwann die politische Liberalisierung und die Achtung der Menschenrechte folgen würden, erwies sich als eine weltgeschichtliche Illusion. Aus kommunistischen Staatskapitalisten wurden keine liberalen Demokraten. Diese Tatsache wollte Obama, mindestens zu Beginn seiner Amtszeit, nicht hinnehmen. In seiner zweiten Amtszeit musste er sich, wie auf vielen anderen Feldern seiner Politik, in das Unvermeidliche fügen. Barack Obama war aber kein Henry Kissinger, er hat den Ex-Außenminister kein einziges Mal um Rat gebeten. Für Obama war die Forderung nach Freiheit und Menschenrechten auch in China ein Bestandteil seines Schwenks nach Asien.

Ironischerweise war der Kalte Krieger Richard Nixon der einzige amerikanische Präsident nach 1945, der unter dem Druck des Vietnamkrieges eine außenpolitische Alternative zur Eindämmungspolitik entwickelte und teilweise in die Tat umsetzte. Er wurde angeregt und unterstützt von seinem nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger, der bereits in seiner Magisterarbeit alle geschichtsphilosophischen Fortschrittsmodelle einer kritischen Prüfung unterzogen und sein Denken an großen europäischen Konservativen und »Realisten« geschult hatte, besonders an Richelieu und Metternich, Castlereagh und Bismarck. Kissinger wollte die Amerikaner von ihrer Sendungsidee befreien und ihnen ausgerechnet jenes Konzept der internationalen Beziehungen zurückgeben, von dem der Moralist und Missionar Wilson die Welt hatte erlösen wollen: das Konzept des Gleichgewichts der Mächte. Selbst eine nur relative Stabilität der internationalen Beziehungen – das Beste, was man angesichts der *condition humaine* erwarten könne – war für Kissinger nur zu gewinnen, wenn die Existenz der Hauptmächte, unabhängig von ihrer jeweiligen inneren Ordnung, als legitim anerkannt, das heißt nicht infrage gestellt würden. Das Verhältnis der Staaten zueinander dürfe nicht von ihrer innenpolitischen Struktur abhängig gemacht werden, sondern von ihrem außenpolitischen Verhalten. So wie es den Staatsmännern auf dem Wiener Kongress 1814/15 gelungen war, durch die Anerkennung dieses Prinzips für ein Jahrhundert den Frieden in Europa zu bewahren, so seien die USA aufgerufen, eine stabile tripolare, besser pentagonale Ordnung der Hauptmächte USA, Sowjetunion, China, Japan und Europa zu begründen. Die amerikanische Außenpolitik dürfe sich deshalb, so Kissinger, weder als eine »Unterabteilung der Theologie« noch als eine »Unterabteilung der Psychiatrie« verstehen. Die Politik der Falken, der Theologen, die in missionarischem Eifer die kommunistischen Systeme in der Sowjetunion, in China oder in Vietnam zum Einsturz bringen wollten, verfehlten ebenso die realistische Mitte wie die Politik der Tauben, der Psychiater, die immer wieder von der Illusion ausgingen, die vermeintlich friedlichen Fraktionen innerhalb feindlicher Staaten durch Anreize stützen zu können.

Legitimität und Stabilität waren für Nixon und Kissinger auch deshalb die obersten Maximen einer verantwortungsvollen Außenpolitik, weil im Zeitalter der Nuklearwaffen der schlimmste anzunehmende Unfall, ein nuklearer Holocaust, unbedingt verhindert werden musste. Kissinger, der Nixon »diente« wie einst Metternich Kaiser Franz I., versuchte, die Amerikaner aus ihrer einseitigen Fixierung auf die »Lehren von München« zu lösen und ihre Aufmerksamkeit auf die »Lehren von Versailles« zu lenken – auf die Notwendigkeit einer (über-)lebensfähigen internationalen Ordnung.

Die Welt, so Nixon 1971, würde sicherer sein, wenn es fünf gesunde und stabile Zentren gebe, die sich gegenseitig in der Balance hielten. Nicht der Kommunismus, sondern die internationale Anarchie sei die größte Gefahr. Eine solche neue Ordnung der Welt würde es den USA auch gestatten, einen Teil ihrer Lasten auf andere Schultern zu verteilen (Nixon-Doktrin), denn es wurde immer klarer, dass die USA sich mit dem Vietnamkrieg wirtschaftlich übernommen hatten.

So gelang es Nixon und Kissinger im Februar 1972 in Verhandlungen mit Mao und Zhou Enlai das Verhältnis zu China auf eine neue Grundlage zu stellen. Obwohl sich beide Seiten über das bis heute dornigste Problem, die Zukunft Nationalchinas (Taiwans), nicht einigen konnten, erklärten sie, dass die Normalisierung ihrer Beziehungen nicht nur im Interesse beider Staaten liege, sondern auch zum Abbau von Spannungen in Asien und der Welt beitrage. Und beide Seiten versicherten, keine Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum errichten zu wollen.⁵⁰

Mit dieser Logik der Macht- und Gleichgewichtspolitik eines Nixon und Kissinger wollte sich Obama auch in Asien nicht abfinden. Auch hier versprach er »Hoffnung und Wandel«, zumindest zu Beginn seiner Amtszeit in der Überzeugung, dass er es auch könne. Bezeichnend ist seine Reaktion auf ein Ereignis seiner ersten Chinareise, als er vor ausgewählten Studenten in Shanghai eine große Rede hielt. Er zeigte sich enttäuscht über ihre zahmen und nichtssagenden Fragen, die offensichtlich vorher abgestimmt waren. Zwar halte er ihren Patriotismus nicht für vorgetäuscht, sie seien aber zu jung, um sich an die Schrecken der Kulturrevolution und an die gewaltsame Niederschlagung der Proteste auf dem Tian'anmen-Platz von April bis Juni 1989 in Peking zu erinnern. Nach diesem Treffen war ihm klar, dass er »zeigen musste, dass das demokratische, rechtsstaatliche, pluralistische System Amerikas nach wie vor das Versprechen eines besseren Lebens einlösen konnte, wenn ich diese neue Generation überzeugen wollte«. In Peking erinnerte er den stocksteifen Präsidenten Hu Jintao daran, dass der »Umgang mit chinesischen Dissidenten« weiter zu den »Prioritäten« amerikanischer Chinapolitik gehöre.⁵¹ In seiner Amtszeit thematisierte Obama gegenüber China daher auch immer wieder das Schicksal der Tibeter und Uiguren. Zum großen Ärger der Chinesen traf er sich während seiner Präsidentschaft viermal mit dem Dalai-Lama im Weißen Haus; zum letzten Mal am 15. Juni 2016, trotz der ausdrücklichen Warnung aus Peking, dass dieses Treffen die diplomatischen Beziehungen beschädigen würde. Mehrfach hat Obama dem Dalai-Lama »starke Unterstützung« für die Menschenrechte der Tibeter versprochen.

*

Was bleibt von Obamas Außenpolitik in historischer Perspektive? Auch in der Beantwortung dieser Frage ist es klug, sich noch einmal an die Einsicht Bismarcks zu erinnern, dass die Geschichte in ihren Revisionen genauer ist als die preußische Oberrechnungskammer. Die USA besaßen in der Präsidentschaft Obamas nicht mehr die

⁵⁰ Vgl. Junker, *Power and Mission*, S. 106–111.

⁵¹ Barack Obama, *Ein verheißenes Land*, S. 672f.

Kraft, irgendein Land der Welt in eine rechtsstaatlich verfasste, liberale Demokratie zu verwandeln oder die Einhaltung von Menschenrechten zu erzwingen. Er hätte dafür auch kein Mandat eines kriegsmüden amerikanischen Volkes erhalten. Insofern begann der Sinkflug der amerikanischen Führungsrolle schon unter Obama, nicht erst unter seinem Nachfolger Donald Trump. Der abnehmende weltpolitische Einfluss der USA war auch die Konsequenz der grundsätzlichen Entscheidung Obamas, die USA nirgendwo auf der Welt in einen Krieg zu verwickeln, obwohl er als Oberbefehlshaber die stärkste Militärmacht aller Zeiten zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im Welt- raum befehligte und obwohl er in seiner Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises die Legitimität eines »gerechten Krieges« nicht bestritten hatte. Er war der einzige Präsident der USA nach 1945, der den engen Zusammenhang von amerikanischer Außenpolitik und Krieg auflöste. Allerdings stellte er den atomaren Schutzschirm der USA und die amerikanischen Bündnisse weder in Europa noch in Asien infrage. Das reichte aber nicht, um den massiven Einflussgewinn autoritärer und potenziell totalitärer Staaten auf dem eurasischen Doppelkontinent, auch in anderen Erdteilen zu verhindern.

In sicherheitspolitischer Hinsicht war die Unfähigkeit, den nordkoreanischen Diktator Kim Jong-Un zu zwingen, den Bau einer Atombombe und die Entwicklung internationaler Raketen, welche die Sicherheit der kontinentalen USA gefährden könnten, aufzugeben, sein gefährlichstes Erbe. Konsequenterweise war dies die einzige Botschaft, die er für seinen Nachfolger Donald Trump auf dem Präsidentenschreibtisch im Oval Office hinterließ. Im Gegensatz dazu gehörte das Atom- abkommen mit dem Iran, das die Mitglieder des Sicherheitsrates und Deutschland ausgehandelt hatten, zu seinen Erfolgen. Dieses wurde aber von Trump durch die Kündigung des Abkommens wieder annulliert. Dasselbe machte Trump mit dem Pariser Klimaabkommen. In beiden Fällen hatte Obama es nicht gewagt, diese Abkommen durch den Senat ratifizieren zu lassen.

Den »unteilbaren Weltmarkt« hat er in Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen Organisationen nach der großen Finanzkrise 2008/2009 ein- nigermaßen stabilisieren können. Die Möglichkeit eines erneuten Platzens einer Geld- und Kreditblase bleibt dem System aber gefährlich immanent. In einer globa- len Wirtschaft, in der Geld und Kredit keinen Preis mehr haben, ist das Platzen der nächsten Blase jederzeit wieder möglich. Der Ausgangspunkt könnte, wie bei den Großen Depressionen 1929 und 2008, wieder die USA sein, er könnte aber aufgrund der immer stärkeren Vernetzung der Kapitalmärkte in einem anderen Staat und einer anderen Weltregion liegen. Wir fahren alle auf der »Titanic« dem nächsten Eisberg entgegen, haben aber im Falle des Unterganges keine Beiboote mehr, weil die Weltwirtschaft, die Staaten und internationale Organisationen schon vor dem Crash über die Halskrause verschuldet sind.

Präsident Donald Trump (2017 – 2021)

Der Zeitgenosse ist nicht der beste Kenner der Zeit, in der er steht. Er hat einen fragmentierten Gegenwarts- und Zukunftshorizont und kann das Ganze seiner jeweiligen Gegenwart nicht durchschauen, selbst wenn er auf seinem Fachgebiet hohe Kompetenz besitzt.

Das musste auch Hillary Clinton auf dramatische Weise erfahren, als sie zu erklären versuchte, warum ein Donald Trump die Präsidentschaftswahlen am 8. November 2016 gewann. Insgesamt stimmte etwas mehr als nur jeder Vierte der 232 Millionen Wahlberechtigten für Trump, nämlich fast 63 Millionen oder 27 Prozent. Wenn nur 40.000 mehr Wähler aus Wisconsin, Michigan und Pennsylvania ihre Stimme Hillary Clinton gegeben hätten, wäre sie als erste Frau in der Geschichte der USA zur 45. Präsidentin gewählt worden. Gemäß Elektoren der jeweils gewonnenen Staaten (bzw. der Distrikte in Maine und Nebraska) hätte Trump 306 Stimmen im Kollegium erhalten müssen, Clinton 232. Es gab aber auf beiden Seiten abtrünnige Stimmen, so dass Trump letztlich 304, Clinton 227 erhielt.

Was war geschehen? Warum konnte das geschehen? Das seien die überragenden Fragen gewesen, die sie, Hillary Clinton, in der Zeit nach ihrer Niederlage unablässig jeden Tag beschäftigt hätten. Das sind auch die zentralen Fragen, die ihre Erinnerungen an die Zeit nach dem 8. November 2016 dominieren. »Why, what happened?«⁵² Das Buch ist der Versuch einer persönlichen Rechtfertigung und Erklärung für ein Ereignis, das sie kaum fassen konnte; natürlich kein unparteiisches Buch. Ihre Rechtfertigung ist das bemerkenswerte Eingeständnis einer Frau, die wie keine Amerikanerin vor ihr die Struktur der amerikanischen Politik und Gesellschaft, besonders auch das Wahlsystem, das Erwartungsmanagement der Wähler und die Spielregeln der amerikanischen Politik kannte; eine Frau, die eine Serie von Erfolgen und Niederlagen erlebt und erlitten hatte.

Hillary Rodham Clinton, seit 1975 mit dem späteren 42. Präsidenten William J. »Bill« Clinton verheiratet, von 1993 bis 2001 als »First Lady« im Weißen Haus, seit November 2000 als Senatorin des Staates New York eine Politikerin aus eigenem Recht, 2008 zum ersten Mal als Präsidentschaftskandidatin gescheitert, vom Wahlsieger Präsident Obama in langen Gesprächen überredet, seine erste Außenministerin zu werden, und, nach ebenfalls langen Gesprächen, von Obama gedrängt, noch einmal als Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei anzutreten, um sein Erbe zu sichern. Als Außenministerin von 2009 bis 2013 war sie 123-mal rund um den Globus in die Länder der Welt aufgebrochen.

Es wurden über Jahrzehnte Dutzende von Büchern über sie verfasst, meist auf Sensation und Auflage zielende »Enthüllungsgeschichten«; aber auch gehaltvolle Biografien wie die von Carl Bernstein, der selbst frühen Ruhm erwarb, als er zusammen mit Bob Woodward den Watergate-Einbruch Nixons aufdeckte.⁵³ Prägnant arbeitete

52 Hillary Rodham Clinton, *What Happened*, London 2017, hier zitiert nach der Paperback-Ausgabe London 2018.

53 Vgl. die Rezension zu Carl Bernstein, *Hillary Clinton. Die Macht einer Frau*, München 2007, in: Detlef Junker, *Schlaglichter auf die USA im 20. und 21. Jahrhundert*. 30 Rezensionen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Heidelberg 2013, S. 67–70.

Bernstein ihre wichtigsten Charaktereigenschaften heraus: ihre methodistische Religiosität und ihr missionarisches Selbstbewusstsein; ihre fast selbstzerstörerische Liebe zu Bill Clinton. Sie hasste die Sünde und liebte den Sünder (es war Hillary, die in den Affären ihres Mannes mit Jennifer Flowers und Monica Lewinsky seine Präsidentschaft rettete), ihre revolutionäre Auslegung der in der Verfassung nicht vorgesehenen Rolle der Ehefrau des Präsidenten, der First Lady; hohe Intelligenz, Leidenschaft und eiserne Disziplin, die früh entdeckte Fähigkeit, zu jedem Thema öffentlich druckreif reden zu können; Kampfeswille, Rücksichtslosigkeit, Selbstgerechtigkeit und das Fehlen jeder Selbstironie. Ihre Religiosität war auch die Quelle für ihren lebenslangen Kampf um die Rechte der Frau, allgemein für die Mühseligen und Beladenen in der Gesellschaft. Während ihres ganzen Lebens hatte sie einen methodistischen Beichtvater und Berater an ihrer Seite. Sie bewunderte, wie Barack Obama, Präsident Franklin D. Roosevelt und seine Frau Eleanor Roosevelt. Es war kein Zufall, dass sie ihre Präsidentschaftskandidatur 2015 auf »Roosevelt Island« im New Yorker East River ankündigte.

Auf der anderen Seite war Hillary Clinton nie ein Liebling der Medien. Ihre Person und die Art und Weise, wie sie ihre Rolle als Präsidentengattin auszufüllen ankündigte und dann auch ausfüllte, wurde selbst zu einer schweren Belastung der Präsidentschaft ihres Mannes. Zweimal zogen die Wahlkampfberater und Spindoktoren der Clinton-Administration die Notbremse und versuchten, ihr Image in den Wahlkämpfen von 1992 und 1996 zu verändern, was von den Medien teilweise durchschaut wurde. Hillary wurde weit über die vernichtenden und bigotten Angriffe der Republikaner, der christlichen Rechten und der sogenannten moralischen Mehrheit hinaus von den Medien mit solch aggressiver Feindseligkeit angegriffen, dass sie zu Recht von einer »Verschwörung der Rechten« gegen die Clintons sprechen konnte. Ihr aktives Eingreifen und Scheitern in der Gesundheitsreform, ihre staatsinterventionistischen Vorstellungen, ihre Abneigung gegenüber der Presse und dem Washingtoner Establishment und die nicht enden wollende Serie trivialer Skandale verstärkten das Bild einer machthungrigen, intriganten »Lady Macbeth«, einer eiskalten, stetig manipulierenden und die Wahrheit verschweigenden dämonischen Macht im Weißen Haus. Ein Kolumnist der »New York Times« nannte sie eine »geborene Lügnerin«. Ihre zahlreichen Imagewechsel führten zu dem Vorwurf, sie habe keine Authentizität und sei im Kern eine Frau ohne Eigenschaften. Sie wechselte ihre Rollen so oft wie ihre Frisuren.

Im Wahlkampf-Sommer 2016 war sie wieder in eine Affäre verwickelt, die sogenannte »E-Mail-Affäre«. Das FBI hatte eine Untersuchung zu der Frage begonnen, ob ihre privaten E-Mail-Adressen für dienstliche Zwecke missbraucht worden seien. Das Ergebnis des FBI war, dass sie zwar fahrlässig gehandelt habe, es aber keinen Hinweis auf eine Straftat gäbe.

In ihrer Suche nach einer Antwort auf die Frage, was zu ihrer Niederlage geführt hatte, machte Hillary Clinton eine wichtige Unterscheidung, die bis zur Niederlage Trumps am 3. November 2020 die Menschen überall in der Welt, nicht nur die aktive politische Klasse, die Publizisten und die Wissenschaftler umtrieb. Weniger wichtig sei die Frage, so Hillary Clinton, warum sie in den letzten Tagen des Wahlkampfes die

entscheidenden Stimmen verlor. Die überragende Frage sei, warum Trump überhaupt so viele Stimmen auf sich vereinen konnte.

Am Ende der Amtszeit Trumps stellt sich die Frage noch schärfer. Warum haben nach vier Jahren Amtszeit von Donald Trump, der die USA in eine Vor-Bürgerkriegssituation getrieben und ihre Weltführungsrolle zerstört hatte, im Jahre 2020 noch mehr Amerikaner Donald Trump gewählt als 2016, nämlich 74 Millionen statt 63 Millionen? Warum konnte er seinen Stimmenanteil bei den weißen Frauen von 52 auf 55 Prozent verbessern? Warum hätte er ohne sein vollständiges Versagen in der Corona-Krise die Wahl gewonnen? Warum ist die Welt nur haarscharf einem weltpolitischen Tschernobyl entkommen?

Das kurzfristige Problem, warum Clinton in den letzten Wochen des Wahlkampfes Stimmen verlor, kann sie mit guten Argumenten beantworten. Einige Tage vor der Wahl hatte der eitle und naive Chef der amerikanischen Bundespolizei (FBI), James Comey, eine politische Bombe platzen lassen. Seine Behörde untersuche neue E-Mails, die im Zusammenhang mit Clintons E-Mail-Affäre stehen könnten. Als er dann zwei Tage vor der Wahl erklärte, es gäbe keine belastenden Erkenntnisse über Hillary Clinton, konnte nichts mehr gerettet werden. In der entscheidenden Woche vor der Wahl berichtete die Presse fast ausschließlich über die E-Mail-Affäre der demokratischen Präsidentschaftskandidatin.

Eine der wichtigsten strukturellen Ursachen für ihre Niederlage und den Erfolg von Donald Trump sei dagegen, so Hillary Clinton, eine hemmungslose Lügenpropaganda und Hetze von Donald Trump gewesen, gestützt von der gut gefüllten Kasse der Republikanischen Partei und vor allem durch den Fernsehsender Fox News. Sein Mehrheitsaktionär Robert Murdoch unterhöhlt inzwischen durch sein Medienimperium drei angelsächsische Demokratien: sein Heimatland Australien, Großbritannien und die USA. Darüber hinaus zog Trump durch seine immer skandalöseren Aussagen fast die gesamte Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Deshalb brauchte er kaum Mittel für die eigene Wahlwerbung auszugeben. Allerdings rettete er auch den finanziell angeschlagenen Sender CNN, der dank Trump nonstop »Breaking News« senden konnte. Die Auflagen der New York Times und Washington Post stiegen ebenfalls dramatisch an.

Eine dieser Lügen, so Hillary, habe sie um den Wahlsieg gebracht. Es sei einfach nicht wahr, sondern eine schmutzige Lüge, dass sie sich nicht um das Schicksal der Kohlegruben und der arbeitslosen Bergarbeiter im »Rost-Gürtel« der USA gekümmert habe. Ihr Schicksal sei sogar eines ihrer wichtigsten Themen im Wahlkampf gewesen. Allerdings bedauerte sie in der Rückschau, Anfang September 2016 einen schweren taktischen Fehler gemacht zu haben, als sie – vermutlich zu Recht – die Hälfte von Trumps Unterstützern im Korb der Bedauernswerten (*deplorables*) vermutete und sie als »rassistisch, sexistisch, homophob, fremdenfeindlich, islamophob« bezeichnete.⁵⁴ Dann aber sei sie Opfer einer Lügen- und Verleumdungskampagne geworden. In einer Podiumsdiskussion habe sie darüber gesprochen, dass die Kohlereion langfristig

54 Vgl. Aaron Blake, Voters strongly reject Hillary Clinton's ›basket of deplorables‹ approach, in: Washington Post 26.9.2016.

nur eine Chance habe, wenn Kohle durch grüne, erneuerbare Energie ersetzt werden könne. In diesem Zusammenhang habe sie einen Satz gesagt, der sie vermutlich die entscheidenden Stimmen im Rost-Gürtel gekostet habe: »Because we are going to put a lot of coal mines out of business.«⁵⁵ Dieser Satz war für Donald Trump, die Republikanische Partei und Fox News ein gefundenes Fressen. Monatelang wurde dieser eine Satz – aus dem Zusammenhang gerissen – auf allen Fernsehkanälen und in allen Rundfunksendern wiederholt. Keiner von Clintons Versuchen einer Richtigstellung wurde ausgestrahlt. Die gesamte Region der Appalachen wurde mit diesem Satz gesättigt. Das hatte Folgen. Bei einem versuchten Wahlkampfauftritt in dem kleinen Ort Williamson in West Virginia sah sich Hillary Clinton Hunderten von aufgebracht und fanatisierten Demonstranten gegenüber, die Schilder hochhielten: »We want Trump«, »Go home Hillary.«⁵⁶

Diese Lügenkampagne von Trump hatte von Beginn an eine andere Größenordnung als der traditionelle Populismus in amerikanischen Wahlkämpfen. Auch in dieser Hinsicht führt der Vergleich mit Präsident Andrew Jackson (1829–1837) nicht weiter. Trumps Lügen- und Desinformationskampagne zielte auf eine Zerstörung der Grundlagen von Demokratie, nämlich die Ausklammerung der realen Welt und die Leugnung der Wirklichkeit. Diese Lügenkampagne endete deshalb folgerichtig damit, demokratische Strukturen zu zerstören und das Land in eine Vor-Bürgerkriegssituation zu treiben⁵⁷, durch Gewalt den rechtmäßigen Ausgang der Wahlen zu verhindern und einen Staatsstreich in Kauf zu nehmen. Die »Große Lüge« über die Präsidentschaftswahl 2020 mündete in einem Sturm auf das Kapitol. Die Weltöffentlichkeit konnte zusehen, wie Vizepräsident Mike Pence daran gehindert werden sollte, das Wahlergebnis zu bestätigen. Ein Galgen war schon aufgestellt. Selbst der Versuch eines Umsturzes konnte aber die – demokratisch und ethisch entleerte – Republikanische Partei nicht zur Amtsenthebung bewegen. Schon im Wahlkampf 2016 hatte Trump vorbeugend behauptet, dass ein Wahlsieg Hillary Clintons nur Betrug sein könnte.

Diese Desinformations- und Lügenstrategie Trumps geht weit über das hinaus, was die Amerikaner schon vor Trump aus den vermarkteten Wahlkämpfen kannten.⁵⁸ Denn schon vor Trump waren die Wahlkämpfe zu einem reinen Marktphänomen geworden. Zwischen die Kandidaten und die Wähler hatten sich nicht nur die traditionellen Medien geschoben – Printmedien, Fernsehen und neuerdings soziale Netzwerke –, sondern auch eine Mobilisierungs- und Vermarktungsindustrie von Demoskopen, Wahlkampfstrategen und Spindoktoren. Diese Industrie stützte und stützt sich auf immer verfeinerte Umfragetechniken, Gruppeninterviews, Austüfteln

55 Hillary Clinton, *What Happened*, S. 263.

56 Ebenda S. 277.

57 Das hat der Autor dieser Zeilen schon früh behauptet, vgl. z.B. Detlef Junker, *Die Krise des Westens*, in: ifo Schnelldienst 23, 2016, 8.12.2016; ders., *The Crisis of the American Empire. Farewell Lecture 8.2.2018*, in: *Annual Report 2017–18*, Heidelberg Center for American Studies 2018, S. 184–203; ders., *Donald Trump und die Zerstörung einer Demokratie*, in: *Rhein-Neckar-Zeitung*, 3.3.2020, S. 12.

58 Vgl. Detlef Junker, *Die vermarktete Politik. Der Kampf um das Weiße Haus*, in: Óscar Loureda (Hrsg.), *Manipulation. Studium Generale*, Heidelberg 2016, S. 51–66.

neuer Zielgruppen, elektronische Post und Telefonumfragen. In den a-sozialen Medien des digitalen Zeitalters verflüchtigt sich der verbliebene Realitätsgehalt. Jeder kann eine Desinformationskampagne starten. Es gibt die Furcht, dass die Demokratie das digitale Zeitalter nicht überleben wird.

Diese Industrie produziert oft »Bananenschalen-Worte«, glattgeschliffene Formulierungen, die den politischen Gegnern keine Angriffsfläche bieten sollen. Sie verkaufen oft keine realen Politiker und keine politischen Programme, sondern marktgetestete Kunstprodukte, die auf die Wirkung von Emotionen, Fiktionen, Bildern, Slogans, Verschwörungstheorien und zunehmend auch auf Verunglimpfung und persönliche Attacken setzen (*negative campaigning*). Die Entwicklung hat sich parallel zum Aufstieg des Fernsehens vollzogen. In den Wahlkampagnen geht es immer weniger um Inhalte, sondern um nichtssagende und deshalb schwer angreifbare Slogans, verstärkt um skandalträchtige persönliche Attacken auf den Gegner. Durch die Vermarktungsindustrie wird der Wahlkampf, so könnte man mit einer gewissen Übertreibung sagen, nicht zum Wettstreit der Politiker, sondern ihrer Trainer. Ausgangspunkt ist die marktgetestete Hypothese, dass der Wähler grundsätzlich denkfaul ist. Er müsse mit Emotionalität, Wettstreit und Show unterhalten werden. Mit der Realität hat das sehr oft nichts mehr zu tun. In einer Politikkomödie Warren Beattys beschließt ein Senator, aus dem Leben zu scheiden, nachdem er die Fernsehwerbung für seine Wiederwahl gesehen hat.

Der Einfluss der Vermarktungsindustrie bleibt nicht ohne Konsequenzen. So hat es unter Präsident Reagan ein einziger Imageberater fast im Alleingang geschafft, das Wort »liberal« bei der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung in Verruf zu bringen. Gegen den Wortsinn meint »liberal« im gegenwärtigen Amerika so etwas wie linken Staatsinterventionismus. Newt Gingrichs berühmter »Vertrag für Amerika« aus dem Jahre 1994, mit dem eine konservative Revolution eingeleitet werden sollte, war Satz für Satz in Fokusgruppen vorgetestet worden. Al Gore wurde es von seinen Beratern im Wahlkampf 2000 gegen George W. Bush strikt untersagt, über sein Lebensthema, die Rettung des Planeten, überhaupt zu reden. Schließlich George W. Bush: Seinen Beratern gelang es, seine Gegenkandidaten John McCain und John Kerry mit fiesen Negativkampagnen zu diskreditieren.

Kritiker sehen in dieser Entwicklung das Ende der Aufklärung in den USA, zumindest der aufklärerischen Hoffnung, dass in Wahlen mit Ideen und Leidenschaft, aber auch mit wirklichkeitsnahen Argumenten gestritten wird. Ein Beispiel für den Verfall der aufklärerischen Kultur in Amerika wird gern geschildert. Vor Ausbruch des Bürgerkrieges 1861 hatten der spätere Präsident Abraham Lincoln und sein Gegner Stephan A. Douglas in Illinois zehn Debatten vor Tausenden von Menschen geführt. Die Wähler reisten stundenlang mit Pferd und Wagen an, hörten sich eine dreistündige Rede von Lincoln in elaboriertem Englisch an, machten eine halbe Stunde Pause und folgten dann noch einmal drei Stunden den Argumenten von Douglas. Heute ist der durchschnittliche Werbespot im Fernsehen auf wenige Sekunden zusammengeschrumpft, auch deshalb, weil die Spots immer teurer geworden sind.

Auch die Frage, wer die Wahlkämpfe bezahlt, ist in die Spannung von Staat und Markt eingebunden. Seit Gründung der USA im 18. Jahrhundert wurden alle

Wahlkämpfe von privater Seite bezahlt. 1907 machte Präsident Theodore Roosevelt einmal den vergeblichen Vorschlag, die Wahlen auf Bundesebene durch öffentliche Gelder zu finanzieren und alle privaten Gelder zu verbieten. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es mehrere Gesetze und Entscheidungen des Obersten Bundesgerichtes, eine öffentliche Wahlkampfrückerstattung für die Vorwahlen, die Hauptwahlen und die Nominierungskonvente gesetzlich zu fassen. Das Ergebnis ist je nach Blickwinkel ein Sieg des Marktes oder eine politische Katastrophe. Tatsächlich hat der Markt auf ganzer Linie gesiegt. Alle Kandidaten der Gegenwart verzichten auf öffentliche Gelder, weil die damit verbundenen, gesetzlich festgelegten Einschränkungen so schwerwiegend sind, dass die gestiegenen Kosten des modernen Wahlkampfes nicht mehr getragen werden können. Die Zahlen machen das deutlich. Rechnet man die parallel laufenden Kosten für die Wahlen zum Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats dazu, schätzt man für den Wahlkampf 2016 die Ausgaben auf etwa 8 Milliarden Dollar. Eine Annahme der im Vergleich winzigen 20 Millionen Rückerstattung pro Kandidat wäre mit solchen Bedingungen verbunden, dass der Wahlkampf nicht mehr finanziert werden könnte. Kostentreibend kommt hinzu, dass die Kandidaten und die Vermarktungsstrategen nach der Halbzeit der Vorwahlen oft eine neue Strategie und teilweise neue Botschaften vermitteln müssen. Während die Vorwahlen auf die Wähler der eigenen Partei oder potenzielle parteinahe Wähler zielen, geht es in der zweiten Halbzeit um das gesamte Volk. Wie beim Fußball werden oft neue Spieler eingewechselt. Wie beim Fußball kann ein Eigentor in der ersten Halbzeit oft nicht mehr korrigiert werden.

In diesem Zusammenhang hat eine Entscheidung des Supreme Courts aus dem Jahr 2010 tief in die Struktur von Wahlkämpfen eingegriffen (*Citizen United v. Federal Election Commission*). In einem knappen Urteil von 5 gegen 4 Stimmen befand das Oberste Gericht, dass der erste Zusatz zur Verfassung vom 3. November 1791 es der US-Regierung verbiete, »unabhängige politische Ausgaben« von »gemeinnützigen Organisationen« zu begrenzen. Der erste Zusatz zur Verfassung garantiert unter anderem die Freiheit der Rede. Das Urteil ist eine Bestätigung des Marktes. Der erste Zusatz verbiete es, so die Richter, in den Marktplatz der Ideen (*marketplace of ideas*) einzugreifen und die freie Rede zu »rationieren«. »There is no such thing as too much speech.« Der Vorwurf der möglichen Korruption oder des Anscheins der Korruption durch diese privaten Spender halte einer strengen Prüfung nicht stand.

Das Urteil bedeutet aber nicht, dass damit der Marktplatz der Ideen in der Gegenwart allein den Superreichen überlassen bleibt, obwohl die Republikaner durch marktradikale Millionäre und Milliardäre am meisten profitieren. Die Milliardärsbrüder David und Charles Koch zum Beispiel unterminieren seit den 70er-Jahren systematisch fast alle staatlichen Funktionen, sie sorgten über den Einfluss in der »Federalist Society« dafür, dass Donald Trump nur marktradikale Juristen zu Mitgliedern des Supreme Courts vorschlug: Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett.⁵⁹ Der Casino-Kapitalist und Milliardär Sheldon Adelson versprach Trump

⁵⁹ Vgl. Christopher Leonard, *The Secret History of Koch Industries and Corporate Power in America*, New York 2019. Vgl. ders., *A Koch Brother's big bet on Judge Barrett*, in: *New York Times International Edition*, 12.10.2020, S. 17.

für den Wahlkampf 2016 100 Millionen Dollar, wurde dann mit deutlich weniger, nämlich 25 Millionen Dollar der größte Unterstützer Trumps. Für die Feierlichkeiten zur Amtseinführung von Trump war er mit 5 Millionen Dollar ebenfalls der größte Einzelspender. Im Wahlkampf 2012 hatte er verkündet, dass er 100 Millionen ausgeben würde, um einen Sieg Obamas zu verhindern.⁶⁰

Das iPhone und die Schwarmintelligenz in den sozialen Netzwerken haben aber auch eine Revolution von unten losgetreten, nach dem Motto: Kleinvieh macht auch Mist. Millionen von Amerikanern überweisen Kleinbeträge an die Kandidaten. Sie sind zur zweiten großen Einnahmequelle geworden, man kann auch sagen: Der Markt funktioniert.

Donald Trump und die Selbstzerstörung einer Demokratie

Wie schon angedeutet, waren trotz der Gewöhnung der Amerikaner an marktgetestete Slogans, Propaganda und Shows weder Hillary Clinton noch das amerikanische Volk darauf vorbereitet, dass ein Donald Trump durch Lügen, Propaganda, Verschwörungstheorien und Aufrufen zur Gewalt die öffentliche Sphäre korrumpieren und beherrschen würde; dass er das bereits gespaltene Volk noch tiefer spalten und in eine Vor-Bürgerkriegssituation treiben, das Rechtssystem und die staatlichen Institutionen unterhöhlen und mit seiner »Großen Lüge« über die Wahlen von 2020 seine Anhänger zum Sturm auf das Capitol aufrufen würde.⁶¹

Der moralische und intellektuelle Abstand zu seinem Vorgänger Barack Obama ist so groß, dass dem Historiker bei einem Vergleich schnell die Maßstäbe ausgehen. Trump hatte vom ersten Tag seiner Amtszeit an, der mit mehreren Lügen begann, weder den Charakter noch das Urteilsvermögen, um das Präsidentenamt verantwortlich auszufüllen. Er hat als Brandstifter und Brandbeschleuniger die Selbstzerstörung einer imperialen Demokratie vorangetrieben, mit einer außergewöhnlichen destruktiven Energie.

Das konnte er versuchen, weil der amerikanische Präsident de jure über eine außerordentlich große Machtfülle verfügt– mehr als in anderen westlichen, rechtlich verfassten Systemen. Trump war wie jeder Präsident zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Kraftzentrum der Exekutive. Er gebot über das Militär, die Außenpolitik, die Geheimdienste und den Beamtenapparat. Ohne seine Zustimmung konnte kein Richter am Supreme Court ernannt werden. Er war überdies Teil des Gesetzgebungsverfahrens, er hatte unglaublich viele Möglichkeiten zur Ämterpatronage. Er beherrschte die Medien, produzierte Feindbilder und Fake News und betwitterte die Welt schon vor dem Frühstück. Die Dauerpräsenz in den Medien war ein Kern seiner Macht.

De facto war er dabei, dem Kongress das Recht zu nehmen, einen Krieg zu erklären, weil er durch die Beschwörung der »clear and present danger«-Klausel dieses Recht

60 Vgl. Robert D. McFadden, Sheldon Adelson, Billionaire Donor to G.O.P. and Israel, Is Dead at 87, in: New York Times, 12.1.2021.

61 Ezra Klein, Der tiefe Graben. Die Geschichte der gespaltenen Staaten von Amerika, Hamburg 2020 (aus dem Amerikanischen).

für sich beanspruchte. Trump hatte einen Militärschlag gegen den iranischen General Soleimani befohlen, weder davor noch danach hatte er den Kongress eingeschaltet, wozu er rechtlich verpflichtet gewesen wäre. Warum konnte er diesen Rechtsbruch begehen? Weil Trump, wie die Welt in zwei Amtsenthebungsverfahren miterlebte, die Republikaner korrumpierte. Trump hat die Verfahren mithilfe der Republikaner einfach blockiert. Er hat nicht nur die Aussagen von Zeugen verhindert, sondern sie hinterher aus ihren Ämtern entfernt. Er hat einfach wie ein Alleinherrscher Rache genommen.

Trump's Tendenz, sein Machtmonopol durch einen dauernden Ausnahmezustand zu rechtfertigen, sollte auch einer möglichen existenziellen Krise vorbauen, nämlich nach dem Verlassen des Weißen Hauses im Gefängnis zu landen. Es warten mehrere aufgeschobene Strafverfahren auf ihn. Sicherheitshalber hatte er schon angekündigt, dass er sich ja selbst begnadigen könne. Trump lebt die Erkenntnis des deutschen Staatsrechtslehrers Carl Schmitt: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.« Um genau einen solchen Machtmissbrauch zu verhindern, hatten die amerikanischen Gründerväter ein besonderes System der Gewaltenteilung und der Gewaltenüberlappung (*Checks and Balances*) entworfen. Die Verfassung sollte genau das ausschließen, was Trump öffentlich durch seinen Rechtsanwalt Rudolph Giuliani verkünden ließ: dass er über dem Gesetz stehe.

Er feuerte Kabinettsmitglieder und hochrangige Militärs in immer schnellerer Folge wie kein anderer Präsident vor ihm. Die wichtigsten Positionen in seiner nächsten Umgebung im Weißen Haus wechselten mehrfach. Er umgab sich nur noch mit Speichelleckern, die seine Wutausbrüche irgendwie überstanden. Jeder fürchtete das »Ein-Mann-Erschießungskommando«. Die Lobpreisungen seiner selbst wurden immer grotesker, ebenso wie die Inszenierungen kleiner Erfolge. Wie ein Pate der Mafia verlangte er von seinen Ministern und Mitarbeitern keine Rechtstreue, sondern »Loyalität«. Er hatte kein Verhältnis zum Rechtsstaat, zur freien Presse und zur freien Wissenschaft. Seine Pressekonferenzen wurden inhaltsleere Agitprop-Veranstaltungen mit Attacken auf die Medien, bevor er sie ganz einstellte. Danach durften Journalisten nur noch Fragen auf dem Weg zu seinem Helikopter stellen. Er beantwortete nur das, was er wollte, fast immer mit Lügen.

Inzwischen kennt die ganze Welt seinen Charakter, die politisch Interessierten kennen auch seine Lebensgeschichte.⁶² Er ist ein pathologischer, bösartiger und brutaler Narzisst; ein notorischer Spieler und Betrüger, Rassist und Sexist. Dazu wurde er in

62 In den vier Jahren seiner Präsidentschaft haben allein die englischsprachigen Verlage mehr als 1000 Bücher über Trump veröffentlicht. Vgl. Martin Thunert, Donald Trump 2017–2021. Die beispiellose Präsidentschaft, in: Christof Mauch (Hrsg.), Die Präsidenten der USA. 46 historische Porträts von George Washington bis Joseph R. Biden, München 2021, S. 498–521, 594–599.

Aus der anwachsenden deutschsprachigen Literatur zu Trump vgl. Stephan Bierling, America First. Donald Trump im Weißen Haus. Eine Bilanz, München 2020; Elmar Thevessen, Die Zerstörung Amerikas. Wie Donald Trump sein Land und die Welt für immer veränderte, München 2020; Florian Böller, Christoph M. Haas, Steffen Hagemann, David Sirakov, Sarah Wagner (Hrsg.), Donald Trump und die Politik in den USA. Eine Zwischenbilanz, Baden-Baden 2020; Tobias Endler, Game Over. Warum es den Westen nicht mehr gibt, Zürich 2020; Michael D'Antonio, Die Wahrheit über Donald Trump, Berlin 2016. Josef Braml, Trumps Amerika – auf Kosten der Freiheit. Der Ausverkauf der amerikanischen Demokratie und die Folgen für Europa, Berlin 2016; Torben Lütjen, Amerika im kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert, Darmstadt 2020.

seiner Familie erzogen. Sein Vater hatte ihn früh gelehrt: »Be a killer.« Er praktizierte deshalb als Präsident jeden Tag, was er in einem brutalen Segment des New Yorker Immobilienmarktes gelernt hatte: neben exzessiver Steuervermeidung vermutlich auch Steuerhinterziehung (das wird sich in Zivilprozessen nach dem Ende seiner Amtszeit herausstellen), eine hochspekulative Investitionspolitik, die ihn mehrfach an den Rand des Bankrotts führte, Nepotismus, Korruption, Zusammenarbeit mit der Mafia und spekulativen Bankern. Er wurde in den letzten Jahren nur noch von der Deutschen Bank unterstützt, US-Banker wollten ihn nicht einmal mehr mit der Kneifzange anfassen. Trump hatte auch deshalb Kontakte zur Mafia, weil Anthony Salerno, genannt »Fat Tony«, der Boss des Genovese-Klans, den Zementmarkt in New York beherrschte und belieferte, auch den »Trump-Tower« in der Fifth Avenue und andere Projekte.

Russische Oligarchen und Kleptokraten halfen Ende der 90er-Jahre, den mit über vier Milliarden Dollar verschuldeten Donald Trump über Wasser zu halten. Das jedenfalls hat der Historiker Timothy Snyder von der Yale University herausgearbeitet.⁶³ Sie gaben Trump Kredite und nutzten seine Immobilien zur organisierten Geldwäsche. Sein Trump-Tower in der Fifth Avenue war nur eins von zwei Gebäuden, das in New York den anonymen Verkauf von Appartements zuließ. Trumps Überleben hing vom Geld russischer Oligarchen ab. Nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung für einen »Trump Tower« in Moskau twitterte er im Juli 2015: »Putin mag Donald Trump.« Vielfältige geschäftliche Verbindungen zwischen Trump und seiner Familie zu russischen Oligarchen, die während seiner Präsidentschaft weiterliefen, der russische Einfluss auf den Wahlkampf 2016 zugunsten Trumps und zur Unterhöhlung der Position von Hillary Clinton, schließlich – möglicherweise – Aufnahmen von Trump mit Prostituierten in Moskau machten ihn als Präsident der USA durch Putin erpressbar. Nur so ist es auch zu erklären, dass Trump Putin kein einziges Mal öffentlich kritisierte, sondern immer Verständnis für die Position des russischen Diktators zeigte, weit mehr, als zum Beispiel für die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, für Angela Merkel. Protokolle vertraulicher Gespräche mit Putin behielt Trump für sich, oder er ließ sie vernichten.

Trump's Mentor war ein berühmter Rechtsanwalt namens Roy Cohn, der von den 50er-Jahren bis in die 80er-Jahre jeden rechtsanwaltlich vertrat, der ihn bezahlen konnte. Cohn hatte seine Karriere als Kommunistenjäger in der McCarthy-Ära begonnen. Er wurde als Anwalt mehrfach angeklagt, unter anderem wegen Erpressung, Bestechung, Aktienbetrug und Meineid. Da er sich immer wieder aus scheinbar aussichtslosen Situationen herausmanövrieren konnte, hielt Trump seinen Anwalt zwar für böse, aber für ein »Genie«. Trump konnte genau beobachten, wie man sich aus bedrängten Lagen wieder befreien konnte. Von Cohn wurde Trump in seinem schon vorhandenen Sozialdarwinismus bestärkt: Gib nie auf, gib nie etwas zu, gehe sofort öffentlich und juristisch zur Gegenattacke über; verklage die, die dich verklagen, um die doppelte Summe; schaffe Schlagzeilen, vor allem Fernsehbilder; spreche emotional und hasserfüllt, appelliere an die niederen Instinkte der Menschen.

⁶³ Vgl. Timothy Snyder, *Der Weg in die Unfreiheit. Russland, Europa, Amerika*, München 2018, S. 223–234.

Trump hat auch deshalb die beiden Amtsenthebungsverfahren blockiert und sofort mit politischen Gegenattacken beantwortet. Cohn musste allerdings erkennen, dass Trump ihn, seinen Mentor, eiskalt fallen ließ, als er krank wurde. Vor seinem Tode im Jahr 1992 sagte er über Trump: »Donald pisses ice water« (gemeint ist etwa: »Donald ist eiskalt«).

Donald Trump, der sein Amt erst mit 70 Jahren antrat, hatte sich in einem langen Leben zu einem Genie der Selbstvermarktung entwickelt, auf dem Immobilienmarkt und als Star in Fernsehshows, besonders in der Show »The Apprentice« mit seiner Lieblingszeile: »You are fired.« Er erkannte: Je mehr er die Mindeststandards zwischenmenschlichen Anstands verletzte, desto größer die öffentliche Wirkung. Er dominierte und manipulierte die marktbasierende öffentliche Sphäre in den USA und dann in der Welt wie kein Politiker vor ihm, er zwang auch den kritischen und feindseligen Medien seine Agenda auf. Je lügenhafter und gewaltbereiter er an die Emotionen und Hassgefühle seiner Zuhörer appellierte, desto frenetischer der Beifall und desto radikaler die Kritik. Das war ihm egal, solange ER im Mittelpunkt stand.

Es ist gar nicht zu unterschätzen, in welchem Maße das System der Lüge die amerikanische Gesellschaft und die öffentliche Sphäre zerstörte.⁶⁴ Er begann seine Lügen als Amtsinhaber schon mit seiner Vereidigung. Er hatte nie vor, seinen Amtseid zu erfüllen, nämlich nach bestem Wissen und Gewissen das Amt des Präsidenten der USA auszufüllen und die Verfassung der USA zu bewahren, zu beschützen und zu verteidigen. Gegen jeden Augenschein behauptete er, dass noch nie so viele Menschen der Amtseinführung eines Präsidenten zugeschaut hätten. Sein Geltungsdrang war so groß, dass es ihn nicht störte, dass die ganze Welt seine Lüge auf dem Bildschirm erkennen konnte. Seine Pressesprecherin sprach von »alternativen Fakten«. Auf der Website des Weißen Hauses findet sich eine lange Liste seiner angeblichen Erfolge – fast alles verdrehte oder lügenhafte Aussagen. Nach einem Lügenzähler der Washington Post hat er in den ersten 1000 Tagen seiner Amtszeit 13.455 falsche oder irreführende Aussagen gemacht. Deshalb hatte der Verfasser dieser Zeilen in einer Botschaft an den Bürgermeister von New York Bill de Blasio vorgeschlagen, neben der nationalen Schuldenuhr in der 44. Straße eine tickende Lügenuhr des Präsidenten aufzustellen, leider ohne Erfolg.

Der öffentliche Gebrauch der Präsidentenlüge als beherrschende Form der Kommunikation, verbunden mit einer systematischen Verunglimpfung seiner Gegner, aller Institutionen der amerikanischen Politik und Gesellschaft und mit dem Heilsversprechen des Führers Donald Trump, das (weiße) amerikanische Volk gegen die inneren und äußeren Feinde zu neuer Größe zu führen – »to make America great (and white) again« –, verschärfte die schon bestehenden Spaltungen und Konflikte in der amerikanischen Politik, Wirtschaft und Kultur, an denen Präsident Obama nur marginal etwas hatte ändern können:

64 Vgl. Philip N. Howard, *Lie Machines. How to Save Democracy from Troll Armies, Deceitful Robots, Junk News Operations, and Political Operatives*, New Haven und London 2020.

- die parteipolitische Spaltung zwischen den Republikanern und Demokraten, die auf die Gesellschaft und die Familien übergreifen hatte;
- die Defizite des politischen Systems der USA: vom antiquierten, nicht repräsentativen, gegenüber Manipulation und Missbrauch offenen Wahlsystem bis zum dysfunktionalen, nur noch Spezialisten zugänglichen Gesetzgebungsverfahren im Kongress bis zum Supreme Court, dessen konservative Mehrheit glaubt, die Rechtsprechung im 21. Jahrhundert nach den Intentionen der Gründungsväter und der Sozialverfassung der 13 Kolonien im 18. Jahrhundert auslegen zu müssen (*original intent*). Dem Land der Freiheit fehlt eine philosophische Letztbegründung des Rechts aus einer Philosophie der Freiheit im Sinne Kants: Nur in einem Rechtsstaat könne die Freiheit des Einen mit der Freiheit des Anderen gewährleistet werden, ohne dass sich die antagonistischen Freiheitsansprüche der Einzelnen gegenseitig aufheben. Weil dieser philosophische Eckstein fehlt, ist der amerikanische Rechtsstaat in vielen Bereichen nur ein »Rechtsmittelstaat«. Die Sklavengesetze in den Einzelstaaten und der unendliche Strom an gesetzesförmigen Unterdrückungsmaßnahmen nach dem Bürgerkrieg waren im freiheitlichen Sinne eben keine Gesetze, sondern Akte der Willkür;
- die Unfähigkeit des Landes, mit seiner Ursünde, dem Rassismus, fertig zu werden, das Versprechen einer multikulturellen Gesellschaft einzulösen und seine innere Globalisierung zu akzeptieren;⁶⁵
- der tiefe und zutiefst spaltende Gegensatz in der Frage, was im 21. Jahrhundert vom Markt und was vom Staat geleistet werden soll, verbunden mit einer enormen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ungleichheit,⁶⁶ auch mit einer massiven Ungleichheit von Aufstiegschancen, die nicht nur zu einer Klassen-, sondern auch zu einer Kastengesellschaft⁶⁷ führt;

65 Zum Problem des Rassismus vgl. die Arbeiten von Manfred Berg, »No, he couldn't!«, in: Die ZEIT 11.8.2016, S. 15. Was ist aus Martin Luther Kings Traum geworden? Amerikas Schwarze Minderheit seit der Bürgerrechtsbewegung, in: Michael Butter, Astrid Franke, Horst Tonn (Hrsg.), Von Selma bis Ferguson. Rasse und Rassismus in den USA. Bielefeld 2016, S. 73–92; Von Barack Obama zu Donald Trump. Martin Luther Kings Traum vor dem Ende?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 67, 18, 2017, 22–28; Begrenzter Handlungsspielraum: Obama und das Problem des Rassismus, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 10, 2, 2017, S. 97–109, <https://doi.org/10.1007/s12399-017-0621-5>.

66 Vgl. Welf Werner, Winfried Fluck (Hrsg.), Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie? Armut und Reichtum in den USA, Frankfurt 2003. Welf Werner, The Trump Phenomenon: Economic Causes and Remedies, in: Heidelberg Center for American Studies (Hrsg.), Annual Report 2018–2019, S. 170–188; ders., Christian Lammert, The Broken Social Contract: The Domestic Roots of US-Hegemonic Decline in the World, in: Florian Böller, Welf Werner (Hrsg.), Hegemonic Transition. Global Economic and Security Orders in the Age of Trump, Basingstoke 2021. Vgl. auch Emmanuel Saez, Gabriel Zucman, Der Triumph der Ungerechtigkeit. Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert, Berlin 2020 (aus dem Amerikanischen). Zu der Ungleichheit in den Städten vgl. Ulrike Gerhard, Die Bedeutung von »Rasse« und »Klasse« im US-amerikanischen Ghetto, in: Geographische Rundschau 66, 5, 2014, S. 18–24; dies., Lost in the Heartland? Strukturwandel und wachsende urbane Ungleichheiten im US-amerikanischen Rustbelt, in: Geographische Rundschau 67, 3, 2015, S. 20–27.

67 Isabel Wilkerson, Caste. The Origins of Our Discontents, New York 2020.

- die zunehmende Zerstörung der Umwelt, der Zerfall der öffentlichen Infrastruktur und die rasant steigende Zahl von Umweltkatastrophen, die die Bevölkerung sehr unterschiedlich trifft;
- die weit auseinanderklaffenden Lebenserfahrungen und Lebensrealitäten in ländlichen und städtischen Regionen der USA, der Kulturkampf zwischen der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten und den Städten;
- die Unfähigkeit der USA, das Monopol legitimer Gewaltsamkeit beim Staat zu zentrieren und die endemische Verbreitung von Schusswaffen in privater Hand zu stoppen (ca. 400 Millionen) und damit eine potenzielle Bürgerkriegsarmee zu entwaffnen;
- die politische Gegenrevolution der Republikaner, die seit der Amtszeit von Präsident Ronald Reagan (1981–1989) systematisch die Gerichte, Parlamente und Regierungen im Sinne ihrer Partei unterwandert. Es ist kein Zufall, dass der verzweifelte Versuch des Repräsentantenhauses vom März 2021, mit einem Reformgesetz (H. R. 1) das Wahlrecht zu verändern, die parteiische und groteske Veränderung von Wahlbezirken (*Gerrymandering*) zu stoppen, den Einfluss des großen Geldes auf die Wahlkämpfe einzudämmen und ethische Mindestanforderungen (!) für die Richter des Supreme Courts, für den Präsidenten und die Exekutive festzuschreiben, auf den massiven Widerstand der Republikaner gestoßen ist. Wer sich ein illusionsloses Bild vom Stand der amerikanischen Demokratie machen will, sollte sich in diesen Gesetzentwurf vertiefen.⁶⁸ Dieser Entwurf wird aber an einer anderen Verfahrensblockade scheitern, an der Obstruktion einer Entscheidung des Senats durch Dauerredner (*Filibuster*). Da kann es schon passieren, dass ein Dauerredner tagelang aus der Bibel vorliest, um eine Entscheidung zu verhindern. Der einzige Sinn des Filibuster besteht darin, die Zustimmungsrate im Senat von 51 auf 60 Stimmen (zwei Drittel) zu erhöhen;
- der zusehends von Identitätspolitik, Reinigungsfantasien und ahistorischem Moralismus beherrschte linke Flügel der Demokraten;
- die Fragmentierung in über tausend Religionsgemeinschaften, die das einigende Band der amerikanischen Zivilreligion – die Dreieinigkeit von »God, Country, and Freedom« – von innen auflöst.

Die große Eine-Million-Dollar-Frage ist natürlich, warum Trump 2016 gewählt wurde und warum er im Jahre 2020 nur ganz knapp verloren hat. Im Jahre 2016 stimmte nur etwas mehr als jeder vierte der 232 Millionen Wahlberechtigten für Trump, nämlich

⁶⁸ 117th Congress, H.R. 1. For the People Act of 2021, <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/house-bill/1/text> (15.3.2021).

fast 63 Millionen oder 27 Prozent und im Jahre 2020 hingegen etwa 74 Millionen der Wahlberechtigten oder etwa 32 Prozent.

Um der Beantwortung dieser Frage näherzukommen, sei mit Trumps Wahlstrategie begonnen: Auf wen zielten seine Emotionen, Lügen und Fake News? Trump bediente den teils offenen, teils versteckten Rassismus seiner Wähler, ihre Überfremdungs- und Statusängste, ihre Verbitterung über die traditionellen Eliten und das aus ihrer Sicht korrupte politische System. Er bediente ihren Hang zu einfachen und, wenn es sein muss, auch gewalttätigen Lösungen. Er bot sich als Führer an, der innen- und außenpolitisch auf den Tisch haut, die »wahren« Interessen des Volkes versteht und es in das Gelobte Land führt. Auf einer Wahlkampfveranstaltung wurde ein Anhänger Trumps gefragt, warum er diesen Präsidenten unterstütze. Seine schlichte Antwort: »Er redet wie wir« (»Because he talks like us«).

Wenn drei Wählergruppen idealtypisch herausgehoben werden, 1. die Gläubigen, 2. die Armen, Unterprivilegierten und Entrechteten und 3. die Reichen, muss zugleich hinzugefügt werden, dass sich Teile dieser Gruppen auch bei den Demokraten oder den Nichtwählern finden.

Die erste Gruppe sind die Evangelikalen. Über ein Drittel der Amerikaner, das heißt über 100 Millionen, werden zu den protestantischen Evangelikalen gerechnet, die den alten protestantischen Kirchen zunehmend das Wasser abgraben. Die Evangelikalen sind Fundamentalisten in dem Sinne, dass sie ihren Glauben allein auf die wortgetreue Auslegung der Bibel als Wort Gottes stützen. Die 2000 Jahre Interpretationsgeschichte einbeziehende Überzeugung vieler Protestanten, dass die Bibel Gottes Wort in Menschenwort sei, können sie nicht teilen. Sie stehen mit der liberalen Tradition Amerikas auf Kriegsfuß, sie verteufeln, im wahrsten Sinne des Wortes, Scheidung, Ehebruch, Abtreibung und Homosexualität, sie kämpfen deshalb gegen die rechtliche Trennung von Staat und Kirche, einen Eckpfeiler der amerikanischen Verfassung. Alle von den Fundamentalisten geförderten Initiativen in der Justiz-, Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik sind diesen Zielen untergeordnet. Als christliche Zionisten unterstützen sie außerdem Israel aus theologischen Gründen bedingungslos.

Trump hat die Evangelikalen mehr durch Zufall im Wahlkampf entdeckt. Er war verblüfft, dass seine republikanischen Konkurrenten immer Gott an ihrer Seite wussten. Deshalb lud er die Führer der wichtigsten evangelikalen Religionsgemeinschaften in den Trump-Tower in New York ein und versprach ihnen, alle ihre Wünsche zu erfüllen, auch personell. Um dieser Versprechungen willen haben sie die nicht sehr christlichen Charaktereigenschaften des Präsidenten ignoriert. In der Tat ernannte er Mike Pence, einen fanatischen Evangelikalen, zum Vizepräsidenten; und er hielt, wie von den Evangelikalen erwünscht, eisern an der Wahl eines konservativen Bundesrichters fest, nämlich Brett Kavanaugh. Auch Außenminister Pompeo und Justizminister Barr waren Evangelikale. Als sie seine christliche Glaubwürdigkeit prüfen wollten, log er natürlich über seinen angeblich regelmäßigen Kirchenbesuch. Als sie ihn nach dem Abendmahl fragten, erinnerte er sich daran, »drinking my little wine and having my little cracker«.⁶⁹

⁶⁹ John Fea, *Believe Me. The Evangelical Road to Donald Trump*, Grand Rapids 2018, S. 3; vgl. Philip Gorski, *Am Scheideweg. Amerikas Christen und die Demokratie vor und nach Trump*, Freiburg in Breisgau, 2020 (aus dem Amerikanischen).

Die zweite große Gruppe ist die weiße Unterklasse und untere Mittelklasse, obwohl man hinzufügen muss, dass ein Viertel der Wähler Trumps nicht weiß waren.⁷⁰ Sie sind Opfer der enormen sozialen und politischen Ungleichheit im Lande. 33 Prozent der sogenannten »blue collar worker«, das heißt der Menschen ohne College-Abschluss, sind weiß. Diese Schicht lebt oft in äußerst prekären Verhältnissen, immer am Rande des Absturzes. 60 Prozent der Amerikaner leben von Lohnüberweisung zu Lohnüberweisung. Ein einziges Ausbleiben der monatlichen Zahlung kann sie in eine soziale Katastrophe stürzen. Auch im Hinblick auf die Quote der Beschäftigten ist die Statistik von geringer Aussagekraft, das Gleiche gilt für das Durchschnittseinkommen. Das liegt statistisch bei 75.000 Dollar jährlich. Die 122 Millionen Amerikaner am unteren Ende der Einkommenspyramide (die unteren 40 Prozent) aber verdienen durchschnittlich nur 18.500 Dollar jährlich. Sie machen für die krasse Ungleichverteilung in den USA und ihre prekäre Situation nicht in erster Linie das amerikanische ökonomische und kulturelle System verantwortlich, wie linke Demokraten, sie fühlen sich als Opfer der Globalisierung und finsterner, fremder Mächte.

Die Einkommensungleichheit wird noch verschärft durch ein regressives Steuersystem. Die unteren 40 Prozent der Bevölkerung müssen auf ihr Einkommen am Rande des Existenzminimums noch 25 Prozent Steuern bezahlen, die untere mittlere Schicht 28 Prozent, die Reichen nur ganz wenig mehr. Für die reichsten 400 Milliarden fällt der Steuersatz dann wieder auf 23 Prozent. Im Ergebnis bedeutet das, dass die »Trumps« »Zuckerbergs« und »Buffets« einen niedrigeren Steuersatz haben als ihre Sekretärinnen. Zum ersten Mal seit über einem Jahrhundert gibt es dieses Missverhältnis zwischen den Milliardären und ihren Sekretärinnen.⁷¹

Ihre Kinder haben keine Chance, eine gute Ausbildung zu bezahlen. Die amerikanischen Studenten sind höher verschuldet als alle Hausbesitzer. Die Krankenversicherung, wenn sie überhaupt eine besitzen, wird sehr schnell zum Schweizer Käse. Der epidemische Drogen- und Opiumverbrauch in den USA hängt auch damit zusammen, dass diese Unterklasse, aus der gesetzlich vorgeschriebenen Notaufnahme entlassen, nur für wenige Tage schmerzlindernde Tabletten bekommen, dann müssen sie sich Drogen auf dem Markt besorgen. Sie sind deshalb immer auf der Suche nach Sündenböcken und nach einem »Führer«, der sie endlich aus der Misere befreit. Und das versprach ihnen Trump. Trump lieferte ihnen in brutaler Sprache und in miserablen Englisch die Sündenböcke: Die Nationen, die auf Kosten der USA ihre unfairen Handelsprofite machen; die Einwanderer und Flüchtlinge, die die Jobs wegnehmen. Seine Reden sind, wie gesagt, gespickt mit rassistischen Anspielungen, besonders, aber nicht nur, gegen die Afroamerikaner. Er instrumentalisiert geschickt die Ursünde Amerikas, den Rassismus.

Die dritte Gruppe der Trump-Anhänger sind reiche Amerikaner, die von der Geld- und Kreditschwemme ebenso profitieren wie von der Steuerpolitik der Republikaner. Sie folgen in erster Linie weiter ihren Interessen, sie hatten die Wahlkampfkasse

⁷⁰ Vgl. Charles M. Blow, *The Devil You Know. A Black Power Manifesto*, New York 2021, S. 212.

⁷¹ Vgl. Emmanuel Saez, Gabriel Zucman, *The Triumph of Injustice. How the Rich Dodge Taxes and How to Make Them Pay*, New York 2019.

Trumps für die Präsidentenwahl 2016 und 2020 prall gefüllt. Die Lebenswirklichkeit der 24,8 Millionen Golfspieler in den USA im Jahre 2020 (davon 6 Millionen Frauen) auf 14.100 Golfplätzen zum Beispiel unterscheidet sich fundamental von der Wirklichkeit der armen ländlichen und städtischen Bevölkerung. In diesen Bastionen der Republikaner sind die meisten Golfer felsenfest davon überzeugt, dass sie Kraft eigener Leistung und harter Arbeit ihren Wohlstand selbst verdient haben. Ihre einzige Dauerklage sind zu hohe Steuern. Sie haben alle vergessen, dass sie 1960 noch knapp 60 Prozent Steuern bezahlt haben. Nur in diesem Milieu verbringt Trump seine – außerordentlich großzügig bemessene – Freizeit. Ihren Beitrag zum Gemeinwohl wollen sie auf keinen Fall über einen aktiven Staat und Steuern leisten, sondern durch freiwillige Mildtätigkeit (*charity*). Unter den großen amerikanischen Mäzenen ist ein Distinktionsgewinn ohnehin nicht mehr allein durch die Größe des verdienten, sondern ebenso des gespendeten Geldes zu erreichen. Für viele religiöse Republikaner verpflichtet der weltliche Erfolg zu Mildtätigkeit, der immer noch als ein Zeichen göttlicher Gnadenwahl gedeutet werden kann (Max Weber). Bekannt ist die Aussage eines der größten Stifter aller Zeiten, Andrew Carnegie, der der Schande entgehen wollte, reich zu sterben.

Die amerikanischen Mäzene stehen in vieler Hinsicht in der Tradition der größten Stifterpersönlichkeit der Frühen Neuzeit, Jakob Fuggers, eines Bankiers und Unternehmers aus Augsburg, eines Global Players seiner Zeit, der mit Papst und Kaiser auf Augenhöhe verkehrte und auf dem Höhepunkt seines europäischen Einflusses 1519 mit seinen Brüdern eine völlig neue, bürgerliche Armeneinrichtung stiftete, die bis heute bestehende »Fuggerei«. Die Fugger waren, wie heute die Amerikaner, immer auf der Suche nach »den fleißigen, doch armen Mitbürgern«. Auf keinen Fall durfte die Mildtätigkeit bei Faulenzern, Trunkenbolden, Dieben und Gewalttätern landen. Dieser bürgerliche Geist der freiwilligen Mildtätigkeit zwischen Markt und Staat ist auch die Grundlage für die weltweiten, von den USA gegründeten »Service Clubs« (*We Serve*) wie Lions und Rotary, die Soroptimisten und Zontas. Im Schnitt spenden die Amerikaner pro Person sieben Mal so viel wie die Deutschen.⁷² Inzwischen hat sich dank der Blasen auf den Finanz- und Kapitalmärkten so viel wirtschaftliche Macht bei den großen Stiftern angehäuft, dass diese selbst Menschheitsprobleme lösen wollen, die die verschuldeten Staaten und internationalen Hilfsorganisationen nicht bewältigen können. Ein prominentes Beispiel sind Bill und Melinda Gates, die Armut, Krankheiten und Ungleichheit in der Welt bekämpfen.

Die Demokraten dagegen hatten größere Mühe, ihre Kasse für die Vorwahlen und Wahlen zu füllen. Es gibt nur vergleichsweise wenige reiche Amerikaner, die traditionell die Demokratische Partei unterstützen. Viele von ihnen waren zutiefst besorgt, dass die Partei einen Linken oder eine Linke zum Präsidentschaftskandidaten

72 Statista Research Department, Vergleich des Spendenvolumens in Deutschland und den USA (in Euro pro Einwohner pro Jahr), Statista 2009, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/371777/umfrage/spenden---vergleich-des-spendenvolumens-in-deutschland-und-den-usa/> (29.3.2021). Vgl. Detlef Junker, Stiftung und Mäzene in geschichtlicher Perspektive – eine nichtgehaltene Laudatio auf Manfred Lautenschläger, in Dr. h. c. Manfred Lautenschläger. Festschrift zum 70. Geburtstag, Heidelberg, o.J., S. 68–72.

ernennen könnte, den bzw. die sie alle für Sozialisten oder Kommunisten halten. Denn eine soziale Marktwirtschaft im europäischen Sinn ist auch für reiche Demokraten nicht vorstellbar. Auch sie sind von der uramerikanischen Überzeugung geprägt, dass die beste Regierung keine Regierung sei.

Wenn man die am Rande des Existenzminimums lebende und oft in die Illegalität abgedriftete Unterschicht mit den auf Steuervermeidung fixierten Reichen vergleicht, scheint Hegels Erkenntnis über den »armen« und den »reichen« Pöbel als größte strukturelle Gefährdung der bürgerlichen Gesellschaft in der Neuen Welt Anschauung und Nahrung zu finden. Beim armen und beim reichen Pöbel gäbe es ein gestörtes Rechtsverständnis.⁷³

*

Aufmüpfige Republikaner hat Trump weitgehend in der Tasche. Er drohte und droht Abgeordneten und Senatoren, in ihren Wahlkreisen seine Anhänger gegen sie zu mobilisieren. Deshalb ist die Republikanische Partei ein Schatten ihrer selbst geworden. Die große Frage ist, durch welche Taten Trump ihre Loyalität überhaupt verlieren könnte. Durch Amtsenthebungsverfahren und einen Sturm auf das Kapitol offensichtlich nicht.

Einen fast bodenlosen Hass hegt Trump gegen seinen Vorgänger Barack Obama. Der intelligente und charismatische Obama ist für den Rassisten Trump eine lebende Provokation. Trump hatte nach der Wahl Obamas geholfen, eine Verschwörungstheorie in die Welt zu setzen, wonach Obama nicht in den USA geboren und deshalb kein rechtmäßiger Präsident der USA sei (*birtherism*). Obama hielt diese Verschwörungstheorie zunächst für zu absurd, um dazu Stellung zu nehmen. Erst als diese Theorie immer populärer wurde, ließ er eine Bestätigung seiner Geburt (*Certification of Live Birth*) veröffentlichen, wonach er am 4. August 1961 in Honolulu auf Hawaii geboren wurde.

Dann aber nutzte Obama am 1. Mai 2011 ein gesellschaftliches Großereignis in Washington D. C., um Trump zu demütigen und ihn der Lächerlichkeit preiszugeben, was Trump nie verwinden konnte. Die beim Weißen Haus akkreditierten Journalisten luden jährlich – bis zum Ende der Amtszeit Obamas – den jeweiligen Präsidenten und eine ausgewählte Öffentlichkeit von bis zu 2000 Personen zu einem Dinner ein, um sich gegenseitig mit Kritik, Witz, Satire und Humor zu bespiegeln. Wie alle Gesellschaften dieser Art war auch dieses Dinner eine kollektive Selbstbedeutungszusprechung – man gehörte eben dazu. Donald Trump und seine Frau Melania waren an den Tisch der Washington Post gebeten worden. Präsident Obama erfüllte seine Rolle blendend, mit Selbstironie, Witz, feinen Anspielungen und ausgewählten Lobpreisungen (während zeitgleich die Vorbereitungen zur Tötung Bin Ladens am nächsten Tag liefen). Obama kündigte an, dass der Staat nun seine Geburtsurkunde in Langform veröffentlichen würde, er selbst das offizielle Video seiner Geburt. Dann begrüßte

⁷³ Vgl. Klaus Vieweg, Hegel. Der Philosoph der Freiheit, München 2. Aufl. 2020, S. 513, 768; vgl. Jürgen Kaube, Hegels Welt, Berlin 2020.

er einen der geistigen Väter der Verschwörungstheorie, Donald Trump. Niemand sei jetzt glücklicher als Trump, der die Geschichte mit der Geburtsurkunde nun zu Grabe tragen könne, um sich einer neuen Aufgabe zu widmen, nämlich dem Beweis, dass die Mondlandung eine »Fake News« gewesen sei. Der Saal bebte vor Gelächter, der tief gedemütigte Trump verließ die Veranstaltung, um dort nie wieder zu erscheinen.

Allerdings wird ihm berichtet worden sein, dass Obama bei seinem letzten Korrespondenten-Dinner am 1. Mai 2016, mitten im Wahlkampf, erneut gegen ihn ausholte. Er müsse unbedingt noch einmal über Trump sprechen, obwohl er sich verletzt fühle, weil dieser nicht erschienen sei. Was mache Trump wohl zurzeit? Ein Trump-Steak essen oder Angela Merkel über Twitter beleidigen? Das Establishment der Republikanischen Partei sei geschockt, weil Trump keine Erfahrung in der Außenpolitik habe. Dazu müsse er aber in aller Fairness sagen, dass Trump sich mit führenden Persönlichkeiten der Welt getroffen habe: Miss Sweden, Miss Argentina und Miss Azerbaijan. Auf einem Feld aber sei Trumps Erfahrung unbezahlbar, beim Schließen von Guantanamo (dem U.S.-Hochsicherheitsgefängnis für Terroristen auf Kuba). Trump habe doch Erfahrung darin, Seegrundstücke in den Ruin zu treiben.⁷⁴

Trump's Hass auf Obama, eine Konstante seiner ganzen Amtszeit, hat eine Wurzel auch in den Demütigungen durch Obama vor der gesellschaftlichen Elite Washingtons, die ihn ohnehin verachtete, weil sie auf diesen ordinären, prunksüchtigen und lügenhaften Neureichen herabschaute. Trump ist nie in der New Yorker und Washingtoner Gesellschaft angekommen, neben Steuervermeidung ein wichtiger Grund, dass er sich nach Florida zurückzog, wo er sich, wie einst Napoleon auf Elba, auf eine Rückkehr an die Macht vorbereitet.

Donald Trump und die Zerstörung der amerikanischen Weltführungsrolle

Während Donald Trump die USA in der Innenpolitik in eine Vor-Bürgerkriegssituation trieb und die Spaltung der Gesellschaft vertiefte, ruinierte er die Stellung der USA in der Weltpolitik in atemberaubender Geschwindigkeit. Die globale Entgrenzung des nationalen Interesses der USA, die große Konstante der US-Außenpolitik seit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg, die unteilbare Sicherheit, den unteilbaren Weltmarkt und die unteilbare Freiheit konnte er nicht einmal denken. Die USA blieben zwar in der Präsidentschaft militärisch und wirtschaftlich in der Welt präsent, aber zu irgendeiner Art von »Weltpolitik« war Trump unfähig. Vier Jahre lang produzierte Trump Chaos in der amerikanischen Außenpolitik unter dem Stichwort »America First«.

⁷⁴ Barack Obama, The President's Speech, White House Correspondents' Dinner, 1.5.2011, <https://obamawhitehouse.archives.gov/blog/2011/05/01/president-s-speech-white-house-correspondents-dinner> (25.3.2021); ders., »The President's Speech«, White House Correspondents' Dinner 1.5.2016, <https://time.com/4313618/white-house-correspondents-dinner-2016-president-obama-jokes-transcript-full/> (25.3.2021).

Das lag nicht nur an seinem Narzissmus, sondern auch an seiner völligen Unfähigkeit, die Außenwelt, das heißt die anderen Staaten, Gesellschaften und internationalen Organisationen in ihrer Eigenart überhaupt wahrzunehmen. Er übertrug seine Erfahrungen aus der Immobilienbranche und dem U.S.-Showbusiness auf die Welt und begegnete immer nur sich selbst. Zugleich beraubte er durch seine Personalpolitik die Ministerien und Institutionen der Globalmacht USA ihres Wissens über die Welt. Das galt für das Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium, für den nationalen Sicherheitsrat, für die US-Botschaften und Konsulate, auch für die Vertretung der USA in den globalen Organisationen. Trumps Einzug ins Weiße Haus bedeutete auch für die US-Außenpolitik eine feindliche Übernahme durch die »Trump Enterprises«.

In der Außenpolitik müsse er sich, so Trump, von niemandem belehren lassen, außer von seinem Bauchgefühl. Desillusionierte Mitarbeiter beklagten, dass er auch in der Außenpolitik nur die Aufmerksamkeitsspanne eines 13-Jährigen habe. Seine viel beschriebene »America First«-Strategie war nichts anderes als die Übertragung seiner sozialdarwinistischen Erfahrungen in der gnadenlosen New Yorker Immobilienszene auf die Weltpolitik. Es ging ihm nie um »America First«, sondern um »Trump First«. Weil er die Welt nicht kannte, nahm er sie als feindliche Außenwelt wahr, die die Amerikaner, wenn er nicht aufpasste, weiter betrügen und ruinieren würde. »Mein Job ist nicht, die Welt zu repräsentieren, mein Job ist, die Vereinigten Staaten zu repräsentieren«, so verkündete er am 1. März 2017 in seiner ersten Botschaft an den Kongress.⁷⁵ Das erste hat nie ein US-Präsident von sich behauptet, das zweite ist eine Selbstverständlichkeit, nämlich die Aufgabe seines Amtes. Die Absicht dieser sinnfreien Gegenüberstellung war die Unterstellung, dass sein Vorgänger Obama nicht die Interessen der USA vertreten habe und ein vaterlandsloser Geselle gewesen sei. Der zweite Teil seiner Botschaft an den Kongress war eine brutale Abrechnung mit der Politik seines Vorgängers.

Ein neues Kapitel amerikanischer Größe, so Trump, werde beginnen, die Fehler der letzten Jahrzehnte dürften nicht die Zukunft des Landes bestimmen. Die USA hätten ein globales Projekt nach dem anderen begonnen, aber das Schicksal der Kinder in den Innenstädten von Chicago, Baltimore und Detroit ignoriert; die USA hätten die Grenzen anderer Staaten geschützt, aber die eigenen Grenzen für jedermann weit geöffnet; die USA hätten Milliarden jenseits der Meere (»overseas«) ausgegeben, während die Infrastruktur zu Hause zusammengebrochen sei; aber dann, im Jahre 2016 (mit seiner Wahl) habe sich die Erde unter den Füßen der Amerikaner bewegt, Millionen von Amerikanern seien erwacht, vereint in der sehr einfachen, aber entscheidenden Forderung, dass Amerika seine eigenen Bürger an die erste Stelle treten lassen müsse, nur dann könne Amerika wirklich zu neuer Größe geführt werden (»Truly Make America Great Again«). Um dieses Leitmotiv gruppierte Trump seine innen- und außenpolitischen Forderungen. In der Innenpolitik präsentierte er eine Wundertüte, deren Inhalt die USA wieder großartig machen werde, um das Land in

⁷⁵ Donald Trump, Remarks by President Trump in Joint Address to Congress, 28.2.2017, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-joint-address-congress/> (29.3.2021).

neun Jahren – bei seiner 250-Jahr-Feier im Jahr 2026 – in neuem Glanz erstrahlen zu lassen.

Zu seinen wichtigsten innenpolitischen Forderungen gehörte die Abschaffung von Obamas Gesundheitsreform Obamacare, die Reduzierung von Gewalt und Kriminalität, das Ende der Korruption, die Senkung von Steuern, eine Teil-Privatisierung des Schulsystems, die Verstärkung der Polizei, das Ende vieler unnötiger Umweltauflagen und der Bau neuer Öl-Pipelines. Er versprach, den »Export von Arbeitsplätzen und des amerikanischen Wohlstands« in das Ausland zu stoppen, das von Obama ausgehandelte Transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) aufzukündigen, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, um Einwanderer und Terroristen, besonders aus muslimischen Ländern, zu stoppen. Die Entscheidung, China 2001 in die WTO aufzunehmen, habe die USA 60.000 Fabriken gekostet. Auch an die zukünftige Außenpolitik im Allgemeinen heftete er ein Preisschild. Die USA würden sich in der Welt nur »direkt, robust und nachhaltig« engagieren, wenn die Partner in der NATO, im Mittleren Osten und im Pazifik ihren »fairen Anteil an den Kosten tragen würden«. Trumps in Jahrzehnten gewachsene Obsession, dass der Rest der Welt auf Kosten der USA trittbrettfahre, war ein Leitmotiv seiner ersten Botschaft an den Kongress.

Was bei Donald Trump vom ersten Tag an fehlte, war ein Wissen um und Verständnis für die amerikanische Sendungsidee der Freiheit, von der Unterstützung von Menschenrechten irgendwo auf der Welt ganz zu schweigen. Dieser Aspekt des »liberalen Internationalismus« gehörte nicht zu seinem sozialdarwinistischen Menschenbild. Im Verhältnis zur Rhetorik seines Vorgängers Barack Obama, ja fast aller Präsidenten im 20. und 21. Jahrhundert, hatte die Außenpolitik Trumps keine ideelle, freiheitliche Dimension. Die amerikanische Sendungsidee war in seiner Präsidentschaft nirgends auf der Welt mehr präsent.

Auch von der globalen amerikanischen Sicherheitspolitik, der unteilbaren Sicherheit, hatte Trump keine Ahnung, wie Verteidigungsminister James Mattis, Außenminister Rex Tillerson und viele andere inner- und außerhalb des Kabinetts schon in den ersten Monaten seiner Amtszeit mit Entsetzen feststellen mussten. Trump hatte keine Geschichtskennntnisse und große Probleme mit der Weltkarte. Von den Grundlagen amerikanischer Weltpolitik nach 1945, den US-Bündnissystemen und der globalen militärischen Präsenz der US-Streitkräfte wusste er kaum etwas. Er hatte auch in der Weltpolitik nur »Bauchgefühle«; wenn seine spontanen »Einfälle« kritisiert wurden, verfiel er in Wutanfälle. Offensichtlich waren für ihn die weltweite militärische Präsenz, die Basen und Allianzen reine Geldverschwendung; auch deshalb, weil die Verbündeten als Trittbrettfahrer der amerikanischen Großzügigkeit zu wenig zahlten. Wenn man überhaupt an den Bündnissen festhalte, dann sollten alle mehr dafür bezahlen, um den Betrug an den USA zu stoppen. Während er schnell versuchte, gute Beziehungen zu Diktatoren und autoritären Regimen aufzubauen, um einen »Deal« von Führer zu Führer einzufädeln, stellte er nicht nur den Sinn der NATO infrage, sondern war auch geneigt, US-Truppen aus Südkorea und Afghanistan abzuziehen.

Die aufs höchste alarmierten Militärs und Minister hatten eine rettende Idee, nämlich Trump in das Allerheiligste des Pentagons einzuladen, den legendären Raum 2E924, genannt »Der Tank«, in dem die hohe Generalität den Ton angibt und

Strategien zu Krieg und Frieden entwickelt und visualisiert. Verteidigungsminister James Mattis, Außenminister Rex Tillerson sowie Gary Cohn, der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates, und andere hofften, den Präsidenten mit Präsentationen, Karten, Diagrammen und Reden zu überzeugen. Um seine Aufmerksamkeit zu erregen, wurde in viele Dokumente einfach der Name Donald Trump hineingeschrieben. Diese Sitzung wurde in jeder Hinsicht eine Katastrophe.⁷⁶ Schon der erste Satz auf dem Bildschirm verkündete genau das, was Trump zutiefst hasste: »Die regelbegründete Nachkriegsweltordnung ist das größte Geschenk der größten Generation.« Unter der »größten Generation« werden in den USA gern die Sieger des Zweiten Weltkriegs verstanden. General Mattis hielt überdies einen Vortrag über die bedeutende Rolle der NATO für die Stabilisierung Europas, was wiederum der Sicherheit der USA diene. Steve Bannon, damals noch ein wichtiger Berater Trumps, Einflüsterer, Lenin-Bewunderer und ebenfalls »großer Ruinierer«, schwante schon nach den ersten Sätzen Unheil. Das gehe schief. Trump wäre nicht einmal im Stande, den Begriff »regelbegründete Nachkriegsweltordnung« zu sagen, wenn sein Leben davon abhänge. So denke er einfach nicht.

Eineinhalb Stunden wurde Trump nicht nur über die globale Sicherheitslage informiert, sondern auch über den Nutzen des Freihandels. Trump, wie immer von einer kurzen Aufmerksamkeitsspanne geplagt, reagierte zusehends genervt, unterbrach, wann es ihm gerade einfiel, und gab sein Weltbild zu Protokoll, wonach er während seiner Präsidentschaft tatsächlich handelte. Den Staatsmännern und Politikern in der Welt wären viele Enttäuschungen erspart geblieben, wenn das Protokoll dieser Sitzung ihnen am Anfang der Amtszeit Trumps zugänglich gemacht worden wäre.

Um nur einige der wichtigsten Positionen von Trump zu nennen: Südkorea solle das von den USA entwickelte Raketenverteidigungssystem selbst bezahlen, obwohl es ballistische Raketen aus Nordkorea abschießen sollte, um Südkorea *und* die US-Streitkräfte zu schützen. Außerdem könne er die Bedrohung durch nordkoreanische Atomraketen ganz einfach durch ein Abkommen mit dem Diktator Kim Jong-un aus der Welt schaffen: »Hier geht es doch bloß um Führer gegen Führer. Mann gegen Mann. Ich gegen Kim.« Auch die NATO sei wertlos. Die NATO-Staaten schuldeten den USA haufenweise Geld. Dies sei einfach ein »Zahlungsrückstand«, den die USA nicht eintrieben. Wenn ein Unternehmen so geführt würde, wäre es längst bankrott. Daraufhin wagte General Mattis sogar, seinem Präsidenten zu widersprechen. Die NATO-Partner schuldeten den USA keine »Miete«. Die Verhältnisse seien kompliziert. Vor allem müsse der Präsident den großen Zusammenhang sehen, denn die NATO schütze nicht nur Westeuropa, sondern auch die USA. Dann versuchte Cohn, Präsident Trump den Wert von Handelsverträgen zu erläutern. Trump bestritt alle Argumente Cohns und erklärte, er solle ihm nur nicht mit Freihandel kommen. Das laufe total schief. »Die bescheißen uns. Alle Arbeitsplätze sind weg. Die bescheißen uns.« Trump wiederholte auch die Drohung, das Atomabkommen mit dem Iran

⁷⁶ Das mehrfach dokumentierte Treffen ist am ausführlichsten dargestellt in Philip Rucker, Carol Leonnig, Trump gegen die Demokratie. »A very stable genius«, Frankfurt 2020 (aus dem Amerikanischen), Kapitel 9; vgl. auch Bob Woodward, Furcht: Trump im Weißen Haus, Reinbek 2018 (aus dem Amerikanischen); ders., Rage, London 2020.

aufzukündigen. Das sei der schlechteste Deal aller Zeiten. Die Iraner würden betrügen und Atombomben bauen. Schließlich griff Trump die Militärs auch persönlich an. Er verlange eine Erklärung, warum die USA den Krieg in Afghanistan nach 16 Jahren noch immer nicht gewonnen hätten. Das sei ein »Verliererkrieg«. Er redete sich in Rage und sagte den anwesenden Militärs: »Ihr seid alle Verlierer. Ihr wisst gar nicht mehr, wie man gewinnt.« Er brüllte die versammelten Militärs an und holte zu einer unerhörten Beleidigung aller Menschen im Raum aus: »Ihr seid nichts als Weicheier und Babys.« Das mussten sich die Militärs, die in ihrer langen Karriere mehrfach ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, von einem Drückeberger sagen lassen, dem ein befreundeter Arzt bescheinigt hatte, er habe Knochensporne an beiden Fersen und könne deshalb keinen Militärdienst in Vietnam leisten.

Keiner der anwesenden Militärs hatte den Mut, Trump direkt zu widersprechen, auch nicht Vizepräsident Mike Pence, der kreidebleich festsäß, wie ein »Reh im Scheinwerferlicht«. Nur Außenminister Rex Tillerson, der langjährige Vorstandsvorsitzende von ExxonMobil, wagte Trump zu kritisieren und leitete damit das Ende seiner kurzen Amtszeit als US-Außenminister ein. Was der Präsident sage, sei nicht richtig, er liege völlig falsch. »Die Männer und Frauen, die sich entscheiden, Soldaten zu werden, tun dies nicht, um Söldner zu werden. Das ist nicht der Grund, warum sie Uniformen anziehen und ihr Leben riskieren ... Sie tun das, um unsere Freiheit zu verteidigen.« Als Präsident Donald Trump mit seiner Wagenkolonne verschwunden war, hielt Tillerson mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg: »Er ist ein verdammter Vollidiot (fucking moron).«

Dieser »verdammte Vollidiot« griff überall in der Welt »von Führer zu Führer« in die US-Sicherheitspolitik ein, obwohl er vermutlich nicht ein einziges Memorandum zur Sicherheitspolitik gelesen hat. Gelegentlich wurden Versatzstücke dieser Memoranden von seinem Apparat in seine Reden hineingeschmuggelt. Man konnte aber nie wissen, wie weit diese Elemente seine eigenen, flüchtigen Ansichten widerspiegelten. Das gilt zum Beispiel für seine Rede vor den Vereinten Nationen am 9. September 2017, als er das brutale und terroristische Regime Nordkoreas zu einer Bande von Kriminellen und zu einer Geißel der Menschheit erklärte.⁷⁷ Er habe möglicherweise keine Wahl, als Nordkorea völlig zu zerstören. Über den Diktator Kim Jong-un sagte er: »Rocket Man is on a suicide mission for himself and for his regime.« Die Denuklearisierung Nordkoreas sei der einzig gangbare Ausweg. Vor ähnlichen Entscheidungen stehe er nicht nur in Nordkorea, sondern auch gegenüber dem Iran, den vielen terroristischen Organisationen und dem kriminellen Regime von Baschar Hafiz al-Assad.

Trump war überzeugt, dass er die meisten dieser Probleme von »Führer zu Führer« lösen könne, mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un, dem russischen Präsidenten und Diktator Putin, dem chinesischen Diktator Xi Jinping und dem türkischen Alleinherrscher Erdogan. Ein Schlüsselproblem der NATO lag für ihn auch darin, dass er keinen »Führer« der NATO fand – das wäre er eigentlich selbst – und

⁷⁷ Vgl. Politico, Full text: Trump's 2017 U.N. speech transcript, 19.9.2017, <https://www.politico.com/story/2017/09/19/trump-un-speech-2017-full-text-transcript-242879> (6.4.2021).

deshalb je nach Gelegenheit unterschiedliche Staatschefs beleidigen musste, etwa Emmanuel Macron oder Angela Merkel. Der diplomatische NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg konnte immer ein wenig Mäßigung in Trumps eitle Adern träufeln. Ein besonderes Beispiel seines Umgangs mit anderen »Führern« war sein Verhältnis zu Kim Jong-un. Trotz seiner frontalen Attacke auf Nordkorea vor den Vereinten Nationen war Trump davon überzeugt, dass er das überragende Sicherheitsproblem der USA im Pazifik, das Atom- und Raketenprogramm Nordkoreas, im persönlichen Gespräch entschärfen könne. Durch einen »Deal« mit Kim wollte er Obama übertreffen und einen – wirklich verdienten – Friedensnobelpreis erhalten.

Nordkorea hatte schon Mitte der 1960er-Jahre begonnen, ein Nuklearprogramm zu entwickeln. Obwohl das Land 1985 dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) beigetreten war, hatte es weiterhin kontinuierlich an der Verbesserung seines Nuklearprogramms gearbeitet, 2003 trat es aus dem NVV wieder aus.⁷⁸ Das Nuklearprogramm sollte das Überleben der Kim-Dynastie sichern. Nur wer zu einem atomaren Vergeltungsschlag fähig sei, werde von den USA nicht angegriffen. Die Schicksale des Syriers Baschar Hafiz al-Assad und des Libyers Muammar al-Gaddafi waren aus der Perspektive Kims abschreckende Beispiele. Außerdem erhöht der Status einer Atommacht das Prestige und die politischen Optionen Nordkoreas, insbesondere das Erpressungspotenzial des Landes gegenüber den amerikanischen Verbündeten Japan und Südkorea. Auch die strategischen Interessen Chinas sind von diesem Programm existenziell betroffen.

Keinem Präsidenten vor Trump war es gelungen, das Problem der Nuklearmacht Nordkoreas zu lösen. Trump wollte es jetzt auf spektakuläre Weise in persönlichen Gesprächen schaffen. Damit gab er einem der blutrünstigsten Diktatoren einen Platz auf der Weltbühne, von dem sein Vater und Großvater nicht einmal zu träumen gewagt hatten. Trump leugnete nicht, dass Kim gewalttätig und böse sei. Aber, so Trump gegenüber dem Journalisten und Historiker Bob Woodward, Kim erzähle ihm alles, er wisse alles über ihn. Kim habe seinen Onkel getötet und den Kopf abgehackt. Dann habe er dessen toten Körper dort postiert, wo die nordkoreanischen »Senatoren« vorbeilaufen mussten. Der abgehackte Kopf habe auf der Brust gelegen, das sei hart. »Wissen Sie, die Leute denken (ja schon), dass die Politik in diesem Lande (den USA) zu hart sei.«⁷⁹

Um seine Treffen mit Kim in Singapur, Hanoi und auf der Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea vorzubereiten, schrieben sich Präsident und Diktator viele Briefe: Kim allein 27 Briefe an Trump, die der Präsident als »Liebesbriefe« bezeichnete, voller schwülstiger Schmeicheleinheiten über ihre einmalige, weltgeschichtliche Größe. Das hinderte Trump aber nicht daran, Kim an das Schicksal Gaddafis zu erinnern, wodurch die Verhandlungen schon vor ihrem Beginn beinahe gescheitert wären. Aber weder Zuckerbrot noch Peitsche halfen, auch der globale Medienrummel, den Trump genoss, lief ins Leere. Kim wich keinen Millimeter von seiner

78 Vgl. Oliver Thränert *Des Kaisers neue Kleider: Trump und Nordkorea*, in: Florian Böller, Christoph M. Haas, Steffen Hagemann, David Sirakov, Sarah Wagner (Hrsg.), *Donald Trump und die Politik in den USA. Eine Zwischenbilanz*, S. 291–306.

79 Bob Woodward, *Rage*, 2020, S. 184.

maximalen Position ab. Trump aber log, wie immer, in einem Tweet am 13. Juni 2018. Es gäbe keine nukleare Bedrohung durch Nordkorea mehr. Obama habe gesagt, dass Nordkorea das größte und gefährlichste Problem der USA sei: »No longer, sleep well tonight«, versicherte er den Amerikanern. Wieder beherrschte eine Präsidentenlüge die Schlagzeilen. Als Trump dann auch noch zum großen Entsetzen der Südkoreaner und der amerikanischen Militärs ankündigte, er persönlich werde die Sicherheit Nordkoreas garantieren und gemeinsame Manöver mit den Südkoreanern beenden, versuchte General Mattis diese Anordnung Trumps mit vielen Tricks zu verwässern. Es kam erneut zu einer typischen Diskussion zwischen Mattis und Trump. Er, Trump, frage sich, warum die USA überall in der Welt die Terroristen bekämpfen. Damit die Terroristen, so die Antwort von Mattis, nicht wieder die USA angriffen. Das bedeutet, so Trump, dass wir die Terroristen »überall in der Welt bekämpfen müssten«. Nein, so Mattis, das bedeute dies nicht.⁸⁰

Dieses Muster der lügengetriebenen und realitätsentleerten »Sicherheitspolitik« zeigte sich bei Trumps Interaktionen mit allen »Führern« der Welt. Er hat nicht ein einziges Sicherheitsproblem der USA auf der Welt gelöst. Abgesehen von seiner Grundüberzeugung, dass die USA überall betrogen würden, gab es in seiner Amtszeit keine erkennbare und durchgehaltene Definition des außenpolitischen Interesses der USA, obwohl er die Leerformel von den »wahren Interessen« ständig im Munde führte. Selbst das Wort »Isolationismus« hatte in seiner Amtszeit keinen geopolitischen Sinn – ganz im Gegenteil etwas zu den Isolationisten in den 30er-Jahren, die das vitale Interesse der USA auf die westliche Hemisphäre, den halben Atlantik und den halben Pazifik begrenzen wollten.⁸¹ Trump dagegen intervenierte, wo es ihm gerade einfiel. Es ist sinnlos, ihm die »Grand Strategy« eines Isolationismus zuzuordnen, er bewegte sich auf der Weltbühne wie ein Elefant im Porzellanladen.

Trump entfremdete die traditionellen Bündnispartner in Europa und Asien, zerstörte die wichtigste Währung in der internationalen Politik, das Vertrauen, zog die USA aus internationalen Abkommen und Organisationen zurück und unterhöhlte damit die Grundlage der amerikanischen Weltführungsrolle; annullierte rachedurstig die Regierungsabkommen, die Obama unterschrieben oder weit vorangebracht hatte, zum Beispiel das Pariser Klimaabkommen, das Nuklearabkommen mit dem Iran, das transatlantische und transpazifische Handelsabkommen. Er legte die WTO von innen lahm, drohte damit, Artikel 5 der NATO, die automatische Beistandsverpflichtung, zu kündigen und Truppen aus Deutschland abzuziehen. Er lieferte die Kurden der Türkei aus, er ermutigte seinen jüdischen Schwiegersohn Jared Kushner darin, durch den Umzug der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem und andere Maßnahmen die Hoffnung auf eine Lösung des Nahostkonflikts endgültig zu zerstören. Er unterstützte ein Abkommen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Sudan und Marokko, genannt »Abraham-Abkommen«. Dazu wurden alle drei Staaten bestochen: die Emirate mit einem Waffenhandel; Marokko mit dem Versprechen, die Annexion der Westsahara zu unterstützen; der Sudan wurde von der

80 Vgl. ebd., S. 106–111

81 Vgl. die Kapitel 6 bis 8 in diesem Band.

Liste der »Staatsterroristen« genommen. Kushner hielt, ganz in der Tradition seines Schwiegervaters, den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern für ein »reines« Immobilienproblem.⁸² Die Konfrontation mit dem Iran hätte in einem Krieg enden können. Auch gegenüber China und Russland entwickelte sich nie eine konstante Strategie. Putin und Xi müssen es als einen Glücksfall der Weltgeschichte angesehen haben, diesen »Vollidioten« im Weißen Haus zu wissen.

Auch für Trump gilt die alte Weisheit: Nur wer das Mögliche denkt, erkennt das Wirkliche. Eine zweite Amtszeit Trumps hätten die NATO und andere internationale Organisationen vermutlich nicht überlebt, die USA wären als militärischer und wirtschaftlicher Anker der Welt ausgefallen, der Einfluss von Diktatoren in Eurasien noch schneller gestiegen. Es ist vorstellbar, dass Trump in einer Situation angenommener Schwäche nukleare Waffen eingesetzt hätte, Europa ohne militärischen Schutz und offene Märkte in eine tiefe Krise geraten wäre. Auch den großen Menschheitsfragen hätte Trump sich in seiner zweiten Amtszeit nicht zugewandt: der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, Überbevölkerung, Korruption, der Gefährdung der Demokratie durch Digitalisierung und Fake News, der Pandemie und last but not least dem Klimawandel.

Wenn jemand einen Weltüberlebensnobelpreis verdient hätte, dann sind es die US-Wähler, die eine zweite Wahl von Donald Trump ganz knapp verhindert haben.

Donald Trump und der unteilbare Weltmarkt

Am stolzesten war Trump auf das, was er für die amerikanische Wirtschaft geleistet hatte. Auf diesem Gebiet fühlte er sich trotz der Achterbahn seines Berufslebens als Fachmann. Er war ja in erster Linie angetreten, um die Welt daran zu hindern, Amerika weiter zu »bescheißen«.

Es gab tatsächlich ein Gebiet, auf dem ihm keiner etwas vormachen konnte, ein Eckpfeiler seines Geschäftsmodells: die Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Neben der Mauer gegen Mexiko und dem Stopp der Einwanderung gab es in keinem anderen Politikfeld eine größere Übereinstimmung zwischen der Republikanischen Partei und ihm als in dem Vorsatz, Steuern zu senken. Er persönlich profitierte von der Steuerreform 2017, die die mittleren Einkommen um bis zu 800 Dollar entlastete, das oberste 1 Prozent aber um das 64-Fache.⁸³

Wenn es um die Selbstdarstellung seines wirtschaftlichen Genies ging, ließ Trump sich gern an den steigenden Aktienkursen messen, obwohl man daran zweifeln darf, dass diese Kurse ein Gradmesser für die Gesamtwirtschaft und den Wohlstand aller Bürger sind. Denn in den USA besitzt nur die Hälfte der amerikanischen Familien überhaupt Aktien, das reichste Viertel aber 90 Prozent. Deshalb ist die Entlastung durch die Steuerreform überwiegend nicht in die Entwicklung der Realwirtschaft

82 Vgl. Michelle Goldberg, Kushner's Absurd Peace Plan Has Failed, New York 17.5.2021, <https://www.nytimes.com/2021/05/17/opinion/us-israel-palestine-jared-kushner.html> (21.5.2021).

83 Vgl. Anabelle Körbel, Das Präsidentenduell, in: brand eins, 26.2.2021 <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2021/frei-arbeiten/das-praesidentenduell> (13.4.2021).

oder in die Verbesserung der maroden Infrastruktur gegangen, sondern förderte den Kauf weiterer Aktien durch ohnehin Vermögende.

Auch in einer anderen Einstufung belegt Trump die letzte Stelle, obwohl es unter Wirtschaftswissenschaftlern höchst umstritten ist, ob der Einfluss eines Präsidenten auf das Wachstum der US-Volkswirtschaft überhaupt messbar ist. In einer neuen, vergleichenden Studie der New York Times über das jährliche Wachstum des Bruttosozialprodukts und der Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft von 14 Präsidenten seit Roosevelt im Jahre 1933 bis zur Gegenwart landet Trump überall auf dem letzten Platz, Obama auf dem 10. und 9. Platz. Das Wachstum sei unter den demokratischen Präsidenten seit 1933 im Schnitt um 4,6 Prozent, unter den republikanischen Präsidenten um 2,4 Prozent gestiegen.⁸⁴

In einem anderen Bereich ist Trumps Bilanz bestenfalls gemischt, bei Handelsverträgen und Zöllen. Im Wahlkampf und als Präsident trat er mit großer Rhetorik als Merkantilist auf. Er werde das Handelsbilanzdefizit der USA, besonders gegenüber China und Deutschland, beseitigen, sich notfalls mit Strafzöllen der Währungsmanipulation anderer Länder entgegenstellen und alle »unfairen« Handelsabkommen kündigen, die – *nota bene* – alle von amerikanischen Regierungen und Präsidenten im wohlverstandenen Interesse der USA abgeschlossen worden waren. Trump fand für seine »Voodoo Economics« einen bis dahin unbekanntem Ökonomen, der schon lange Trumps Zorn über die angebliche Ausbeutung der USA geteilt hatte, Peter Navarro. Er hatte 2011 ein Buch »Death by China« veröffentlicht und war davon überzeugt, dass die USA ihre Interessen nicht mehr »auf dem Altar des Welthandels« opfern sollten. Navarro wurde einer von Trumps wichtigsten Einflüsterern. Der Präsident machte Navarro im Weißen Haus zum Direktor eines neu geschaffenen Office of Trade and Manufacturing Policy (OTMP). Navarro wurde in der gesamten Amtszeit Trumps nie gefeuert.

Am dramatischsten entwickelte sich aber in der Amtszeit von Präsident Donald Trump die toxische Kombination von explodierender Geld- und Kreditmenge auf den Kapitalmärkten einerseits und explodierenden Staatsschulden andererseits bei gleichzeitiger, von Trump und den Republikanern forcierter Steuersenkung für die Reichen und Superreichen, die die Steuergeschenke nutzten, um ihr Portfolio an Aktien, Anleihen und spekulativen Finanzprodukten zu erhöhen. Die Zentralbanken der USA, Japans, Großbritanniens und der Europäischen Union, die »Glorreichen Vier« haben seit der großen Finanzkrise 2008 mehr als 13 Billionen Dollar in die Wirtschaft gepumpt, von den »normalen« Banken ganz zu schweigen.⁸⁵ Wenn es um Finanzspritzen gehe, werde ihnen die Munition nicht ausgehen, verkündete Jerome Powell, der Vorstand der US Federal Reserve. Er hatte sich vermutlich ein Vorbild an dem in den USA viel bewunderten Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, genommen, der schon 2012 versprochen hatte, so viel Schulden zu finanzieren, wie es notwendig sei (»whatever it takes«). Das Zeitalter des »magischen

84 Vgl. David Leonhardt, Yaryna Serkez, A better U.S. economy under Democrats. Annual growth rate from highest to lowest, New York Times, 10.2.2021, S. 8–10.

85 Vgl. Sebastian Mallaby, The Age of Magic Money, July-August 2020, <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-05-29/pandemic-financial-crisis> (21.5.2021).

Geldes« hat begonnen. Auch Finanzminister können die Staaten neu verschulden, wenn sie durch die nationalen Parlamente ermächtigt werden. Für Politiker, die wiedergewählt werden wollen, ist die Versuchung dazu fast unwiderstehlich. Denn sie werden durch den fundamentalen Tauschakt jeder Demokratie – Wahlversprechen gegen Wählerstimmen – immer wieder dazu verführt.

Institutionen in Deutschland wie der Bundesrechnungshof und das Bundesverfassungsgericht, die diesen Schuldenrausch mit wirtschaftlichen und rechtlichen Argumenten eindämmen wollen, gelten in der angelsächsischen Finanzwelt als hoffnungslos altmodisch, als nicht auf der Höhe der Zeit, nur unzureichend vertraut mit den neuesten Finanzprodukten. Als der Verfasser dieser Zeilen einem Banker in New York ähnliche Zweifel vortrug, lächelte er milde und sagte: »Detlef, please, remember we are living in a monied economy«. Die Aktienkurse aller Firmen haben nur noch am Rande etwas mit ihrer tatsächlichen Produktivität zu tun. Sie werden von den Erwartungen der Anleger gesteuert, die von der Finanzblase leben. Die zehn größten Vermögensverwalter kommen alle aus den USA, mit Blackrock und Vanguard an der Spitze.⁸⁶

Die Staatsverschuldung der USA ist in der Zeit von Donald Trump weiter explodiert, von 104 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu Beginn seiner Amtszeit auf 131 Prozent bis zum Ende seiner Amtszeit. Zur Bekämpfung der Corona-Epidemie und seiner volkswirtschaftlichen Folgen wird die Staatsverschuldung in den USA noch einmal dramatisch ansteigen, das gilt auch für die Europäische Zentralbank und die europäischen Staaten. Die US-Zentralbank hat ihre politische Unabhängigkeit schon längst verloren, sie ist nicht nur für »Wall Street«, sondern auch für »Main Street« der Kreditgeber letzter Hand geworden. Der nächste große Crash ist vorprogrammiert. Die Finanzblase kann irgendwann und irgendwo platzen ... und die »Analysten« werden sich noch am Vorabend darüber streiten, warum die Zinsen nicht steigen oder sich darüber wundern, dass beim Anstieg des Leitzinses um 1 Prozent die Börsen in Panik geraten. Selbst renommierte Wirtschaftswissenschaftler warnen: »Der Teufelskreis der gegenseitigen Abhängigkeiten von Banken und Staaten dreht sich zehn Jahre nach Beginn der Eurokrise fröhlich weiter. Die Banken sind dabei, ihre essenzielle Rolle in der Verteilung von Kapital zu verlieren.«⁸⁷

Parallel zur steigenden Verschuldung ist auch unter Trump der amerikanische Einfluss auf die Weltfinanzwirtschaft gestiegen. Fast zwei Drittel der Devisenreserven aller Zentralbanken werden in Dollar gehalten, der chinesische Yuan bringt es nur auf 2 Prozent. Der Dollar bleibt die globale Reservewährung. Sparer überall auf der Welt wollen den Dollar aus dem gleichen Grund, warum Schüler auf der ganzen Welt die englische Sprache lernen: Beides wird überall gebraucht. Die Fähigkeit der USA, sich sicher und billig Geld zu leihen, ist ein Ausdruck der Dollar-Stärke als Reservewährung der Welt. Neben dem Krieg oder der Androhung von Krieg ist deshalb der Dollar die härteste Waffe der amerikanischen Außenpolitik. Das amerikanische Finanzsystem hat heute mehr Macht über Länder und Völker als je zuvor.

86 Vgl. Markus Frühauf, Furcht vor der Macht von Blackrock, in: F.A.Z., 14.4.2021, S. 25.

87 Oliver Bäte, Lars Feld, Was die EZB jetzt tun muss, in: F.A.Z. 20.6.2021, S. 22.

Außerdem werden die digitalen Serviceleistungen der Welt von den wirtschaftlichen Infrastrukturgroßmächten der USA dominiert: Microsoft, Google, Facebook, Apple und Amazon. China, Russland und in bescheidenen Ansätzen Europa versuchen, diesen Vorsprung zu verkürzen.

Die amerikanisch-deutschen Beziehungen 2009–2021

Die amerikanisch-deutschen Beziehungen von 2009 bis 2021 in den Amtszeiten der Präsidenten Barack Obama und Donald Trump auf der einen Seite, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der anderen Seite des Atlantiks waren in hohem Maße vorgeformt und nachgeprägt durch eine Reihe von weltgeschichtlichen Ereignissen und Entwicklungen vor ihrer Amtszeit: durch das Ende des Kalten Krieges, die Wiedervereinigung Deutschlands, den Zusammenbruch und Zerfall der Sowjetunion in den Jahren 1989 bis 1991, durch eine Revolution in Europa; durch die Reaktion der USA auf den Terrorangriff am 11. September 2001, eine halbe Revolution in der US-Weltpolitik, nämlich den Versuch, aus der Weltführungsrolle des Westens im Kalten Krieg in eine globale Weltvorherrschaftsrolle (*primacy*) hineinzuwachsen.⁸⁸

Beide Revolutionen hatten zur Folge, dass für die USA nach zwei Weltkriegen und dem Kalten Weltkrieg die deutsche Frage gelöst war. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 entstand ein Deutschland, wie es sich die USA seit Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 immer gewünscht hatten.⁸⁹ Es war kein Zufall, dass die Regierung von Präsident Bush dem Älteren auf westlicher Seite die deutsche Wiedervereinigung möglich machte, die an den Europäern gescheitert wäre. Seitdem spielt Deutschland in der Erinnerungskultur der Amerikaner – neben Japan – eine besondere Rolle, als Paradebeispiel für die weltgeschichtliche Bedeutung der amerikanischen Sendungsidee der Freiheit. Auf der anderen Seite erwarten die USA seit der Wiedervereinigung, insbesondere nach 9/11, dass Deutschland als »neuer Partner« im Großen und Ganzen den Interessen und Werten der einzig verbliebenen Supermacht der Welt folgt. Die USA definierten auch gegenüber Deutschland ihre Interessen im Rahmen der unteilbaren Sicherheit, des unteilbaren Weltmarkts und der unteilbaren Freiheit. Schon in den 1990er-Jahren, als der Autor dieser Zeilen in Washington D. C. lebte, war die immer wiederkehrende Frage, was die wiedervereinten Deutschen nun für die gemeinsame Sache des Westens tun würden. Die wohlklingende Formel von Bush dem Älteren, dass die beiden Staaten in Zukunft als »Partners in Leadership« zusammenarbeiten sollten, bedeutet aus amerikanischer Sicht allerdings nicht, dass sich zwei Staaten auf »Augenhöhe« gegenüberstehen würden, sondern dass Deutschland insgesamt die amerikanischen Interessen und Werte in Europa und der Welt unterstützen werde. Trotz aller Rhetorik der Freundschaft und Kooperation, die die US-Diplomatie, ganz besonders in der Präsidentschaft Obamas, auf

⁸⁸ Vgl. Kapitel 11, 12, 14, 15 in diesem Band; vgl. Till Karmann, Simon Wendt, Tobias Endler, Martin Thunert (Hrsg.), *Zeitenwende 9/11? Eine transatlantische Bilanz*, Opladen 2010; Philipp Gassert, *11. September 2001*, Stuttgart 2021.

⁸⁹ Vgl. Kapitel 2 in diesem Band.

allen Kontinenten meisterhaft beherrschte, gab es aus amerikanischer Perspektive in der Realpolitik mit Deutschland keine »Augenhöhe«. Die Weltführungsrolle der USA stand in Washingtons Korridoren der Macht nie infrage. Genau auf dieses Machtgefälle konnte die selbst äußerst machtbewusste deutsche Kanzlerin Angela Merkel sehr empfindlich reagieren. Sie forderte auch gegenüber den USA das, was sie nicht haben konnte: Gleichberechtigung und eine »Begegnung auf Augenhöhe«. Das Gebaren der Globalmacht USA empfand die deutsche Kanzlerin – zu Recht – sehr oft als »Herrschaftsdiplomatie«.⁹⁰

Das vergebliche Annahmen einer »Augenhöhe« mit den USA hat spätestens seit der Regierungserklärung Gerhard Schröders, des Kanzlers einer rot-grünen Koalition, vom 10.11.1998 Tradition. Er sprach vom »Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlt«⁹¹ – eine schöne Projektion der sozialdemokratischen Idee der Gleichheit auf die Hierarchie der internationalen Machtpolitik. Im Rahmen der rechtlichen Konstruktion einer europäischen »Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (ESVP), die es bis heute de facto nicht gibt, erklärte Außenminister Joschka Fischer im Dezember 2000, durch ein Bündnis mit Europa hätten die USA die Chance zu einer »echten globalen Partnerschaft«.⁹² Er formulierte die alte Hoffnung einer transatlantischen Allianz auf zwei Pfeilern, die den Kalten Krieg wie ein Schatten begleitet hatte. Im heißen Wahlkampf 2002 führte Kanzler Gerhard Schröder die Bundesrepublik in die schwerste Krise der amerikanisch-deutschen Beziehungen seit der Wiedervereinigung, als er erklärte, dass Deutschland nicht der »Koalition der Willigen« zu einem Krieg gegen den Irak beitreten werde.⁹³ Es kam zu einem schweren Konflikt mit Präsident Bush. Außenminister Joschka Fischer klagte im Mai 2002: »Bündnispartnerschaft unter freien Demokratien reduziert sich nicht auf Gefolgschaft, Bündnispartner sind nicht Satelliten.«⁹⁴

Der Herbst 2002 und das Frühjahr 2003 gehörten zur außenpolitischen Prägephase von Angela Merkel,⁹⁵ als es um Krieg und Frieden ging und Kanzler Gerhard Schröder auf dem Opernplatz in Hannover Bush entgegenschleuderte, Deutschland werde unter seiner Führung im Irak nicht zu »Abenteuern« zur Verfügung stehen, obwohl »wir« zur Solidarität bereit seien. In Goslar verschärfte Schröder noch einmal die Tonart: Deutschland werde sich nicht für eine Intervention aussprechen, selbst wenn die UNO dafür stimme. Schröder war, wie schon erwähnt, Geist vom Geiste des Präsidenten Bush. Bush erklärte, was immer die UNO entscheidet, wir gehen rein; Schröder erklärte, was immer die UNO empfiehlt, wir bleiben draußen. Außenminister Joschka Fischer ließ den US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in einer

90 Vgl. Stefan Kornelius, Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt, Hamburg 2013, S. 121–151.

91 Zitiert nach: Stephan Bierling, Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart, München 2014, S. 79.

92 Ebd. S. 92.

93 Ebd. S. 97.

94 Ebd.

95 Kornelius, Angela Merkel, S. 131.

berühmten Sitzung der Münchner Sicherheitskonferenz wissen: »Mr. Secretary, we are not convinced.«⁹⁶

Die Vorsitzende der CDU und Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Angela Merkel, war zu dieser Zeit entschieden anderer Meinung. In einem Meinungsbeitrag in der *Washington Post* vom 20.2.2003 versicherte sie den Amerikanern, dass Kanzler Schröder nicht für alle Deutschen spreche.⁹⁷ Sie rechtfertigte den Krieg der USA gegen den Irak in einer Eindeutigkeit, wie es von der späteren Kanzlerin nie wieder zu hören war. Angesichts der Feindseligkeit und Verachtung gegenüber Präsident Bush in der deutschen Öffentlichkeit, besonders bei den Linken und Grünen, positionierte sich Angela Merkel im proamerikanischen Lager, zugleich kritisierte sie die französische Regierung und Präsident Jacques Chirac. Selten könne man, so Angela Merkel, die Erfahrung des Endes einer Epoche und den Beginn einer neuen erleben. Der Fall der Mauer und 9/11 seien die beiden revolutionären Ereignisse, die Europa und die USA dazu zwängen, die Grundlagen ihrer Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik neu zu definieren. Europa übernehme einerseits im Kosovo und in Afghanistan neue Verpflichtungen: Auf der anderen Seite sei Europa in vielen Fragen geteilt, möglicherweise sogar tief gespalten. Der wichtigste Grundsatz für die deutsche Politik müsse sein: Deutschland solle nie wieder allein handeln. Diese Lehre sei von der deutschen Bundesregierung beiseitegeschoben worden ... aus wahltaktischen Gründen. Diese Anklage kam fast einem Dolchstoß in den Rücken der Berliner Regierung gleich, ausgeführt in der Zentrale der westlichen Führungsmacht. Möglicherweise erinnerte sie sich daran, wie erfolgreich der Dolchstoß gegen ihren Ziehvater, Kanzler Helmut Kohl, mit einem Beitrag in der *F.A.Z.* gewesen war.

Die Gefahr aus dem Irak, so Angela Merkel, sei erstens keine Fiktion, sondern real. Zweitens müsse Europa zusammen mit den USA mehr Verantwortung übernehmen, um den internationalen Druck gegen Saddam Hussein aufrechtzuerhalten. Das bedeute die Befürwortung militärischer Gewalt als letztes Mittel, um die Beschlüsse der Vereinten Nationen auszuführen. Es sei wahr, dass der Krieg nicht zu einem normalen Mittel der Politik werden solle, um politische Konflikte zu lösen. Aber die Geschichte Deutschlands und Europas im 20. Jahrhundert halte besonders eine Lehre bereit: Selbst wenn militärische Gewalt nicht die – normale – Fortsetzung der Politik mit anderen Mittel sei, dürfe man sie nie ausschließen oder infrage stellen, so wie es die deutsche Regierung getan habe: als letztes Mittel, um mit einem Diktator umzugehen. Jeder, der militärische Gewalt als letztes Mittel ausschließe, schwäche den Druck, der gegenüber Diktatoren aufrechterhalten werden müsse, sonst mache man den Krieg nicht weniger wahrscheinlich, sondern wahrscheinlicher. Angela Merkel endete mit einem Lobpreis der gemeinsamen Sicherheit Europas und der USA. Die USA seien die einzig verbliebene Supermacht; dennoch sei sie auf eine gemeinsame Sicherheitsallianz angewiesen. Deutschland brauche auch die Freundschaft mit Frankreich, aber die Vorteile dieser Freundschaft könnten nur realisiert werden

⁹⁶ Ebd., S. 130–132.

⁹⁷ Angela Merkel, *Schroeder Doesn't Speak for All Germans*, *Washington Post*, 20.2.2003, <https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/2003/02/20/schroeder-doesnt-speak-for-all-germans/1e88b69d-ac42-48e2-a4ab-21f62c413505/> (21.5.2021).

mit den alten und neuen Partnern (im Osten) und innerhalb der transatlantischen Allianz mit den USA. Eine weitere Breitseite feuerte sie gegen die französische Regierung und Präsident Jacques Chirac, einen wendigen Politiker ohne tiefe europäische Überzeugungen, der in den diplomatischen Wirren vor dem Angriff auf den Irak US-Boykott-Maßnahmen gegen Frankreich heraufbeschworen hatte.⁹⁸ Der japanophile Chirac, der in seiner politischen Laufbahn 45-mal nach Japan geflogen war und eine Leidenschaft für die arabische Welt verspürte, hatte große Findungsprobleme im transatlantischen Verhältnis. Einmal hatte er den Amerikanern vorgeschlagen, das NATO-Kommando im Mittelmeer den Franzosen zu unterstellen. »Als Chirac, der sich in der Region besser auskennt und mit Saddam einstens befreundet war, ein Veto im UNO-Sicherheitsrat androhte, beschließen die USA, Frankreich zu bestrafen, doch Deutschland unter Schröder dank des Einflusses von Condoleezza Rice (der US-Sicherheitsberaterin) zu vergeben.«⁹⁹

Deutschland und die unteilbare Sicherheit

Der Beitrag der deutschen »Friedens- und Zivilmacht« zur gemeinsamen Verteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses, eines Eckpfeilers der globalen, unteilbaren Sicherheit der USA, war und ist ein explosives Problem in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dieses Problem speist sich nicht nur aus der Logik der internationalen Sicherheitsbeziehungen, sondern auch aus einem *clash of expectations*, aus einem Konflikt der Erwartungen. Die Amerikaner erwarten von den Deutschen einen substanziellen Beitrag zur Verteidigung. Für viele Deutsche dagegen war mit dem Ende des Kalten Krieges zumindest in Europa der ewige Friede ausgebrochen. Deutschland schien in Europa nur noch von Freunden umgeben zu sein. Wenn außerhalb Europas überhaupt ein deutscher militärischer Beitrag geleistet werden müsse, dann nur als friedenserhaltende Stabilitätsmaßnahme. Das deutsche Parlament scheute und scheut bei der Entsendung deutscher Truppen das Wort »Krieg« wie der Teufel das Weihwasser. Der Truppenabzug der Amerikaner und die parallele Entwicklung der Bundeswehr führen bis heute zu großen Spannungen in den amerikanisch-deutschen Beziehungen.

Folgt man den mit großem Aufwand erhobenen Daten waren von 1945 bis 2000 ungefähr 22 Millionen Angehörige der US-Streitkräfte in Deutschland stationiert: Soldaten, ziviles Unterstützungspersonal (*servicemen*) und Familienangehörige. Diese Präsenz war die größte friedenserhaltende und sicherheitsspendende Mission der gesamten Weltgeschichte.¹⁰⁰ 2019, während der Androhung Trumps, Truppen aus Deutschland abzuziehen, waren noch 38.000 US-Soldaten in Deutschland stationiert,

⁹⁸ Vgl. Albrecht Rothacher, Das Unglück der Macht. Frankreichs Präsidenten von de Gaulle bis Macron, Berlin 2020, S. 441–475.

⁹⁹ Ebd. S. 471.

¹⁰⁰ Vgl. Dewey A. Browder, Population Statistics for U.S. Military in Germany, 1945–2000, in: Thomas W. Maulucci Jr., Detlef Junker (Hrsg.), GIs in Germany. The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence, New York 2013, S. 351f.

mehr als in jedem anderen europäischen Land. Das US European Command (EUCOM) im Süden Stuttgarts koordiniert die Streitkräfte in 51 Ländern. Außerdem gibt es in Deutschland mehrere US-Basen, teilweise für Einsätze, die über Europa hinausgehen. Die zurückgekehrten GIs waren für Jahrzehnte besondere Botschafter der Bundesrepublik in ihrer Heimat. In den entlegensten Winkeln der USA konnte man an einer Bar ehemalige Soldaten treffen, die von Ramstein, Heidelberg, Rothenburg o. d. Tauber, dem Chiemsee und dem Münchner Oktoberfest schwärmten. Eine besondere Gruppe waren die drei Millionen afroamerikanischen GIs, die in der Bundesrepublik einen »Hauch von Freiheit« erlebt hatten. Ein nicht unerheblicher Teil von ihnen engagierte sich deshalb nach der Rückkehr in die USA in der Bürgerrechtsbewegung, im Kampf gegen den strukturellen Rassismus in den USA.¹⁰¹ Das Zentrum der globalen amerikanischen Militärstrategie für die Sicherheit Eurasiens, des internationalen Handels und die Offenhaltung der Seewege bleibt die nukleare Triade. Die USA haben mit Abstand die höchsten Militärausgaben der Welt (778 Milliarden Dollar im Jahr 2020), gefolgt von China, Indien, Russland und dem Vereinigten Königreich.¹⁰²

Die Personalstärke der Bundeswehr dagegen ist von knapp 480.000 im Jahr 1991 auf 183.969 im Jahre 2020 reduziert worden, davon können maximal 10.000 Soldaten für Einsätze zur Verfügung gestellt werden. Nach der Wende mussten auch noch die Reste der Nationalen Volksarmee der DDR, die sich nicht aufgelöst hatten, integriert werden, ca. 90.000 Soldaten und Soldatinnen und 50.000 zivile Mitarbeiter.¹⁰³ Diese Bundeswehr wurde mehrfach verkleinert und immer neu gegliedert, weil sie eine Armee ohne klaren militärischen Auftrag war. Sie verschliss seit der Wiedervereinigung sieben Verteidigungsminister und zwei Verteidigungsministerinnen. Auf Anregung eines charismatischen Hochstaplers und Plagiators aus Bayern, Karl Theodor zu Guttenbergs, wurde auch noch die Wehrpflicht abgeschafft, was unter seinem Nachfolger Thomas de Maizière am 1. Juni 2011 zum Gesetz wurde. Auch Kanzlerin Angela Merkel hielt die Abschaffung der Wehrpflicht für einen angemessenen Beitrag zur »Schuldenbremse« in der Finanz- und Bankenkrise. Immerhin hatte zu Guttenberg als erster Minister gewagt, in Afghanistan von »kriegsähnlichen Zuständen« zu sprechen; eine mutige Tat angesichts des dominanten Pazifismus in der deutschen Bevölkerung und der Tatsache, dass im August 2010 64 Prozent der Deutschen für einen Abzug aus Afghanistan plädierten. Jetzt, zehn Jahre später, hat der Abzug begonnen. Nach einer vollständig gescheiterten »Polizeimission« haben

101 Vgl. Maria Höhn, Martin Klimke, *A Breath of Freedom. The Civil Rights Struggle, African American GIs, and Germany*, New York 2010.

102 O.A., *World military spending rises to almost \$2 trillion in 2020*, in: SIPRI 26.4.2020, <https://www.sipri.org/media/press-release/2021/world-military-spending-rises-almost-2-trillion-2020> (21.5.2021).

103 Zur Entwicklung der Bundeswehr gibt es einen eigenen Forschungszweig. Vgl. Wilfried von Bredow, *Armee ohne Auftrag. Die Bundeswehr und die deutsche Sicherheitspolitik*, Zürich 2020; Sönke Neitzel, *Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte*, Berlin 2020; Klaus Naumann, *Einsatz ohne Ziel? Von der Politikbedürftigkeit des Militärischen*, Hamburg 2008; Hans-Peter Bartels, *Deutschland und das Europa der Verteidigung. Globale Mitverantwortung erfordert das Ende militärischer Kleinstaaterei*, Bonn 2020; Volker Stanzel, *Die ratlose Außenpolitik und warum sie den Rückhalt der Gesellschaft braucht*, Bonn 2019; Constantin Wißmann, *Bedingt einsatzbereit. Wie die Bundeswehr zur Schrottmee wurde*, München 2019.

die Polizisten das Land schon verlassen.¹⁰⁴ Die Demokratisierung des Landes ist völlig gescheitert. Das war schon 2001 vorhersehbar.¹⁰⁵

Die Bundeswehr schwankte strategisch zwischen einer Strategie der Landes- und Bündnisverteidigung in Europa (Ukraine, Krim, Litauen, Kosovo, Mittelmeer) einerseits; potenziell globalen Out-of-Area-Einsätzen in Westafrika (Westsahara, Mali), Ostafrika (Sudan, Somalia, Horn von Afrika), im Nahen Osten (Türkei, Syrien, Libanon, Irak, Katar, Kuwait) und Asien (Afghanistan) andererseits. Der Satz von Verteidigungsminister Peter Struck ist legendär geworden: »Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt« – und nicht nur in Hindelang.

Die deutschen Streitkräfte waren ständig von Personalmangel, schweren Defiziten in der Ausrüstung und chronischen Problemen mit der Rüstungsindustrie einerseits und der Beschaffungsverwaltung andererseits geplagt, sie hatten zu kämpfen mit bürokratischem Leerlauf, Kompetenzstreitigkeiten, Beförderungstopps und fehlenden Ressourcen, vor allem aber mit der fehlenden Unterstützung der Bevölkerung. Besonders die Beschaffungsverwaltung und die skandalösen Mängel der Ausrüstung ramponierten das Ansehen der Bundeswehr. Während der Jahresbericht 2016 des Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels die Schwächen der Bundeswehr in seinem Bericht an den Bundestag schonungslos aufdeckte, produzierte die Bundesregierung im gleichen Jahr ein »Weißbuch«, ein »Wortmaskenkostümverleih« (Karl Kraus) zur »vernetzten Sicherheit«.¹⁰⁶

Präsident Barack Obama, der, wie berichtet, einen Tag vor der Verleihung des Friedensnobelpreises beschlossen hatte, die US-Truppenstärke in Afghanistan um 30.000 Soldaten und Soldatinnen zu erhöhen, und dem amerikanischen Volk zugleich versprach, dass auch die anderen NATO-Staaten ihren Beitrag von 10.000 Soldaten leisten würden, war zunehmend desillusioniert über die mangelnde Unterstützung der anderen NATO-Mitglieder, besonders Deutschlands unter der Führung von Kanzlerin Angela Merkel. Schließlich ließ er seinen Verteidigungsminister Robert Gates von der Leine, der am 10. Juni 2011 bei einem NATO-Treffen in Brüssel zu einer harten Attacke gegen die NATO-Verbündeten ausholte. Er kritisierte scharf die Schwächen der NATO in Afghanistan und beim Luftangriff auf Libyen, an dem sich Deutschland in letzter Minute geweigert hatte teilzunehmen. Er betonte die Notwendigkeit, die politischen und militärischen Fähigkeiten zu verbessern, wenn die NATO überhaupt überleben wolle, und warnte vor der wachsenden Schwierigkeit, die gegenwärtige Unterstützung für die NATO in den USA aufrechtzuerhalten, wenn der amerikanische Steuerzahler weiter die Hauptlast tragen müsse. Sowohl in Libyen als auch in Afghanistan hätten die Europäer versagt, weil sie die eigenen Streitkräfte zu wenig unterstützten. Obwohl die NATO – ohne die amerikanischen Soldaten – zwei Millionen Soldaten in Uniform habe, habe die Allianz zeitweise große Mühe,

104 Vgl. Peter Carstens, Das abrupte Ende einer Polizeimission, in: F.A.Z., 4.5.2021, S. 4 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-abruptes-ende-der-deutschen-polizeimission-17323785.html> (21.5.2021).

105 Vgl. Kapitel 14 in diesem Band.

106 Vgl. Hans-Peter Bartels, Drucksache 18/10900, Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, S. 4–51; Weißbuch 2016 zur Sicherheit und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016. <https://www.bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barrierefrei-data.pdf>.

eine Streitmacht von 25.000 bis 40.000 Mann zusammenzustellen. Trotz des Drucks auf die Haushalte hielten Präsident Obama und er – Gates – es für einen großen Fehler, wenn die USA sich aus ihrer globalen Verantwortung zurückzögen, das gelte für Asien und Europa. Aber so gehe es nicht weiter. Während des Kalten Krieges hätten die USA ca. 50 Prozent der NATO-Kosten getragen, aber zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Berliner Mauer trügen sie 75 Prozent. Nur fünf Verbündete – die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Griechenland und Albanien – würden die vereinbarten 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts für die Verteidigung ausgeben.

Seit dieser Rede von Gates vermint die Zahl von 2 Prozent die amerikanisch-deutschen Sicherheitsbeziehungen. Präsident Donald Trump drohte mehrmals, Artikel 5, die automatische Beistandsklausel und damit den militärisch-politischen Kern der NATO, zu kündigen. Das ermutigte den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, den »Hirntod« der NATO zu erklären und die alte Fata Morgana einer europäischen Nuklearmacht – unter französischer Hegemonie – anzubieten. Seine Ambitionen wurden von der deutschen Kanzlerin mit dem Versprechen auf gemeinsame Rüstungsprojekte in bescheidenere Bahnen gelenkt. Aber eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als dass Macron von der gaullistischen Versuchung lässt.

Europa und Deutschland standen weder bei Präsident Obama noch bei Präsident Trump im Zentrum ihres globalen sicherheitspolitischen Horizonts, wenn man bei Trump überhaupt von einem »Horizont« sprechen kann. Das galt auch für die in der deutschen, aber teilweise auch in der europäischen Öffentlichkeit scharf kritisierte Anti-Terror-Politik der USA, insbesondere die brutale Behandlung von Gefangenen und die Errichtung des Straflagers Guantanamo auf Kuba. Auch die sogenannte NSA-Affäre änderte daran nichts, als Edward Snowden, der jahrelang über eine Leihfirma beim US-Geheimdienst beschäftigt war, in sensationellen Dokumenten enthüllte, dass eine Allianz angelsächsischer Geheimdienste von Australien, Kanada, Neuseeland, dem Vereinigten Königreich und den USA (*Five Eyes*) die gesamte Welt ausspionierte, auch NATO-Verbündete wie die Bundesrepublik, ohne Rücksicht auf die Privatsphäre der Betroffenen. Deshalb heißen diese Dienste ja Geheimdienste.

Die Mehrheit der Amerikaner hielt Snowden für einen Verräter. Die Regierung Obama rechtfertigte das Programm im amerikanischen Kongress mit der nationalen Sicherheit und besonders mit den von US-Geheimdiensten »verhinderten« Terrorangriffen. Der Leiter der NSA, General Keith Alexander, führte offensichtlich genau Buch. Er behauptete in seiner Anhörung im Kongress, mit dem Programm seien 50 Anschläge verhindert worden, davon 20 in den USA. Aus den vertraulichen Geheimdienstberichten erfuhr die deutsche Öffentlichkeit auch, wie die US-Botschaft in Berlin die deutsche Bundeskanzlerin einschätze. »Unter Druck beharrlich, aber vermeidet das Risiko und ist selten kreativ.« Als »Der Spiegel« im Oktober 2013 enthüllte, dass das – schlecht gesicherte – Handy der Bundeskanzlerin abgehört worden war, beschwerte sich Merkel telefonisch bei Obama, sie halte das Abhören für »völlig inakzeptabel«. In Brüssel erklärte sie: »Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.« Jetzt wurde bekannt, dass die Amerikaner mithilfe der Dänen auch andere deutsche Politiker ausspähten, nämlich den damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Auch das findet die Bundeskanzlerin natürlich inakzeptabel.

Unter dem Dach der amerikanischen Botschaft in Berlin hatte der US-Geheimdienst einen Horchposten etabliert, fast in Sichtweite des Kanzleramtes. So hatte sich die Kanzlerin eine Zusammenarbeit auf »Augenhöhe« nicht vorgestellt, akzeptierte aber die Situation, weil die Deutschen selbst von den Erkenntnissen der US-Geheimdienste profitierten.¹⁰⁷

Deutschland und der unteilbare Weltmarkt

Macht, so Max Weber, ist das Vermögen, einem anderen seinen Willen aufzuzwingen. Zur Ausübung dieser Macht gibt es in den internationalen Beziehungen drei Mittel: Reden und Überredung (Diplomatie), Tausch (Handel und Wirtschaft) und Gewalt, zumindest die Androhung von Gewalt (Militär). Ein Staat, der auf allen drei Ebenen nichts zu bieten hat, spielt in der internationalen Politik keine Rolle. Er wird zum Objekt anderer Mächte. Das gilt auch für internationale Organisationen wie den ehemaligen Völkerbund, die UNO und die Institution besonderer Art (*sui generis*), die Europäische Union. Die rechtliche Verfasstheit internationaler Institutionen sagt nichts über ihren tatsächlichen Einfluss.

Die Bundesrepublik, ein Staat ungefähr von der Größe des US-Bundesstaates Montana, hat eine sehr eingeschränkte und kollektiv eingebundene militärische Präsenz. Das war auch, wie gezeigt, eine Bedingung der Wiedervereinigung.¹⁰⁸ Die wichtigste außenpolitische Ressource der Bundesrepublik ist deshalb ihre Wirtschaft. Deutschland hat sich seit der Wiedervereinigung zur bedeutendsten Wirtschaftsmacht Europas entwickelt, das Land ist mit seinen Waren und Dienstleistungen, in bescheidenem Maße auch mit seinen Banken- und Finanzdienstleistern, in der ganzen Welt präsent. Außerhalb Europas ist Letzteres besonders schwierig, die Bruchlandung der Deutschen Bank in New York ist ein gutes Beispiel.

Alle deutschen Regierungen haben versucht, die Position der deutschen Wirtschaft überall in der Welt zu unterstützen. Wenn zum Beispiel Kanzlerin Angela Merkel nach China flog, benötigte sie neben ihrem Kanzlerflugzeug weitere Flugzeuge für CEOs, die sie nach China begleiten wollten. Die deutsche Wirtschaft ist für den Handel mit Russland die größte deutsche Lobbyorganisation. Das bedeutete für die Bundesregierung auch, trotz eines grundsätzlich offenen, liberalen Weltmarktes die Interessen des eigenen Landes in bilateralen und regionalen Verhandlungen und Institutionen zu vertreten. Das ist auch deshalb notwendig, weil selbst ein regelgeleiteter Weltmarkt dauernd Gewinner und Verlierer produziert. Verlierer, etwa die amerikanische Kohleindustrie, beruhigen sich keineswegs mit der Weisheit von Adam Smith, dass der Markt das größte Glück der größten Zahl hervorbringe, sondern die Arbeiter gehen auf die Barrikaden. Sie verlangen vom Kongress, »faire«

107 Vgl. Robert Lucke, Bernhard Stahl, Die transatlantischen Beziehungen am Beispiel der NSA-Affäre und des Ukraine-Konflikts. Im Westen nichts Neues, in: Winand Gellner, Patrick Horst (Hrsg.), Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas. Eine erste Bilanz, Wiesbaden 2016, S. 285–404; Bierling, Vormacht wider Willen, S. 238–265.

108 Vgl. Kapitel 11 in diesem Band.

Schutzzölle gegen die ausländische Konkurrenz zu erheben. Fair ist, was ihnen nützt. Deshalb funktioniert der Weltmarkt nicht allein nach den Grundsätzen der WTO, sondern ist von zahllosen Handelskonflikten geprägt, die immer neu ausgehandelt werden müssen.

Darüber hinaus werden Außenhandelsbeziehungen angesichts der immer stärkeren Vernetzung immer komplexer. Es geht jetzt auch um Kapitalflucht, Steuern, Pflanzen-, Tier-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz. Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel sollen in diese Handelsabkommen einbezogen, unterschiedliche Rechtssysteme und nationale Präferenzen berücksichtigt werden. Im transatlantischen Verhalten ist die Kooperation auch deshalb besonders schwer, weil auf europäischer Seite zunächst unter 28, jetzt 27 Staaten ein Ergebnis ausgehandelt werden muss, das in Einzelstaaten ratifiziert werden kann.

Schon vor den Amtszeiten von Obama und Trump gab es deshalb eine Anzahl von gescheiterten Versuchen, das zu erreichen, was von Kanzlerin Angela Merkel nachhaltig unterstützt wurde: ein Handels- und Investitionsabkommen, um zumindest auf diesem Gebiet die transatlantische Zusammenarbeit zu fördern und zugleich ein Gegengewicht zu dem sich abzeichnenden transpazifischen Abkommen zu entwickeln, das vom amerikanischen Kongress mit hoher Priorität behandelt wurde.

Als Barack Obama endlich am 19. Juni 2013 auf der Ostseite des Brandenburger Tors seine Rede halten durfte, sprach er von »unserem Handel und unserer Wirtschaft« als dem Motor der globalen Wirtschaft.¹⁰⁹ Die Versuche von Kanzlerin und Präsident, in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen initiativ zu werden, mag auch mit dramatischen Erinnerungen zusammenhängen, nämlich mit dem brutalen Druck, den Obama zusammen mit seinem Finanzminister Timothy Geithner in der Griechenland- und Eurokrise auf die Kanzlerin und Finanzminister Wolfgang Schäuble ausübten, den Obama in seinen Memoiren ungeschminkt darlegt. Geithner, ein sehr kompetenter Bock aus der Finanzindustrie, den Obama in der Banken- und Finanzkrise zum Gärtner gemacht hatte, versuchte mit aller Kraft, das US-Modell der exzessiven Schuldenfinanzierung den Europäern, besonders Deutschland, als Lösung der Krise aufzudrücken. Merkels leicht maliziöse Anspielung auf die Pleite der Investmentbank Lehman, dass »wir keinen Lehman machen«, beruhigte Obama nicht. Die Abneigung der Deutschen, Niederländer und anderer Bürger der Eurozone, immer wieder gutes Geld schlechtem Geld hinterherzuwerfen, hielt er für einen »Akt alttestamentarischer Gerechtigkeit«, um »moralisches Fehlverhalten« der Griechen zu verhindern. Er war zufrieden, als sich die Europäer in seiner Interpretation auf eine »Firewall« in einer Größenordnung einigten, die sein Finanzminister vorgeschlagen hatte. Großzügig konstatierte Obama: »Da wir nicht den Einfluss hatten, dafür zu sorgen, dass die grundlegenden Probleme Europas dauerhaft in Ordnung gebracht wurden, mussten Tim und ich uns damit zufriedengeben, vorläufig geholfen zu haben, eine weitere Bombe zu entschärfen.«¹¹⁰

109 The White House, Remarks by President Obama at the Brandenburg Gate - Berlin, Germany, 19.6.2013. Transcript, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2013/06/19/remarks-president-obama-brandenburg-gate-berlin-germany> (26.4.2021).

110 Vgl. Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 731–741.

Am Tag seiner Rede hatten Kanzlerin und Präsident auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin ausführlich über das zukünftige wirtschaftliche Verhältnis gesprochen. Die Kanzlerin freute sich darüber, dass man beschlossen habe, Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen aufzunehmen. Die Volkswirtschaften auf beiden Seiten des Atlantiks würden durch ein solches Abkommen gewinnen. Obama wies die Vermutung zurück, dass für die USA die transatlantische Allianz nicht mehr so wichtig sei und die USA eher nach Asien blickten. Er relativierte also rhetorisch die berühmte »Wendung nach Asien«. Er habe in den Gesprächen mit der Bundeskanzlerin und auch mit dem Bundespräsidenten daran erinnert, dass aus der Perspektive der USA die Beziehung zu Europa weiterhin der Eckstein amerikanischer Sicherheit und Freiheit sei. Man habe die Gespräche zu Wirtschaftsthemen fortgesetzt, die beim G8-Gipfeltreffen begonnen worden waren. Deutschland sei Amerikas wichtigster Handelspartner in der Europäischen Union. Obama erinnerte die Deutschen daran, dass die USA eine der schlimmsten Rezessionen seit Jahren durchgemacht hätten. Es habe aber Fortschritte gegeben, die USA hätten eine Bankenreform durchgeführt. Das Bankensystem der USA sei jetzt viel stärker.¹¹¹

Die Hoffnungen Merkels und Obamas, die transatlantische Allianz zumindest im wirtschaftlichen Bereich zu revitalisieren, gleichsam eine »Wirtschafts-NATO« unter dem Titel »Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft« (TTIP) ins Leben zu rufen, scheiterten auf beiden Seiten des Atlantiks: in Brüssel an endlosen Konferenzen, an massiver Kritik der Öffentlichkeit, an den amerikanisch-europäischen Geheimverhandlungen und einem besonders in Deutschland ausgeprägten Anti-Amerikanismus. Viele Deutsche misstrauten dem US-Verbraucherschutz und den Geschäftspraktiken amerikanischer Unternehmer und Finanzdienstleister. Sie vertrauten den Schutzstandards der Europäischen Union mehr als den amerikanischen Standards. »Viele befürchteten, dass durch TTIP in Europa Arbeitnehmerrechte, Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz und die öffentliche Daseinsvorsorge ebenso leiden würden wie Kultur, Tierschutz oder Lebensmittelsicherheit.«¹¹² Im Kongress erhielt das Handels- und Investitionsabkommen mit Europa bis zum Ende der Amtszeit Obamas nie so viel Aufmerksamkeit wie das gleichzeitig geplante Transpazifische Abkommen. Als die Demokraten 2016 die Wahlen verloren, waren nur 17 der geplanten 27 Kapitel überhaupt durchformuliert, von einer Ratifikation im Kongress oder in Europa war man auf beiden Seiten des Atlantiks weit entfernt.

Mit Präsident Donald Trump, der, wie dargelegt, das Wort »regelbegründete Weltordnung« nicht einmal denken konnte, waren die geplanten Abkommen vom Tisch. Trump verkörperte den »Wirtschaftskrieger«, der durch Druck, Drohungen, Erpressung und Vergeltungszölle die »wahren« Interessen seines Landes verteidigen wollte. Er warf China und der EU vor, mit »unfairen« Handelspraktiken und

111 Die Bundesregierung, Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama, 19.6.2013. Mitschrift Pressekonferenz <https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/dokumente/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-us-praesident-obama-844776> (14.5.2021); zum tatsächlichen »Erfolg« der Verwandlung des Bankensystems vgl. S. 262–268.

112 Stormy-Annika Milder, Ziemlich beste Freunde – meistens, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68, Heft 4, Oktober 2020, S. 624.

Wechselkursmanipulationen die Handelsbilanz der USA zu unterminieren.¹¹³ Trumps Vorwürfe waren außerordentlich populär im eigenen Land. Kurz vor der Präsidentschaftswahl 2016 stimmten 85 Prozent der republikanischen und 54 Prozent der demokratischen Wähler der Behauptung zu, der Freihandel habe in Amerika mehr Arbeitsplätze gekostet statt geschaffen. 2018 twitterte Trump: »Wenn ein Land viele Milliarden im Handel mit fast jedem Land verliert, dann sind Handelskriege gut und einfach zu gewinnen.«¹¹⁴

Trump stand in einer langen Tradition des »Wirtschaftskrieges«, den es parallel zur Entstehung des internationalen Freihandels immer schon gegeben hat. Der Freihandel existierte nie in reiner Form. Heute beruht die chinesische Außenhandelspolitik z. B. auch auf den Strategien chinesischer Kriegstheoretiker. Neben China attackierte Trump besonders die EU als »Feind« und innerhalb der EU besonders Deutschland. Die Deutschen seien »schlecht, sehr schlecht«. »Schaut auf die Millionen Autos, die sie in die USA verkaufen. Schlecht. Wir werden das stoppen.« Gegenüber Frankreich wiederholte er eine alte Forderung, die auch aus anderen Teilen der Welt immer wieder an das Land herangetragen wurde: Das Land müsse von seinem Agrarprotektionismus Abstand nehmen und den eigenen Markt öffnen.

Die gefährliche Spirale von Zöllen und Gegenzöllen wurde im europäisch-amerikanischen Verhältnis zwar in Gang gesetzt, entwickelt sich aber nicht zum vollen »Handelskrieg«. Das lag einerseits an dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, der im Juli 2018 Trump dazu überredete, Verhandlungen zum Abbau von Industriezöllen und (nicht-)tarifären Handelshindernissen zu beginnen. Diese Verhandlungen führten zwar zu keinem Ergebnis, verhinderten aber neue Strafmaßnahmen der Trump-Regierung. Andererseits scheint Trump in lichten Augenblicken klar geworden zu sein, dass die US-Verbraucher die Zeche zu zahlen hatten, denn die Milliarden Dollar, die die US Regierung zusätzlich an Strafzöllen einnahmen, waren nichts anderes als Sondersteuern auf Importwaren, die die US-Bürger bezahlen mussten. Es war eben doch nicht so einfach, dem Wohlstandsversprechen durch Außenhandel und internationale Arbeitsteilung zu entkommen.

Ein weiterer Aspekt der unilateralen amerikanischen »Herrschaftsdiplomatie« belastet das Verhältnis zur USA, auch besonders zu Angela Merkel: die amerikanische Sanktionspolitik, verbunden mit dem Anspruch einer imperialen Macht, Sanktionen und Exportkontrollen außerhalb der USA durchzusetzen, selbst wenn Interessen von Verbündeten betroffen waren. Denn diese Sanktionen trafen nicht nur den Iran oder Russland, sondern auch Deutschland. Als Präsident Trump Ende des Jahres 2019 gegen das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 Strafmaßnahmen ankündigte, konnte er die deutsche Regierung allerdings nicht gefügig machen. Diese Sanktionen sind auch deshalb so brisant, weil sie nicht nur mit wirtschaftlichen, sondern auch mit strategischen Argumenten begründet werden: Die Pipeline bringe die EU in eine gefährliche Abhängigkeit von russischer Energie, destabilisiere die Ukraine und finanziere das System der Oligarchen um den Diktator Vladimir Putin, den deutschen Ex-Kanzler

113 Zum Typus »Wirtschaftskrieger« in der Geschichte seit der Antike vgl. Ulrich Blum, *Wirtschaftskrieg. Rivalität ökonomisch zu Ende denken*, Wiesbaden 2020.

114 Bierling, *America First*, S. 100f.

Gerhard Schröder eingeschlossen. Ähnliche Kritik findet sich auch in Deutschland und der Europäischen Union.

Deutschland und die unteilbare Freiheit

Es war in der Tat eine »späte Liebe« zwischen Angela Merkel und Barack Obama. Er war der Typ des charismatischen, telegenen, von keinem Selbstzweifel geplagten Mannes mit einer universalen Sendungsidee, der in blendender Rede sein Publikum auch emotional verzaubern konnte. Deshalb hatte er auch schon vor seiner Wahl erwartet, an einem globalen Symbol der Freiheit, dem Brandenburger Tor, eine Rede zu halten, was Merkel ablehnte. Er habe noch nichts geleistet und müsse sich erst einmal beweisen. Die Seelen flogen ihm aber auch an der Siegestsäule zu, er »verzauberte« über 200.000 Deutsche in Berlin und Millionen am Fernseher.

Im Prinzip hat die Kanzlerin eine tiefe Abneigung gegen männliche Selbstdarsteller, die sie in ihrem eigenen Machtbereich, wenn nötig, schnell, kalt und zielstrebig politisch entsorgt. Das konnte sie natürlich mit einem US-Präsidenten nicht machen, auch wenn Obama sich keineswegs, wie von der Kanzlerin gewünscht, auf »Augenhöhe« bewegte. Sie musste auch feststellen, dass Obama während seiner ersten Amtszeit keinen offiziellen Besuch in Berlin machte und eine Einladung zum 20-jährigen Jubiläum des Falls der Mauer ablehnte, weil er Wichtigeres in Asien zu tun hatte, ein deutliches Zeichen für seinen »Schwenk nach Asien«. Auch in seiner Zeit als Senator im US-Kongress und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses war er kein einziges Mal nach Europa gereist.

In seiner ersten Amtszeit betrat er zweimal deutschen Boden: einmal aus Anlass eines NATO-Gipfels in Baden-Baden, ein zweites Mal zu einem Besuch in der Frauenkirche in Dresden und im Konzentrationslager Buchenwald am 5. Juni 2009. »Mein Besuch war eine entschlossene Respektbezeugung gegenüber einem nunmehr treuen Verbündeten.«¹¹⁵ Obama war auf dem Weg von Kairo nach Paris, weil Präsident Nicolas Sarkozy ihn um eine Rede zum 75. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie gebeten hatte. In Dresden und in Buchenwald wurde er von der Kanzlerin begleitet, in Buchenwald auch von seinem Freund, dem Holocaust-Überlebenden und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel. Obama war beeindruckt, wie die Kanzlerin

115 Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 516. Zur Beziehung zwischen Obama zu Merkel vgl. Kornelius, Angela Merkel, S. 143ff.; Bierling, Vormacht wider Willen, S. 238ff.; Matthew Rhodes, Germany and the United States. Whither ›Partners in Leadership‹?, in: German Politics and Society, Vol. 36, No. 3, Autumn 2018, S. 23–40; Constanze Stelzenmüller, The Singular Chancellor. The Merkel Model and its Limits, in: Foreign Affairs, Vol. 100, No. 3, May-June 2021, S. 161–172; Katharina Schuler, Merkel und Obama. Späte Liebe, in: ZEIT online, 17.11.2016, https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/angela-merkel-barack-obama-usa-deutschland?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (26.5.2021); Klaus Larres, Angela Merkel and Donald Trump. Values, Interests, and the Future of the West, in: German Politics, Vol. 27, 2, 2018, S. 193–213, <https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1428309> (21.6.2021); allgemein vgl. auch Podium Zeitgeschichte. Jenseits von Donald Trump. Autoren: Philipp Gassert, Andreas Etges, Stormy-Annika Mildner, Michael Hochgeschwender, Reinhild Kreis und Jan Logemann, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68, Heft 4 (Oktober), 2020, S. 575–656.

vor der Presse »mit so deutlichen wie demütigen Worten von der Notwendigkeit« sprach, »dass die Deutschen sich der Vergangenheit erinnerten, dass sie sich der quälenden Frage aussetzen, wie ihr Heimatland solche Gräueltaten habe begehen können, und anerkannten, dass sie nun eine besondere Verantwortung trugen, um sich gegen Fanatismus jeder Art zur Wehr zu setzen«. Obama spürte, dass, wie er später sagte, die Kanzlerin »auf der richtigen Seite der Geschichte stehe« und er für seine Sendungsidee der Freiheit und Menschenrechte eine Verbündete hatte. Elie Wiesel gestand, dass er sich seines ursprünglichen »Optimismus«, dass die Welt aus den Verbrechen der Nationalsozialisten gelernt habe, angesichts der »Killing Fields von Kambodscha, Ruanda, Darfur und Bosnien« nicht mehr sicher sei.¹¹⁶

Obama hat auch eine andere Qualität von Angela Merkel sehr schätzen gelernt: ihre schier unerschöpfliche Energie, ihren Hunger nach Informationen und Argumenten, ihren analytischen Sachverstand und ihre kritische Rationalität, ihre mühelose Fähigkeit, Daten und Sachverhalte zu absorbieren, Mittel und Zwecke von Entscheidungen sorgfältig in Beziehung zu setzen und Dinge »vom Ende her« zu denken. Während der Eurokrise hatten sie oft miteinander telefoniert. Mithörer der Gespräche erinnerte dies zuweilen an ein »Oberseminar«. Ein enger Mitarbeiter Merckels seufzte bei einer Sicherheitskonferenz in München: »It's like working next to a nuclear power plant: it just runs, and runs, and runs.«¹¹⁷ Obama kontrastiert die Kanzlerin in seinen Memoiren in leicht ironischem Ton mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der »ganz der Inbegriff von Gefühlsausbrüchen und übertriebener Rhetorik« sei, ein Mann wie aus einem Gemälde von Toulouse-Lautrec, von Eitelkeit nach Schlagzeilen getrieben, von dem Drang, »im Mittelpunkt des Geschehens zu stehen und die Lorbeeren zu ernten für alles, wofür es lohnte, Lorbeeren zu ernten«.¹¹⁸

Obama und Merkel praktizierten trotz der Unterschiede der politischen Systeme auch ähnliche Herrschaftstechniken. Sie verließen sich beide auf einen inneren Zirkel verschwiegener Mitarbeiter, beide sicherten ihre Entscheidungen durch Umfragen und Stimmungsbilder ab. Das Wichtigste für Obama aber blieb, dass die deutsche Kanzlerin seine Ideale teilte, eben auf der richtigen Seite der Geschichte stand. Deshalb gab er ihr in Washington eine große Bühne, um sie zugleich auf subtile Weise an ihr »Traumland der Freiheit« zu binden. Sie erhielt die außerordentliche Ehre, als erste deutsche Regierungschefin – nach Adenauer im Jahr 1957 – am 3. November 2009 vor beiden Häusern des Kongresses zu sprechen.

Diese Rede ist ein unverstellter Ausdruck ihrer politischen Werte. »Nichts steht mehr für diese Bundesrepublik Deutschland als ihre Verfassung, ihr Grundgesetz. Es wurde vor genau 60 Jahren verabschiedet. In Artikel 1 dieses Grundgesetzes heißt es: ›Die Würde des Menschen ist unantastbar.‹ Dieser kurze, einfache Satz – ›Die Würde des Menschen ist unantastbar‹ – war die Antwort auf die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, auf den Mord an sechs Millionen Juden im Holocaust, auf Hass, Verwüstung und Vernichtung, die Deutschland über Europa und die Welt gebracht hat.« Sie

116 Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 518.

117 Stelzenmüller, S. 161.

118 Barack Obama, Ein verheißenes Land, S. 472.

dankte den US-Soldaten, die in Deutschland stationiert waren und die Freiheit der Deutschen gesichert hatten. Sie schloss die Präsidenten John F. Kennedy und Ronald Reagan in ihren Dank ein, besonders verpflichtet zeigte sie sich gegenüber George H. W. Bush, der den Deutschen etwas Unschätzbares angeboten hatte: »Partners in Leadership.« Zwanzig Jahre seien seit diesem überwältigenden Geschenk der Freiheit vergangen, »aber noch immer gibt es nichts, das mich mehr begeistert, nichts, das mich mehr anspricht, nichts, das mich stärker mit positiven Gefühlen erfüllt als die Kraft der Freiheit«. Europa und Amerika würden nicht nur durch eine gemeinsame Geschichte und durch gemeinsame Interessen und Herausforderungen zusammengehalten. »Das, was Europäer und Amerikaner zusammenführt und zusammenhält, ist die gemeinsame Wertebasis. Es ist ein gemeinsames Bild vom Menschen und seiner unveräußerlichen Würde. Es ist ein gemeinsames Verständnis von Freiheit in Verantwortung. Dafür treten wir in der einzigartigen transatlantischen Partnerschaft und in der Wertegemeinschaft der NATO ein. So wird ›Partners in Leadership‹ mit Leben erfüllt, meine Damen und Herren. Diese Wertebasis war es, die den Kalten Krieg beendet hat. Diese Wertebasis ist es, mit der wir nun die Bewährungsproben unserer Zeit bestehen können und bestehen müssen.«¹¹⁹ Abschließend folgte eine *tour d'horizon* aller sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart, die zusammen im Geiste der Freiheit gelöst werden könnten. Sie lenkte die Aufmerksamkeit des Kongresses auf den Schutz künftiger Generationen, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas. Die globale Erwärmung dürfe zwei Grad Celsius nicht überschreiten.

Zwei Jahre später, am 7. Juni 2011, folgte eine noch größere Ehrung der deutschen Bundeskanzlerin im Namen der Freiheit. Präsident Obama verlieh ihr im Weißen Haus in einer prunkvollen Feier die höchste zivile Auszeichnung der USA, »The Presidential Medal of Freedom«. Zu dieser Feier war sogar ihr Ehemann Joachim Sauer angereist, den die deutsche Öffentlichkeit nur als »Phantom der Oper« beim Besuch in Bayreuth zu Gesicht bekommt. Auf Merkels Tischkarte hieß es kurz und bündig: »Dr. Angela Merkel symbolisiert den Triumph der Freiheit, weil sie es als erste Ostdeutsche schaffte, im Amt der Kanzlerin einer vereinten Bundesrepublik Deutschland zu dienen.« Merkel nahm dieses Leitmotiv auf und sagte in ihrer Ansprache: »Welche Kraft die Sehnsucht nach Freiheit entfalten kann, hat die Geschichte der Gesellschaft schon oft gezeigt. Sie bewegte Menschen dazu, Ängste zu überwinden und sich offen gegen Diktaturen zu stellen. (...) Keine Kette der Diktatur, keine Fessel der Unterdrückung vermag der Kraft der Freiheit auf Dauer zu widerstehen (...).«¹²⁰

Als Obama am 19. Juni 2013 endlich seine Rede vor dem Brandenburger Tor halten konnte, machte auch er die Geschichte, die Gegenwart und die Zukunft der Freiheit zu seinem Leitmotiv. Sie war eine Ode an die Freiheit, an die Welt, wie sie sein sollte. Den geschichtlichen Bogen spannte er von der Reformation über die Aufklärung und Kants Begriff der Freiheit als unaufgebbares Menschenrecht bis zur Berliner Luftbrücke 1948/49, dem Marshall-Plan, der Gründung der NATO, dem Aufstand der

119 Angela Merkels Rede in US-Kongress, <https://www.welt.de/politik/ausland/article5079678/Angela-Merkels-Rede-im-US-Kongress-im-Wortlaut.html> (26.5.2021).

120 Vgl. Kornelius, Angela Merkel, S. 150f.

Ostdeutschen am 17. Juni 1953 und den Fall der Mauer 1989. Die Geschichte der Stadt Berlin laufe auf eine einfache Frage hinaus: »Wollen wir in Freiheit oder in Ketten leben, in einer offenen oder einer geschlossenen Gesellschaft, die die Seelen erstickt?« Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und das Grundgesetz mit seinem ersten Satz, »Die Würde die Menschen ist unantastbar«, entspringen der gleichen Grundüberzeugung. Überall auf der Welt hätten sich die Nationen auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte verpflichtet. Genau das habe all die Jahre in Berlin auf dem Spiel gestanden. Aber zwei Jahrzehnte nach dem Triumph der Freiheit in Berlin müsse man anerkennen, dass eine gewisse Selbstgefälligkeit in den westlichen Demokratien eingezogen sei, oft komme man in Orten wie Berlin zusammen, um sich an die Vergangenheit zu erinnern, aber nicht, um selbst Geschichte zu machen. Man habe die Neigung, sich nach innen an die eigenen Wünsche zu wenden, aber nicht dem Bogen der Geschichte (*sweep of history*) zu folgen.

Dann thematisierte er, wie in vielen Reden in allen Teilen der Welt, die großen Gefahren für das Überleben der Menschheit: Überbevölkerung, soziale Gegensätze, Weiterverbreitung von Nuklearwaffen und vor allem die Klimakrise, die die Menschheit gefährde. Schließlich erinnerte er an die globale Entgrenzung des nationalen Interesses der USA, an die unteilbare Sicherheit, den unteilbaren Weltmarkt und die unteilbare Solidarität (in Freiheit), die Europa und die USA verbänden. »Unsere Allianz ist die Grundlage unserer globalen Sicherheit. Unser Handel ist der Motor unserer globalen Wirtschaft. Unsere Werte sind eine Verpflichtung, uns um das Leben von Menschen zu kümmern, die wir nie treffen werden. Wenn Europa und Amerika durch ihre Zuversicht und nicht durch ihre Angst führen, können wir Taten vollbringen, zu denen andere Nationen weder fähig noch bereit sind.«¹²¹

Die Ideale der Freiheit und Emanzipation hatten im Juni 2011 zu einer ungewöhnlichen Grußbotschaft von Präsident Obama an das Heidelberg Center for American Studies (HCA) und die Universität Heidelberg geführt. Aus Anlass der 625-Jahrfeier der Ruperto Carola hatten das HCA und die Theologische Fakultät den James W. C. Pennington Award ins Leben gerufen. Die Universität erinnerte damit an den entlaufenen Sklaven, Pfarrer, Historiker, Kämpfer gegen Sklaverei und für Frieden, dem die Heidelberger Universität im Jahre 1849 die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät in lateinischer Sprache verliehen hatte.

Es war – soweit bisher bekannt – der erste Afroamerikaner, der je eine solche Auszeichnung erhielt. Der Heidelberger Theologe Friedrich Wilhelm Carové hatte Pennington 1849 auf dem Pariser Weltfriedenskongress kennengelernt. Er war von Penningtons Theologie, Rhetorik und Erscheinung außerordentlich beeindruckt und schlug sofort dessen Ehrung in Heidelberg vor. Er habe, so die Urkunde, »nicht nur sich selbst in die Freiheit über Körper und Seele gebracht, sondern sich auch immer

121 The White House, Remarks by President Obama at the Brandenburg Gate – Berlin, Germany, 19.6.2013, Transcript, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2013/06/19/remarks-president-obama-brandenburg-gate-berlin-germany> (26.4.2021).

wieder eifrig darum bemüht, die geistige Blindheit seiner Landsmänner zu zerstreuen und ihre verderbte Gesinnung zu reinigen«. ¹²²

In seiner Botschaft übermittelte Präsident Obama seine Grüße und seine Wertschätzung für den James W. C. Pennington Award. Der Präsident dankte dem HCA für diese Initiative, die die starke Allianz und dauerhafte Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland widerspiegeln. Es sei besonders angemessen, so Präsident Obama, dass dieser Preis Wissenschaftlern die Möglichkeit gebe, zu Themen zu forschen, die Pennington wichtig waren: Sklaverei und Emanzipation, Frieden, Bildung, Religion und intellektuelle Verständigung. Der Präsident drückte auch seine Überzeugung aus, dass die Universität Heidelberg mit der Ehrung von James W. C. Penningtons Leistungen zukünftige Generationen von Amerikanern und Deutschen inspirieren werde.

Merkels verlässliche Politik sowie ihre gemeinsamen Werte und Ideale machten die deutsche Kanzlerin für Obama in den letzten Jahren seiner Amtszeit zu seiner wichtigsten Verbündeten in Europa, trotz aller Konflikte in sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Fragen. Deshalb kam es auch am 16. November 2016, acht Tage nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA, zu einem emotionalen Treffen zwischen Präsidenten und Kanzlerin in Berlin. Beide standen unter einem gewissen Schock, beide hatten mit einem Wahlsieg von Hillary Clinton gerechnet, die amerikanische und die deutsche Politik waren auf die Wahl des »großen Ruinierers« Trump nicht vorbereitet. Beide sahen die Gefahr, dass die westliche Allianz als Sicherheits- und Wertegemeinschaft auseinanderfallen könnte, wenn Trump versuchte, seine Aussagen im Wahlkampf zu realisieren. Sie sprachen über drei Stunden miteinander bei einem Essen im Hotel Adlon. Es war die längste Zeit, die Obama jemals mit einer Führungspersonlichkeit der Welt im Vieraugengespräch verbracht hat.

Vermutlich hat Obama die Kanzlerin auch ermutigt, angesichts der prekären Situation der Welt für eine vierte Amtszeit zu kandidieren. Sein Redenschreiber und Berater Benjamin Rhodes brachte in einem Nebenraum einen Toast auf die »Führerin der freien Welt« aus.

*

Trump entwickelte sich in der Tat für die deutsche Politik zu einem Albtraum, umgekehrt sank das Ansehen der USA in Deutschland auf einen bisher nicht gekannten Tiefpunkt. Nach einer Veröffentlichung im März 2020 hielten im September 2019 75 Prozent der Amerikaner und 34 Prozent der Deutschen die deutsch-amerikanischen Beziehungen für gut, 17 Prozent der Amerikaner und 64 Prozent der Deutschen für schlecht. ¹²³

122 Jan Stievermann (Hrsg.), *The Pennington Lectures 2011–2015*, Heidelberg 2016, S. 16. Die Pennington Lectures werden seit 2011 von Dr. h. c. Manfred Lautschläger gefördert.

123 Vgl. Umfrage Jacob Poushter und Mara Mordecai, *Americans and Germans Differ in Their Views of Each Other and the World*, 9.3.2020, unter: Pew Research Center, *Global Attitudes & Trends*, <https://www.pewresearch.org/global/2020/03/09/americans-and-germans-differ-in-their-views-of-each-other-and-the-world/> (3.6.2021).

Deutschland und die Kanzlerin hatten sich schon vor seiner Wahl zum Feindbild Nummer 1 entwickelt. Wenn er Europas Handelsüberschüsse kritisierte, meinte er in erste Linie die Deutschen. Sie könnten ihren ausufernden Sozialstaat auf Kosten der USA finanzieren, weil sie nichts zur gemeinsamen Verteidigung beitragen. Schon 2015 und verstärkt im Wahlkampf kritisierte Trump die Flüchtlingspolitik der deutschen Kanzlerin, besonders für ihre Entscheidung, eine Million Flüchtlinge ins Land zu lassen. »What Merkel did to Germany, is a sad, sad, sad shame.«¹²⁴ Bis heute wird über den tief sitzenden Hass von Trump gegenüber Deutschland nachgedacht. Erinnerte Merkel ihn an Hillary Clinton, auch eine selbstbewusste Frau, die er zutiefst verachtete? Lag es daran, dass sein Vater Fred Trump seine deutsche Herkunft nach dem Zweiten Weltkrieg verleugnete und seine Vorfahren für Schweden ausgab? Oder war Merkel wie Obama eine Vertreterin des von ihm verachteten multilateralen, freiheitlichen Globalismus?

Angela Merkel, die schon zwei US-Präsidenten politisch überlebt hatte, wusste zunächst nicht, was sie tun sollte. Man riet ihr, einen persönlichen Kontakt zu Trump aufzubauen oder seine Tochter Ivanka nach Berlin einzuladen, was sie ohne sichtbaren Erfolg auch tat. Auf ihr erstes Treffen mit Trump hatte sie sich so intensiv wie auf keinen anderen Antrittsbesuch vorbereitet. Sie hatte ein berühmtes »Playboy«-Interview mit Trump aus dem Jahr 1990 gelesen, sich Folgen seiner Fernsehauftritte in »The Apprentice« angesehen und sein Buch aus dem Jahre 1987, »The Art of the Deal«, gelesen. Die protestantische Pfarrerstochter brachte es allerdings nicht fertig, ihn wahrheitswidrig mit Schmeicheleinheiten zu umwerben, mit spektakulären Ehrungen oder einem goldenen Golfschläger um seine Gunst zu werben oder ihm, wie deutsche Industrielle, nach dem Munde zu reden.

So wurde schon die erste Begegnung mit Trump in Washington eine persönliche und diplomatische Katastrophe, gefolgt von ähnlichen Treffen auf Weltwirtschaftsforen und NATO-Gipfeln. Als Merkel Trump im Oval Office vor den Kameras mit einem Handschlag begrüßen wollte, verweigerte er diesen. Als die Fotografen den Raum verlassen hatten, sprach er sofort das Leitmotiv seiner nächsten Jahre an: »Angela, you owe me one trillion Dollar.« Als die Kanzlerin über Putin sprechen wollte und ihm eine Karte der Sowjetunion von 1982 zeigte, überlagert von Putins territorialen Ambitionen, wollte Trump darüber nicht sprechen, sondern über seine Umfrageergebnisse bei den Amerikanern.

Auch bei den internationalen Treffen attackierte Trump immer wieder Deutschland und die Kanzlerin. Berühmt geworden ist ein äußerst Streitbares Gipfeltreffen der G7-Staaten am 8. und 9. Juni 2018 in La Malbaie in Kanada, besonders ein von deutscher Seite veröffentlichtes Foto.¹²⁵ Es zeigt die Kanzlerin im Zentrum der Gruppe in energischer Attacke auf Trump, der aufsässig, missmutig und mit verschränkten

124 Vgl. Susan B. Glasser, How Trump Made War on Angela Merkel and Europe. The German Chancellor and other European leader have run out of patience with the President, 17.12.2018, in: The New Yorker, 24. & 31.12.2018, S. 3, <https://www.newyorker.com/magazine/2018/12/24/how-trump-made-war-on-angela-merkel-and-europe>. (26.5.2021); vgl. Bierling, America First, S. 151–165.

125 Vgl. das Titelbild dieses Bandes.

Armen sitzen bleibt. Am Ende des Treffens soll Trump zwei rote Bonbons auf den Tisch geworfen haben: »Here, Angela. Don't say I never gave you anything.«¹²⁶

Während seiner Amtszeit gehörten die NATO in ihrer bestehenden Form, Europa und besonders Deutschland, wie dargelegt, zum Zentrum seines Feindbildes. Mit seiner Kritik betwitterte er unablässig das amerikanische Volk; die NATO-Verbündeten hielt er in der Furcht des Herrn mit der Drohung, Artikel 5 des NATO-Vertrags zu kündigen und die Axt an die Sicherheit Europas zu legen. Die Kritik seines Verteidigungsministers in der denkwürdigen Sitzung im Pentagon, dass die NATO auch die Sicherheit der USA garantiere, scheint er zumindest phasenweise verdrängt zu haben.

Die Drohungen Trumps gefährdeten die transatlantische Sicherheits- und Wertegemeinschaft im Kern, in deren Namen sowohl Barack Obama als auch Angela Merkel Politik betrieben hatten. Verzweifelte rhetorische Ausfallschritte der Kanzlerin und Teile der deutschen Öffentlichkeit, da müsse man sich eben mehr auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) einlassen, blieben und bleiben Träume ohne den Hauch einer Realisierungschance. Diese Alternative wurde schon 1954 beerdigt, als die französische Nationalversammlung eine EVG ablehnte und stattdessen die NATO zum Kern der westeuropäischen Verteidigung gemacht wurde.¹²⁷

Man kann nicht zweimal in den gleichen Fluss steigen. Ein gerade beschlossenes, neues europäisches Kampfflugzeug schafft zwar Arbeitsplätze in Europa, es soll aber frühestens 2040 einsatzfähig sein. Bis dahin könnte die nächste globale Finanzkrise das Projekt gestoppt haben oder es könnte nicht starten, weil die Klimakatastrophe das Starten und Landen von Flugzeugen unmöglich macht, selbst für Kampfflugzeuge.

Zugleich konnte Trump die amerikanische Sendungsidee der Freiheit und damit den ideellen Kern der NATO als Wertegemeinschaft nicht einmal denken. Sowohl Merkels Rede vor beiden Häusern des Kongresses und ihre von Obama verliehene Freiheitsmedaille als auch Obamas Reden in Berlin wären unter Trump nicht möglich gewesen. Im Weltbild des »Handelskriegers« Donald Trump kamen Werte als transatlantische Klammer des Westens nicht vor. Er hatte in der Tat an die gesamte US-Weltpolitik ein »Preisschild« geheftet.

Trump zerstörte auch den innenpolitischen Handlungsspielraum künftiger amerikanischer Präsidenten, weil er die Spaltung des weltpolitisch ermüdeten Landes in eine potenzielle Bürgerkriegssituation überführte.¹²⁸ Man kann für diesen Vorgang auch andere Bilder benutzen und die USA zum Land der »Stammeskrieger« und eines »Tribalismus« erklären; unzweifelhaft ist, dass der außenpolitische Handlungsspielraum des neuen, 78 Jahre alten Präsidenten Joe Biden aus innenpolitischen Gründen sehr begrenzt ist. Es ist eine offene Frage, ob er den transatlantischen Westen revitalisieren kann.¹²⁹

126 Glasser, How Trump Made War on Angela Merkel and Europe, S. 3.

127 Vgl. Kapitel 10 in diesem Band.

128 Vgl. dieses Kapitel, S. 40–51.

129 Klaus-Dieter Frankenberger, Land der Stammeskriege, in: F.A.Z., 31.5.2021, S. 8, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/gespaltenes-amerika-land-der-stammeskriege-17365619.html> (3.6.2021).

Damit ist die Bundesrepublik Deutschland nach 150 Jahren deutsch-amerikanischer Beziehungen in einer existenziellen Paradoxie gefangen. Es gibt für Europa und Deutschland keine Sicherheit, keinen Wohlstand und keine Freiheit außerhalb des transatlantischen Bündnisses. Zugleich ist es nicht mehr selbstverständlich, dass die USA weiter ihre Rolle als Führungsmacht des Westens ausfüllen können und die Deutschen an der Westbindung festhalten werden. Das amerikanisch-deutsche Verhältnis nähert sich damit der Grundbeschaffenheit des Menschen, wie sie Kant beschrieben hat: Angesichts der ungeselligen Geselligkeit des Menschen könnten diese einander nicht leiden, aber auch nicht voneinander lassen.¹³⁰

130 Immanuel Kant, *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*, 4. Satz, Berlin 1784.